



In diesem Gebäude in Zug (CH) befindet sich die Holding Arclor Mittal des Milliardärs Lakschmi Mittal.

Räume der Offshore-Welt. Steuroasen und Offshore-Zentren in Europa

Silke Ötsch und Celia Di Pauli (Hg.)

Einleitung: Räume der Offshore-Welt. Silke Ötsch und Celia Di Pauli	7
Willkommen in einer Welt ohne Regeln John Christensen	17
Die Pseudo-Inseln der Offshore-Ökonomie	23
Die Schweiz	27
Der Aufstieg der Offshore-Welt und ihre verschiedenen Facetten Ronen Palan, Richard Murphy und Christian Chavagneux	47
Luxemburg - ein Spagat zwischen Europa und Kleinstaaterei	55
Welche Summen liegen in den Oasen? Wem oder was nutzt Steuerflucht?	59
Niederlande – Oase für Unternehmen	61
Regionen: Profiteure und Verlierer	63
Steuroasen und Entwicklungsländer Andreas Missbach	67
Transferpreise: Ein Fertighaus für 1,20 US-Dollar	73
Großbritannien und London: Offshore-Zentrum und Steueroase	75
Jersey: Money is king!	83
Die schwarzen Löcher im Finanzsystem:	85

Inhalt

Regulierungsoasen und die Finanzkrise Silke Ötsch	85
Irland: Eine junge Steuer- und Regulierungsoase	89
Niedrigsteuerland Deutschland Detlev von Larcher	93
Staatsfinanzen stärken! ver.di - Bereich Wirtschaftspolitik	101
Umverteilung über Steuern: Von oben nach unten Andreas Missbach	107
Österreich - Steueroase ohne Palmen Klemens Himpele und Sybille Pirklbauer	111
Steueroase Österreich: Wo Deutsche Urlaub machen und ihr Kapital arbeitet.	117
Politische Maßnahmen gegen Steueroasen	131
Steueroasen austrocknen Für eine solidarische Steuerpolitik	139
Fotowettbewerb Einsendungen	143
Literaturverzeichnis	144
Impressum	150

„Nicht einmal 10.000 Euro kostet eine Kasino- oder Universitätslizenz. Die Uni gibt es mit voller Steuerbefreiung; Buchhaltung, Bilanzierung; Buchprüfung oder Berichte an Behörden seien bei dem Modell nicht notwendig. Die Offshore-Universität kann Zeugnisse, Urkunden, Diplome und Titel ausstellen.“

Einleitung: Räume der Offshore-Welt. Die Potemkinschen Dörfer von heute.

Silke Ötsch und Celia Di Pauli

Was ist die Offshore-Welt? Offshore bedeutet im ursprünglichen Sinn die Insel vor der Küste. Im übertragenen Sinn spielt der Begriff auf das Außenliegende an: der Rahmen, in dem die Regeln der „normalen“ Welt nicht gelten. Die Offshore-Welt umfasst u. a. Steueroasen, Offshore-Finanzzentren, Sonderwirtschaftszonen, Billigflaggen, Offshore-Kasinos, E-Commerce und vieles mehr. Plastische Erklärungen finden sich auch auf den Werbeseiten von Anbietern von Offshore-Dienstleistungen.

„Ihr eigenes schlüsselfertiges, steuerfreies Offshore-Paradies“ zur „Steuervermeidung mittels Offshore-Konstruktionen“ kann einfach online aufgesetzt werden, so das Versprechen eines Anbieters von Offshore-Dienstleistungen. „Sie müssen nur noch Ihren Firmennamen wählen und bekommen Ihr schlüsselfertiges Steuerparadies – auf Wunsch samt Offshore-Bankkonto – frei Haus geliefert“ (Globalcash 2009). Im Internet finden sich auf Anhieb viele solcher Angebote. Mit erstaunlicher Offenheit wird für Dienstleistungen zu Firmengründungen in Steueroasen und Offshore-Zentren geworben und es werden Tipps gegeben, wie Vermögende und Erben Steuerzahlungen umgehen können. So ist zu lesen, dass Stiftungen immer wieder mit Gemeinnützigkeit in Verbindung gebracht würden, wobei der größte Teil der Stiftungen DAS Instrument zur „Vermögensabsicherung“ sei oder ein Mittel, um Haftung auszuschließen (CSR 2009).

Ein Teil der Angebote betrifft die Vermeidung von Steuern, ein anderer die Umgehung von Regulierungen. Offshore-Firmenkonstruktionen schließen i. d. R. Haftung aus; GründerInnen brauchen wenig Eigenkapital für spekulative Geschäfte. Beispielsweise bewirbt eine in London ansässige Firma Lizenzen für Hedgefonds, die für eine Gebühr von 7800 Euro erworben werden können. Über die Fonds könne dann fremdes Vermögen im Volumen von 5 bis 100 Millionen Euro „investiert“ werden. Nicht einmal 10 000 Euro kostet eine Kasino- oder Universitätslizenz. Die Uni gibt es mit voller Steuerbefreiung; Buchhaltung, Bilanzierung; Buchprüfung oder Berichte an Behörden seien bei dem Modell nicht notwendig. Die Offshore-Universität kann Zeugnisse, Urkunden, Diplome und Titel ausstellen. Auch eine Pharmalizenz kann einfach online erworben werden, womit der Weg zur eigenen Online-Apotheke frei sei, die selbst verschreibungspflichtige Medikamente vertreiben könne (CSR 2009).

Solche Angebote wirken zunächst skurril. Die Recherche zeigt jedoch, dass die Nutzung von Offshore-Konstrukten und Steueroasen in vielen Bereichen zum Alltag gehört, insbesondere im Unternehmens- und Bankensektor und bei Vermögenden. Auf Nachfrage berichtet ein Nachbar von seinen drei Wohnsitzen, durch die er so gut wie keine Steuern zahlt, und ein Unternehmer, wie er die verschiedenen Fristen für Steuererklärungen zur „Optimierung“ seiner Steuerzahlungen nutzt. Der lokale Mäzen hat eine Stiftung in Liechtenstein und eine Firma im Steuerparadies

Zug, wie ein Blick ins Handelsregister zeigt. Und was nach außen ein Architekturbüro zu sein scheint, ist laut Registereintrag eine Holding, sechs Büros und drei Stiftungen.

Die Offshore-Welt wächst. Mehr als die Hälfte, schätzungsweise zwei Drittel des Welthandels fließt auf dem Papier durch Steueroasen. Nach vorsichtigen Angaben wächst die Anzahl der Offshore registrierten Unternehmen jährlich um 10-15% (Palan 2003, S. 48).

Allein das von Reichen (HNWIs) in Steueroasen angelegte Privatvermögen beträgt nach konservativen Schätzungen 11,5 Billionen US-Dollar (TJN 2005). Genaue Zahlen zur Entwicklung der angelegten Vermögen gibt es kaum – die Offshore-Welt ist diskret.

Steuer- und Regulierungs-oasen: Wer profitiert und wer zahlt?

Steuern werden in immer größerem Umfang von denjenigen gezahlt, die sich solche Steuersparmodelle nicht leisten können, entweder weil sie als ArbeitnehmerInnen kaum Möglichkeiten zur Steuergestaltung haben oder weil für kleine Einkommen und Vermögen weniger Angebote vorhanden sind, Kapital mobil und steuersparend zu transferieren. Auch Mehrwertsteuern werden überproportional von der breiten Masse gezahlt. Der Anteil der Steuerarten der Lohnsteuern, Gewinn- und Vermögensteuern und der Mehrwert- und Verbrauchsteuern am gesamten Steueraufkommen lag in Deutschland in den 70er Jahren bei jeweils etwa 30%. 2007 betrug der Anteil der Mehrwert- und Verbrauchsteuern bereits 37%, der Lohnsteueranteil blieb etwa

gleich auf 31%, während der Anteil aus Gewinn- und Vermögensteuern auf 21% gesunken war (s. Grafik S. 94). Im Krisenjahr 2008 gab es einen Einbruch bei den Steuereinnahmen aus der Körperschaftsteuer (Steuer v. a. auf AGs und GmbHs) um ein Drittel bzw. ist ein solcher für 2009 prognostiziert (BMF 2009).

Diese Ungleichverteilung der Steuerzahlungen ist umso eklatanter, wenn berücksichtigt wird, dass die Gewinne nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften in Deutschland Anfang der 90er Jahre bei etwa 200 Milliarden Euro lagen, 2008 bei über 500 Milliarden Euro, womit sie sich mehr als verdoppelt haben (Bundesbank 2009). Die Bruttolöhne und Gehälter je Arbeitnehmer gingen zwischen 2002 und 2005 real von durchschnittlich 24 873 Euro auf 23 684 Euro und damit um 4,8% zurück. Dazu nahm die Ungleichverteilung der Einkommen zu: Während der Anteil der höheren Einkommen wuchs, sanken die Anteile der niedrigen Einkommensgruppen (Bundesregierung 2008). Das Nettovermögen der deutschen Haushalte ist zwischen 2002 und 2007 um 7% gestiegen und betrug 2007 ca. 6,6 Billionen Euro. Das oberste Zehntel der Bevölkerung besaß 2007 einen Anteil von 61% am Gesamtvermögen, während das unterste Zehntel verschuldet ist (DIW 2008). Viele derzeit bestehende Steuersysteme gleichen Ungleichheiten nicht aus, sondern verstärken sie. Daran haben Steueroasen einen großen Anteil.

Die Offshore-Welt begünstigt aber nicht nur Vermögende und Unternehmen bei der Umgehung von Steuerzahlungen. Sie destabilisiert das Weltfinanzsystem: Ein Großteil der Geschäfte, die die Finanzkrise ausgelöst haben, hat in Steuer-, oder besser gesagt Regulierungs-oasen stattgefunden; die meisten der hochspekulativen Hedgefonds sind dort registriert. Banken etablier(t)en „Schattenbanken“, d. h. Banken ohne Lizenz, die aber die Geschäfte einer Bank durchführen. So hatte die deutsche IKB-Bank eine Tochterfirma Rhineland Funding in der US-Steueroase Delaware und weitere Gesellschaften wie die Rhineland Funding Capital Corporation in Jersey, den Rhinebridge Fonds in Irland mit einer Tochter in Delaware. Damit machten die NutzerInnen eine Zeit lang hohe Gewinne, bis die Spekulationsmodelle zusammenbrachen, weil sie nur bei steigenden Märkten funktionieren. Die Firmenkonstrukte in Steueroasen hatten keinen Zugang zu Notkrediten, so dass die Banken die Verluste ihrer Töchter in die eigene Bilanz aufnahmen und letzten Endes die SteuerzahlerInnen über die Rettungsaktionen dafür aufkommen.

Ein weiteres Problem ist die fehlende Transparenz. Da Steuer- und Regulierungs-oasen keine Informationen herausgeben, war und ist unklar, welche Risiken und Verluste überhaupt dort versteckt sind.

Selten wird erwähnt, dass Steuer- und Regulierungs-oasen die Bildung von Blasen an den Finanzmärkten verschärfen. Laut Welt-

reichtumsbericht hat die Analyse des Anlageverhaltens Ultra-Reicher ergeben, dass diese nicht nur stark auf die Vermeidung von Steuern achten, sondern auch besonders aggressiv anlegen – etwa in Hedgefonds, kreative und komplexe Finanzprodukte und Private Equity Fonds (WWR 2006, 16). Es handelt sich um Anlageformen, die häufig nur in Regulierungs-oasen möglich sind, bei steigenden Märkten hohe Profite bringen und damit zur Aufblähung der Finanzmärkte beitragen, solange dort mehr zu verdienen ist als mit realwirtschaftlichen Investitionen.

Politische (Nicht-)Steuerung der Offshore-Welt

Die Ungleichverteilung der Steuerlast ist Resultat einer Steuerpolitik, die BesitzerInnen hoher Vermögen und Einkommen und Unternehmen über Steuersenkungen bevorzugt und kaum gegen Steueroasen vorgeht bzw. auf Kosten von der Bevölkerung wirtschaftet, die nicht von Steueroasen profitiert. Die Senkung von Steuern wurde damit begründet, dass dies Anreize für Investitionen gebe. Diese These ist jedoch u. a. durch die Entwicklung nach den deutschen Steuerreformen ab 2000 widerlegt: Während die Unternehmensgewinne stark stiegen, die Steuereinnahmen aus Gewinn- und Gewerbesteuern enorm einbrachen und erst ab 2002 langsam stiegen, gingen die Investitionen bis 2003 zurück und stiegen in der Folge nur wenig – weit unter den Gewinnzuwächsen (s. Grafik S. 105). Nach Beobachtungen des Centre for Economic Research führen Steuererleichter-

rungen nicht zu mehr tatsächlichen Investitionen, sondern lediglich formal zu höheren, ausgewiesenen Gewinnen (Liebert 2007, 79). Eine weitere Begründung für die unausgewogene Steuerpolitik ist die Standortpolitik. Wenn Steuern für Reiche und Unternehmen höher wären, würde das Kapital fliehen oder würden sich Unternehmen andere Standorte suchen. Auch dieses Argument greift nur bedingt. Untersuchungen von DAX-Konzernen belegen, dass Steuern bei 9 von 10 Unternehmen bei der Standortentscheidung keine Rolle spielen (Liebert 2007, 80). Vermögende nutzen sowieso schon ausgiebig Steuersparmodelle, könnten mit politischem Willen besser kontrolliert werden, und es gibt genug Techniken, Kapitalflucht zu verhindern. Wenn das Kapital in spekulative Geschäfte fließt und mehr Schaden anrichtet als nutzt, kann darauf verzichtet werden. Beispielsweise ist nicht einzusehen, warum FinanzinvestorInnen Steuervorteile eingeräumt werden, wenn sie Firmen und die Unternehmen selbst ihre Übernahme bezahlen lassen. De facto handelt es sich bei einer Politik des Steuerdumping und des Gewährens von Steueroasen um eine ideologisch motivierte Umverteilung von unten nach oben.

Durch die Wirtschafts- und Finanzkrise ist ein leichter Umschwung im Umgang mit Steueroasen zu beachten. PolitikerInnen und Wirtschaftsakteure haben die Funktion der Regulierungsoasen bei der Umgehung der Finanzmarktregulierung nun zumindest ansatzweise realisiert. Außerdem sehen PolitikerInnen größerer Staaten wegen der

großen Budgetdefizite zunehmend die Notwendigkeit, gegen Steuerflucht vorzugehen. Die Ergebnisse der jüngsten Initiativen sind trotzdem ernüchternd.

Die G 20 ließen im Rahmen ihres Treffens im April 2009 eine schwarze und graue Liste der Steueroasen erstellen und drohten den aufgeführten Staaten (u. a. Österreich und Luxemburg) Sanktionen an für den Fall, dass sie nicht einlenken. Kurz nach dem Treffen war die schwarze Liste leer, im August auch die graue. Das liegt weniger daran, dass die Steuer- und Regulierungsoasen ihre Geschäftspraktiken geändert haben (sie schlossen Doppelbesteuerungsabkommen mit anderen Steueroasen ab), sondern an den aufgeweichten Kriterien der OECD.

Weitere Schritte gegen Steueroasen werden im Rahmen der Ansrichtlinie der EU unternommen, die ansatzweise zu begrüßen ist, weil sie den automatischen Informationsaustausch der Steuerbehörden der beteiligten Länder umsetzt, auf der anderen Seite aber sehr viele Löcher lässt. Diese Richtlinie wird dahingehend überarbeitet, aber es zeichnet sich ab, dass auch die Nachbesserung nicht ausreichen wird, weil sie viele Arten von Finanzanlagen unbesteuert lässt, u. a. bestimmte Unternehmen.

Dass auf nationaler Ebene gegen Steueroasen vorgegangen werden kann, zeigen die USA am Fall der UBS. Unter Androhung des Lizenzentzuges machte die UBS Zugeständnisse, zahlte eine Summe, um die Einstellung des Prozesses zu errei-

chen, und erklärte sich bereit, einen Teil der Kundendaten von US-Amerikanern herauszugeben. In Deutschland sollte mit dem im Juli 2009 erlassenen Gesetz zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung Steuerflucht erschwert werden, indem AnlegerInnen und UnternehmerInnen mit Verbindungen zu Steueroasen besser nachweisen müssen, worin ihre Geschäfte bestehen. Anderenfalls können sie beispielsweise Betriebsausgaben nicht mehr steuerlich absetzen oder aus dem Ausland überwiesene Dividenden nicht mehr von der Steuer befreien. Dieses Gesetz wurde auf Druck von Wirtschaftsverbänden und Union stark aufgeweicht. Steueroasen dürfen nicht vom Ministerium benannt werden, sondern müssen nach der Liste der OECD nach Zustimmung des auswärtigen Amtes und des Wirtschaftsministeriums bestimmt werden (Liebert 2009). Damit ist das Gesetz relativ wirkungslos.

Seit Jahren wehren sich PolitikerInnen vehement gegen die Bekämpfung von Steuer- und Regulierungsoasen, obwohl keine Argumente dafür sprechen. Die deutsche Bundeskanzlerin Merkel bezeichnet das „Bankgeheimnis als Schweizer Eigenschaft“. Ein Vertreter der CDU sprach im Bezug auf das Gesetz zur Bekämpfung von Steuerflucht von einem Rückfall ins 19. Jahrhundert – eine Aussage, die sich an Dummheit kaum übertreffen lässt, denn es gab damals keine Steueroasen in der heutigen Form. Dass von Regierungen der Oasenstaaten wenige Anstrengungen unternommen werden, ihren Status zu verändern, kann in gewisser Weise nachvollzogen

werden. Jedoch darf nicht übersehen werden, dass auch in Oasenstaaten ein Großteil der Bevölkerung nichts von den zusätzlichen Einnahmen der Finanzindustrie hat. Dass eine einseitige Ausrichtung auf Finanzindustrie eine sehr riskante Strategie ist, zeigen die Beispiele Irland und Island.

Offshore-Rhetorik

Liegt es am Druck der Finanzlobby und der Kollaboration von PolitikerInnen, dass dieses System erhalten bleibt? Oder an Ideologie und Unwissenheit? Gespräche mit BürgerInnen zeigen, dass Klischees und Werbebotschaften der Finanzindustrie quasi unreflektiert wiedergegeben werden – angefangen von der Aussage, Steuern seien per se zu minimieren, bis hin zu der Überzeugung, gegen Steueroasen könne nicht vorgegangen werden. Aus der eigenen, für ArbeitnehmerInnen häufig hohen Steuerbelastung schlussfolgern Viele, dass die Steuern generell zu hoch seien, übersehen dabei aber, dass sie besonders viel bezahlen, weil sich Unternehmen und Reiche zunehmend den Zahlungen entziehen. VertreterInnen der Finanzindustrie und neoliberal eingestellte WissenschaftlerInnen haben es geschafft, den Diskurs über Steuern und Regulierung durch eine mehr oder weniger subtile Rhetorik zu bestimmen, die tief im Unterbewusstsein vieler Menschen verankert zu sein scheint.

Im Kontext von Offshore werden verschiedene räumliche Metaphern und Bilder benutzt. Das Wort *Offshore* spielt auf die Insel an. Die

Konnotation des (freien) Meeres transportiert ebenfalls der Begriff *tax haven*, der im Deutschen zur Steueroase, im französischen zum Paradies (*paradis fiscal*) wird – im Gegensatz zum *enfer fiscal*, der Steuerhölle. Auch die zur Steuervermeidung genutzte Gesetzeslücke wird mit einem räumlichen Bild bezeichnet: das *Steuerschlupfloch* – *loophole* im Englischen und *la niche fiscale* im Französischen. Immer wieder werden Bilder von sonnigen Sandstränden, Palmen, Meer, Liegestühlen und Sonnenschirmen auf Webseiten gezeigt, auf denen es um „trockene“ „Steuroptimierung“ geht. Evoziert wird außerdem das Bild einer schwer erreichbaren Insel. Immer wieder wird neben der unberührten Natur die niedrige Kriminalitätsrate hervorgehoben: „Low to no crime rate. No traffic jams – ever“ (bahamasbahamas.com 2007).

Die Offshore-Rhetorik transportiert nicht nur Bilder, sondern eine Erzählung: Die neue Offshore-Welt ist ein sicherer Hafen, in den Verfolgte vor der Bürokratie des überholten Nationalstaats fliehen; für „freie“ und „clevere“ Offshore-Individuen sind die Grenzen aufgehoben. Offshore spielt sich ab in einer scheinbar virtuellen Welt, die unbegrenzte Möglichkeiten hat und flexibel auf die Nachstellung nationalstaatlicher Behörden reagiert, denn Kapital ist unsichtbar und „flüchtig wie ein scheues Reh“ – so eine deutsche Floskel. Eine weitere heißt: „Geld stinkt nicht“. Die Finanzindustrie hinterlässt auf den ersten Blick keine einem Industriestandort vergleichbaren Spuren von Umweltverschmutzung. Ferner wird suggeriert, dass Alle

„ihr“ Geld behalten, im Überfluss leben und Unternehmen gründen dürfen wie und wo sie wollen. Das Steuerparadies wird skizziert als Garten Eden. Ausgeklammert wird die Kehrseite der Offshore-Ökonomie: Sweatshops ohne Regulierungen, Umweltverschmutzung durch Schiffe, die unter Billigflaggen fahren, Geldwäsche, hohe Steuerausfälle und Kapitalflucht, wovon Entwicklungsländer, VerbraucherInnen und Lohnsteuerpflichtige in besonderem Maße betroffen sind.

Ausbleibende Maßnahmen gegen Steuerflucht lassen sich aber auch banal damit erklären, dass Steuern als trockenes Thema empfunden werden, mit dem sich schwer ein Wahlkampf machen lässt. Diese Auskunft gab zumindest ein befragter Politiker und sie scheint plausibel.

Ausstellung und Katalog

Hier setzt die Ausstellung zu Steueroasen und Offshore-Zentren in Europa an. Wir verfolgen damit einerseits das Ziel, das ignorierte und für zu trocken befundene Thema so aufzuarbeiten, dass es einem breiten Publikum nahe gebracht wird. Über die Bilder sollen die Diskussionen konkretisiert werden, dem Abstrakten soll ein Bild gegeben werden.

Ein besonders wichtiges Ziel der Ausstellung ist, der Rhetorik der Steuerfluchtbranche Bilder von realen Orten entgegenzusetzen. Damit soll deutlich werden, wie weit die gängige Rhetorik und Realität voneinander entfernt sind.

Aus praktischen Gründen beschränkt sich die Ausstellung auf europäische Orte, was sich u. a. damit rechtfertigen lässt, dass europäische Steueroasen und Offshore-Zentren einen großen Anteil an der globalen Steuerflucht und Deregulierung haben. Es spricht jedoch nichts dagegen, das Projekt auf andere Regionen auszuweiten, etwa auf die US-Steueroasen, Golfstaaten oder relativ junge asiatische Oasen wie Singapur. Die Ausstellung erhebt nicht den Anspruch auf Vollständigkeit, da eine umfassende Darstellung der Steueroasen und Offshore-Zentren unser zeitliches und finanzielles Budget sprengen würde.

Der Ausstellung ging ein Fotowettbewerb voraus, zu dem Personen Fotos von Steueroasen und Offshore-Zentren einreichten und zwar aus Deutschland, Irland, Jersey, London, Liechtenstein, Luxemburg, Österreich und der Schweiz. Darüber hinaus haben wir selbst gezielt zentrale Orte der Offshore-Welt bereist und waren häufig erstaunt, wie banal Steuerflucht funktioniert. Wir stellten fest, dass die Offshore-Welt kein Garten Eden ist, sondern eine Welt der grauen Beratermäuse, der Privatheit, Absperrungen und Überwachungskameras, der Statussymbole ohne Sinn und Sinnlichkeit und der Konkurrenz von Menschen, die sich für Alphas halten.

Die Beiträge im Katalog sollen Zusatzinformationen zu den Postern der Ausstellung liefern. Wir haben verschiedene ExpertInnen gebeten, uns kurze und verständliche Texte zu verschiedenen Facetten der Offshore-Welt zu schreiben. John Christensen, Direktor des internationalen Netzwerks für Steuergerechtigkeit (Tax Justice Network), gibt in einem einführenden Text einen Überblick über das Phänomen der Steuer- und Regulierungsoasen und begründet, warum diese abgeschafft werden müssen. Wie und warum Steueroasen entstanden sind und welche Oasen dabei eine wichtige Rolle spielten, ist nachzulesen im Text von Ronen Palan, einem Experten der Offshore-Welt. Der Beitrag von Andreas Missbach von der NGO „Erklärung von Bern“ arbeitet die Auswirkungen von Steueroasen auf Entwicklungsländer heraus: Diese Länder werden durch Steuerflucht wesentlich stärker getroffen als die reichen Staaten. Klemens Himpele und Sybille Pirklbaur widmen sich dem Fallbeispiel der Steueroase Österreich und erläutern, warum Österreich in diese Kategorie fällt. Dass Staaten wie Deutschland, die offiziell eine „weiße Weste“ haben, stärker als angenommen Steuerflucht in Kauf nehmen und selbst aktives Steuerdumping betreiben, ist dargestellt in den Texten der Abteilung Wirtschaftspolitik von ver.di und von Detlev von Larcher von Attac. Weitere Informationen, insbesondere die Erläuterungen der Poster, wurden vom Projektteam verfasst bzw. zusammengestellt.

Wir bedanken uns herzlich bei allen, die uns geholfen haben, dieses Projekt zu realisieren. Großer Dank richtet sich an die Mitglieder des Tax Justice Network, insbesondere an John Christensen, Markus Meinzer und Ronen Palan, für die Texte, ihre Beratung und sonstige Unterstützung und an Andreas Missbach von der „Erklärung von Bern“. Bedanken möchten wir uns außerdem bei der Abteilung Wirtschaftspolitik von ver.di für die Expertise. Sehr hilfreich war außerdem die ehrenamtliche Unterstützung von Manfred Bartl (Korrekturlesen) und von Coordinatrad, des ehrenamtlichen Übersetzungsdienstes von Attac. Wir haben uns außerdem über die interessanten Beiträge zum Wettbewerb gefreut und über viele gute Tipps von Attacies. Abschließend hoffen wir, mit dem Projekt den BesucherInnen der Ausstellung emanzipative Ansätze näher bringen zu können: Finanzsprache ist wie Kirchenlatein. Steuersysteme sind kompliziert – und das hat System. Laien dürfen sich nicht einschüchtern lassen. Gerade in der Finanzkrise haben viele Finanzspezialisten gezeigt, dass sie das eigene System nicht verstehen und kein Interesse am Gemeinwohl haben. Steueroasen sind die Potemkinschen Dörfer von heute.



„Der griechische Historiker Thukydides beschreibt eine Welt voller Konflikte, in der die Starken tun, was ihnen beliebt, die Schwachen sind gezwungen alle Bedingungen zu akzeptieren wenn sie überleben wollen. Das zugrunde liegende politische System basiert auf Plutokratie und Herrschaft. Dieses System beginnt bei uns Fuß zu fassen und Steueroasen dienen den Plutokraten.“

Willkommen in einer Welt ohne Regeln

John Christensen

Ein Gespenst geht um in der demokratischen Welt – das Gespenst von Steuerflucht und Steuerwettbewerb. Weltweit kämpfen Politiker und Verwaltungsleute darum, die Mittel für öffentliche Leistungen aufzutreiben, während Steuerermitten das Finanzierungsgebäude stetig weiter aushöhlen und die Lasten vom Kapital auf Arbeit und Verbraucher verlagern. Die Regierungen in Europa stehen vor einem riesigen Dilemma: Einerseits untergräbt der Steuerwettbewerb die Besteuerung von Unternehmensgewinnen; Hunderte Milliarden Euro gehen durch Steuerflucht- und aggressive Steuervermeidung verloren. Andererseits beherbergt ausgerechnet Europa viele der weltweit größten Steueroasen und Offshore-Finanzzentren wie London (als größtes), Dublin, Luxemburg, Österreich, die Schweiz und die Niederlande. Dazu kommen zahlreiche assoziierte Gebiete wie Andorra, Guernsey, Jersey, Monaco und die Niederländischen Antillen, die den Steuerwettbewerb antreiben und Steuerflucht in großem Stil vermitteln.

Steueroasen sind zu einem Hauptmerkmal der globalisierten Finanzmärkte geworden. Statistiken über das Ausmaß ihrer Aktivitäten sind nur spärlich vorhanden, aber die folgenden Zahlen lassen die Größenordnungen erahnen:

- Mehr als die Hälfte internationaler Bankkredite und ca. ein Drittel der ausländischen Direktinvestitionen werden durch Steueroasen geschleust;
- über 50 % des Welthandels wird auf dem Papier über Steueroasen abgewickelt, obwohl diese nur ca. 3 % des Welt-BIP ausmachen;
- 11,5 Billionen US-Dollar an Privatvermögen wurden von den Superreichen (in Bankerkreisen *High-Net Worth Individuals* genannt, gesprochen *Hen-Wees*) in Offshore-Zentren verschoben, womit sie jährlich 250 Milliarden US-Dollar Steuern hinterziehen;
- über zwei Millionen International Business Corporations und Hunderttausende, möglicherweise Millionen undurchsichtiger Trusts und Stiftungen wurden in Steueroasen gegründet;
- der Umfang der Steuerflucht in Europa wird auf 2-2,25 % des europäischen Bruttoinlandsproduktes geschätzt; besonders verwundbar sind aber die ärmeren Länder des Südens.

Der Kapitalverkehr über Steueroasen hat seit Beginn der Deregulierung der Finanzmärkte in den 1970er Jahren dramatisch zugenommen und die Steuerfluchtindustrie ist einer der profitabelsten Bereiche der Finanzdienstleistungen geworden: gemessen in BIP pro Kopf sind acht der zehn reichsten Volkswirtschaften der Welt Steueroasen.

Steueroasen – innovativ oder parasitär?

Steueroasen ziehen große Mengen elektronischer Bareinlagen an und nehmen eine zentrale Rolle ein als Buchungszentren für Handel- und Investitionsflüsse. Die große Frage ist jedoch: Was tragen Steueroasen zur Wertschöpfung der Weltwirtschaft bei?

Auf diese Frage antworten BankerInnen und politisch Verantwortliche ausweichend: Steueroasen böten Rechtssicherheit oder schmieren das Getriebe der internationalen Märkte, fördern den Steuerwettbewerb, der Staaten dazu anhält, Steueranreize zu bieten um mobiles Kapital aus anderen Ländern anzuziehen. Auf diese Aspekte wird nun im Einzelnen eingegangen.

Erstens zum Argument, Steueroasen böten Rechtssicherheit: Es ist nicht klar, worin diese besteht, abgesehen von der Sicherheit, dass bestimmte unangenehme Fragen nie gestellt werden (vor allem zur Identität von EigentümerInnen).

Eine Analyse der regulatorischen Systeme der meisten europäischen Steueroasen – von kleineren Playern wie Monaco und Andorra bis

zu großen Finanzzentren wie London und Zürich – zeigt, dass hinter dem Schaufenster von Anti-Geldwäsche-Bestimmungen, die von der Financial Action Task Force auferlegt werden, eine Realität von halbherziger Regulierung und eine Kultur der Nicht-Vollstreckung liegen, vor allem wenn es um Steuerflucht geht.

Bei den meisten Steuerfluchtmethoden werden sorgsam ausgeklügelte multinationale Rechtsstrukturen geschaffen, über die sichergestellt wird, dass die Transaktionen auf dem Papier außerhalb des Zuständigkeitsbereichs der regulierenden Behörden der jeweiligen Jurisdiktionen abgewickelt werden. In der Sprache der politischen Geographie ausgedrückt, finden diese Transaktionen nirgendwo statt und daher ist auch niemand für ihre Regulierung zuständig.

Zweitens zur Metapher des „Getriebeschmierens“. Sie klingt beruhigend, bedeutet aber wenig in einer Welt massiv deregulierter grenzüberschreitender Kapitalflüsse. Dazu braucht es weder Geheimhaltung, noch niedrige oder gar keine Steuersätze. Die Metapher erinnert vage an eine mittlerweile in Misskredit geratene Phrase aus den 1970ern, dass „Korruption das Getriebe des Handels schmieren“. Im Hinblick auf Steuern sind die meisten internationalen Geschäfte durch bilaterale Steuerabkommen zwischen Import- und Exportland geregelt.

Komplexer ist das dritte Argument zum Steuerwettbewerb. Liberale ÖkonomInnen behaupten, Steuerwettbewerb zwischen Län-

dern bringe niedrigere Steuersätze. Aber niedriger für wen? Der Wettbewerb senkt Steuersätze auf mobiles Kapital; d. h. aber, dass andere Faktoren wie Arbeit stärker besteuert werden müssen, um dieses auszugleichen. Im Zuge dessen nimmt die Ungleichheit – eine der größten wirtschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit – verschärft zu. Bisher konnte niemand erklären, was Steueroasen, die hauptsächlich dazu dienen, Gewinne künstlich aus Ländern abfließen zu lassen, in denen sie erarbeitet wurden, anderes bewirken, als eine Spirale der Abwertungskonkurrenz (Beggar-my-Neighbour-Policy).

Steuerwettbewerb ist zutiefst antidemokratisch: Er hält Regierungen davon ab, solche Steuersysteme zu installieren, für die ihre WählerInnen gestimmt haben. Die Wettbewerbstheorie gehört in den Bereich der Mikroökonomie, wo KonsumentInnen informierte Entscheidungen zwischen Waren und Dienstleistungen verschiedener AnbieterInnen treffen. Firmen, die sich nicht anpassen, gehen bankrott und andere, effizientere treten an ihre Stelle. BefürworterInnen des Steuerwettbewerbs behaupten i.d.R., Markt-wettbewerb könne gleichgesetzt werden mit Steuerwettbewerb, was aber falsch ist. In freien Demokratien treffen WählerInnen, nicht KonsumentInnen die Entscheidung zwischen dieser oder jener Regierung. Eine bankrotte Firma ist eine Sache, ein bankrotter Staat etwas komplett anderes. Marktwettbewerb und Steuerwettbewerb können nicht gleichgesetzt werden.

Ähnliche Argumente gelten auch für den Regulierungswettbewerb: Steueroasen bieten Regulierungen „light“ an, die zu mehr Risikofreudigkeit anregen sollen. Nun zeigt die aktuelle Bankenkrise wie Geheimhaltung und Intransparenz dazu beigetragen haben, Risiken in Hochrisikoinstrumenten zu verstecken – vor allem hinter Collateralised Debt Obligations – die weltweit verkauft wurden, ohne viel (oder gar nichts) über damit verbundene Risiken zu wissen. Die Kombination ist tödlich: Solange die Märkte boomen, gibt es keinen Druck auf Regulatoren, Informationsdefizite zwischen VerkäuferInnen und KäuferInnen zu korrigieren. Art und Ausmaß der Risiken treten erst zutage wenn die Märkte einbrechen.

Das McKinsey Global Institute schätzt das Volumen der grenzüberschreitenden Finanzflüsse auf ca. 8,2 Billionen US-Dollar jährlich. Illegale Finanzflüsse, inklusive Kapital, dass illegal verdient, transferiert oder verwendet wurde, machen ca. ein Fünftel davon aus. Trotz eines umständlichen in die Tiefe gehenden Anti-Geldwäsche-Regelwerks ist die Aufklärungsrate bei illegalen Finanzflüssen bemerkenswert niedrig: Weniger als 1 % wird aufgedeckt. Das liegt u.a. an der zu starken Fixierung der Anti-Geldwäsche-Programme auf Drogen und Terror, die einen relativ geringen Anteil an illegalen Geldflüssen haben. Ein weiterer Grund ist das Wegschauen bei falsch verrechneten Preisen im Handel zwischen Unternehmen (Transferpreise) und betrügerischer Rechnungslegung. Obwohl bei

den meisten Fälle von Kapital- und Steuerflucht falsche Warenpreise verrechnet werden, sind existierende Regeln unzureichend, z. B. die OECD-Richtlinien zu Transferpreisen. Es wurde nichts unternommen, um dieses Problem zu beheben. Die internationalen Buchführungsregeln erschweren sogar noch den Nachweis falscher Preisgestaltung.

Steuerflucht findet an der Schnittstelle von Privatangelegenheiten und dem öffentlichen Interesse statt; dort wo der privaten Spielraum auf Kosten des Gesamtwohls ausgenutzt wird. Damit wird akzeptiert, dass eine Minderheit akzeptierte gesellschaftliche Regeln umgeht, ebenso dass es zweierlei Maß gibt: ein Maß für die Reichen mit guten Beziehungen, ein anderes für die Armen und Schwachen. Besonders heimtückisch ist, dass privilegierten Eliten mit Steueroasen ein Mittel bereitgestellt wird, um den Willen demokratisch gewählter Regierungen zu untergraben.

Es ist Zeit, Steueroasen als das zu sehen, was sie sind: ein massiver Angriff auf die Souveränität der Nationalstaaten, ein direkter Angriff auf die Demokratie und ein Krebs in den Zellen des Kapitalismus unserer Zeit.

Willkommen in einer Welt ohne Regeln

Der griechische Historiker Thukydides beschreibt eine Welt voller Konflikte, in der die Starken tun, was ihnen beliebt, die Schwachen sind gezwungen alle Bedingungen zu akzeptieren wenn sie überleben wollen. Das zugrunde liegende politische System basiert auf Plutokratie und Herrschaft. Dieses System beginnt bei uns Fuß zu fassen und Steueroasen dienen den Plutokraten.

BefürworterInnen von Steueroasen behaupten, Steueroasen seien die innovativste Form des freien Marktes. Den produktiven Beitrag, den sie leisten, konnten sie allerdings nicht aufzeigen und ihre Argumentation lässt außer Acht, dass die Geheimhaltungspraktiken dieser Jurisdiktionen der Markteffizienz absolut abträglich sind. Geheimhaltung wirkt systemisch, indem sie ein Klima schafft in dem Kriminalität und Korruption blühen und immun sind vor der Aufklärung. Sie fördert schädliche Marktverzerrung, weil Investitionen nicht dort gemacht werden, wo sie am produktivsten sind, sondern dort, wo die besten Steuergeschenke locken. Geheimhaltung ermöglicht Kapitalflucht und verzerrt Prozesse der Kapitalakkumulation. Das Resultat ist eine Welt, in der Reichtum und Einkommen extrem ungleich verteilt sind, mit andauernder Arbeitslosigkeit, zunehmender Entfremdung, Armut und Missachtung des Rechtsstaats.

PolitikerInnen müssen jetzt über die Zukunft der Globalisierung entscheiden. Sie können den bisherigen Kurs weiterfahren: Herauskommen wird ein härterer Steuerwettlauf, eine noch stärkere Umverteilung der Steuerlast auf Arbeit und Konsum (statt auf Kapital), eine steigende Ungleichheit und ein gebremstes Wachstum. Die Alternative dazu ist, anzuerkennen, dass Steuerwettbewerb und Steueroasen mit ihrer Geheimhaltung unvereinbar sind mit den Prinzipien der Demokratie und des freien Marktes.

Jetzt gilt es sich zu entscheiden, entweder für Steuersysteme, die in die Abwärtsspirale der Abwertungskonkurrenz münden, oder für verstärkte Zusammenarbeit, die die Anerkennung der souveränen Staaten respektiert, Steuern demokratisch zu beschließen. Dazu gehört Transparenz bei marktrelevanten Informationen, Kooperation beim Informationsaustausch, bei der Kapitalbesteuerung und bei der Offenlegung der Besitzverhältnisse. Dazu gehört auch das Bekenntnis, dass Steuerhinterziehung sowohl wirtschaftsschädigend als auch undemokratisch ist, und die Anerkennung des weithin akzeptierten Prinzips, dass eine progressive Besteuerung im Interesse der Öffentlichkeit ist.

Eines ist klar: Demokratische Regierungsformen können nicht bestehen, wenn Reiche und mächtige Konzerne Steueroasen als Freibrief für Steuerflucht ausnutzen. Steueroasen müssen ausgetrocknet werden.

Übersetzung: Birgit Wörishofer, Coeditrad

For in this strange world of offshore, company and wealthy individuals pay a premium to appear to reside somewhere other than where they are actually located, or even to disappear together“

Ronen Palan 2003

Die Pseudo-Inseln der Offshore-Ökonomie: Von Billigflaggen bis Telefonsex

Das Prinzip der Offshore-Ökonomie ist die Umgehung von Regeln und Gesetzen anderer Orte. Was bedeutet Offshore? Welche Bereiche umfasst es? Was ist eine Steueroase und ein Offshore-Zentrum?

Was bedeutet die Offshore-Welt?

Der Begriff „Offshore“ bezeichnet im wörtlichen Sinn eine Insel vor dem Festland. Die Offshore-Ökonomie ist jedoch nicht durch ihre Geographie gekennzeichnet. „Offshore“ bezieht sich auf den Wohnsitz der KundInnen der Finanzindustrie, der außerhalb der Steueroase oder des Offshore-Finanzentrums liegt. Die Anwendung des Begriffs auf Finanzaktivitäten wurde von der britischen Regierung in London eingeführt (TJN 2008, 18f).

Transaktionen der Offshore-Welt finden formal in einer Steueroase statt, im Auftrag von zwei Parteien, die sich an anderen Orten der Welt („Offshore“) befinden. Das reale Geschäft, das der Transaktion zugrunde liegt, spielt sich außerhalb der Oase ab. Diese bietet nur den juristischen Rahmen (TJN 2008, 19).

Dass an Offshore-Plätzen so gut wie keine substanziellen unternehmerischen Tätigkeiten stattfinden, verdeutlicht ein Blick auf Berufsgruppen, die dort vertreten sind: SteuerberaterInnen, RechtsanwältInnen und BankerInnen (TJN 2008, 19).

Die Offshore-Wirtschaft besteht vor allem aus Steueroasen und Offshore-Zentren, aber auch aus anderen Formen wie Sonderwirtschaftszonen, Billigflaggen in der Schifffahrt, Offshore-Telefonsex und Offshore-Kasinos (Palan 2003, 19).

Was ist eine Steuer- und Regulierungsoase?

Steuer- und Regulierungsoasen sind Orte mit einem Gesetzesrahmen, der Personen auf legale oder illegale Weise hilft, Gesetze und Regeln des Ortes zu umgehen, wo die substanzielle unternehmerische Tätigkeit stattfindet (TJN 2008, 14). Andersherum gesagt, setzen Steueroasen nationale Gesetze außer Kraft, ohne dass die betreffende Person oder das Unternehmen umziehen muss.

Steuer- und Regulierungsoasen funktionieren in ähnlicher Weise, wobei das Hauptmerkmal der Regulierungsoase nicht der Steuervorteil, sondern die Nutzung zur Umgehung von Finanzmarktregeln (z.B. Eigenkapitalvorschriften) ist. Viele Steueroasen sind sogleich Regulierungsoasen.

Ein weiteres Merkmal von Steuer- und Regulierungsoasen ist die Geheimhaltung. BesitzerInnen von Vermögen und Unternehmen bleiben anonym, wenn sie Treuhänder bestimmen. Die Finanzämter der Ursprungsstaaten erhalten wegen des Bankgeheimnisses keine Auskunft über BesitzerInnen und Summen auf den Konten.

Personen oder Unternehmen, die eine Steuer-oase benutzen, zahlen eine Gebühr, Honorare oder einen niedrigen Steuersatz statt regulärer Steuern. Die Finanzbranche muss sich an weniger oder keine Regulierungen halten, z. B. bei spekulativen Geschäften ausreichend Eigenkapital zu halten.

Steuer-oasen sind nicht unbedingt souveräne Staaten; die Regierungen müssen die Möglichkeit haben, eigene Gesetze zu erlassen. Viele Steuer-oasen sind abhängige Gebiete von Staaten mit ausgeprägter Finanzindustrie: die Kanalinseln von Großbritannien ebenso wie die Kronkolonie der Cayman-Inseln.

Gegenwärtig weisen etwa 60 Staaten deutliche Charakteristika von Steuer-oasen auf, u. a. die Bahamas, die Bermudas, die Cayman- und Kanalinseln, Malta, Panama, Liechtenstein, Gibraltar, Singapur, Hongkong, die Schweiz, Grenada, Irland, Luxemburg und auch Österreich. (TJN 2008)

Merkmale von Steuer-oasen nach dem Bericht über schädliche Steuerpraktiken der OECD (1998):

- Steuer-oasen werden von Angehörigen anderer Staaten genutzt, um Steuerzahlungen im eigenen Land zu umgehen. Ausländer zahlen in Steuer-oasen keine oder niedrige Steuern;
- keine Weitergabe relevanter Informationen an Finanzbehörden von Regierungen, deren BürgerInnen Steuer-oasen nutzen;
- fehlende Transparenz;
- Investitionen oder Transaktionen werden allein unternommen, um Steuern zu sparen. Firmen müssen nicht vorweisen, dass sie tatsächlich unternehmerisch tätig sind. (OECD 1998)

Einige Vorgehensweisen:

- Nutzung geheimer Bankkonten
- Anlegen von Offshore-Stiftungen bzw. Trusts
- Einrichten von Scheinfirmen
- Fälschung von Unterlagen
- Nutzung von Transferpreisen
- Gewinnverschiebung durch Kreditvergabe zwischen Mutter- und Tochterfirmen
- Handel mit Lizenzen und Urheberrechten
- „Redomiciliation“, d. h. die Verlagerung von Kapital bzw. eines Firmensitzes von einer Oase zur nächsten

Offshore-Zentrum

Offshore-Zentren sind „kommerzielle Gesellschaften, die von Steuer-oasen beherbergt werden, die deren Strukturen benutzen, um durch die Gesetze der Oase BewohnerInnen anderer Staaten Vorteile zu verschaffen. Mit anderen Worten: Offshore-Zentren setzen sich zusammen aus BuchhalterInnen, AnwälteInnen, Bankangestellten und deren assoziierten Treuhandgesellschaften, die Leistungen an diejenigen verkaufen, welche die Mechanismen nutzen wollen, die durch die Steuer-oase geschaffen wurden.“ (TJN, 2008, 17)

Orte mit einem großen Anteil an Aktivitäten, die dem Offshore-Zentrum entsprechen, sind u. a. Belgien, die City von London, Frankfurt, Hongkong, die Niederlande, New York, Südafrika, die Schweiz (TJN nach Daten der „Big 4“: KPMG, E&Y, PWC und Deloitte, 2008, 30).

Weitere Offshore-Branchen

Die Arten der Offshore-Ökonomie sind vielfältig. Häufig sind Oasen auf bestimmte Arten der Umgehung von Regeln spezialisiert und konkurrieren miteinander.

Sonderwirtschaftszonen / Exportproduktionszone: Gebiete, in denen keine Zölle auf importierte Produktionsmittel und Rohstoffe und die dort produzierte Exportware erhoben werden. Dort angesiedelte Unternehmen werden dort häufig nicht oder nur gering be-

steuert. Die Zonen haben keine oder niedrige Arbeits- und Umweltschutzbestimmungen. Etwa 27 Millionen Menschen arbeiten in den Zonen, 90% davon sind Frauen. Die Zahl der Sonderwirtschaftszonen ist von 850 im Jahr 1998 auf über 5000 im Jahr 2004 gestiegen.

Steuervermeidung im Schifffahrtsbereich: Etwa zwei Drittel der Handelsschiffe sind unter Billigflaggen registriert, die meisten in Panama, gefolgt von Liberia. Diese Staaten erheben eine Registrierungsgebühr und wenn überhaupt nur geringe Steuern und haben kaum Regulierungen im Hinblick auf Arbeitnehmerrechte und Umweltschutz.

Telefonsex: Die Hälfte des Geldes bleibt im Land des Anrufers, die andere Hälfte geht an das Land, in dem der Anbieter registriert ist (und worauf keine Steuern gezahlt werden). Daher sind die Anbieter in Steuer-oasen wie Niue und Tuvalu zu finden.

Online-Kasinos befinden sich oft in Steuer- und Regulierungsoasen und wachsen rasant. (Palan 2003)

Die Schweiz



Etwa ein Drittel der weltweit Offshore, also außerhalb des Herkunftslandes, angelegten Privatvermögens wird in der Schweiz verwaltet. Damit nimmt die Schweiz den ersten Platz im Private Banking ein, vor den Karibischen Inseln und Luxemburg (OECD). Die Angaben über den Umfang des angelegten Privatvermögens schwanken umgerechnet zwischen 1,3 und 2,8 Billionen Euro. Schätzungsweise 50-90% dieses Geldes ist nicht versteuert (EvB 2008). Das Steuerfluchtkapital aus Deutschland wird auf 250-500 Milliarden Euro geschätzt (EvB 2008 nach Cash). Daneben ist die Schweiz ein begehrter Fluchort für Unternehmen.

Die Schweiz ist aber nicht nur Steueroase für andere Länder. Auch in der Schweiz gibt es Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen und den Gemeinden. Die Kantone können die Landessteuer selbst festlegen, die Gemeinden die Gemeindesteuer.

Die Entwicklung der Schweiz zur Steueroase begann maßgeblich im Kanton Zug. Der verarmte Kanton führte – unterstützt von Juristen und Geschäftsleuten aus Zürich – 1918 und in den 30er Jahren Steuergesetze ein, die darauf abzielten, Kapital aus dem benachbarten Zürich abzuziehen (Palan/Murphy/Chavagneux 09).

1934 wurde das Schweizer Bankgeheimnis eingeführt. Die damalige Finanzkrise hat die Schweiz 1931 besonders hart getroffen. Für Zugeständnisse bei der Finanzmarktregulierung setzten Vertreter der Schweizer Banken

das verschärfte Bankgeheimnis durch. Danach werden MitarbeiterInnen von Banken und VertreterInnen anderer Berufsgruppen mit Geldstrafen und Gefängnis bedroht, wenn sie Informationen über jegliche Kontendaten an Behörden weitergeben, inklusive an schweizer (Palan/Murphy/Chavagneux 09).

Zug – der klassische Steueroasen-Kanton

Zug erhebt bis heute niedrige Steuersätze oder keine Steuern auf Holdings (eine Dachgesellschaft, die Anteile an anderen selbstständigen Unternehmen hält), Domizilgesellschaften (Firmen, die nur Verwaltungstätigkeiten durchführen; der offizielle Name für Briefkastenfirmen) und gemischte Gesellschaften (Firmen im ausländischen Besitz oder solche die im Ausland tätig sind) (EvB 2008).

Der Kanton Zug hat 100 000 Einwohner. Bei der Suche im Handelsregister erscheinen 32 269 Unternehmen. Dass die Niederlassung mehr mit Steuern als mit unternehmerischer Tätigkeit zu tun hat zeigt ein Blick ins Handelsregister. Über 170 Unternehmen sind unter dem Zweck „Erdöl“ registriert – nicht gerade plausibel gemessen an den Erdölvorkommen der Schweiz. (Handelsregister des Kantons Zug 2.9.09)

Linke Seite: In diesem Gewerbegebiet in Baar im Kanton Zug ist die Boris Becker GmbH untergebracht.



Die Boris Becker GmbH in der Ruessenstrasse 6 in Baar macht nach Handelsregister Geschäfte mit Beteiligungen v.a. an Sportveranstaltungen. Darüber hinaus bietet sie Beratungsleistungen für Sportler, Künstler und andere an und kümmert sich um die „weltweiten kommerzielle Vermarktung“ von Boris Beckers Rechten. Diese Aktivitäten finden

anscheinend in einem bescheidenen Container statt. Telefon und Fax gibt es nicht, aber einen Briefkasten den die Becker GmbH mit einer anderen Firma teilt.



1. A & M Asset Management AG
2. A&D Pharma Solutions GmbH
3. adessa.Moden AG
4. Agrobusiness AG
5. Agromerkur AG
6. AIA Software Schweiz GmbH
7. Akacia AG
8. Akira Design AG
9. Aldon AG
10. Alice Rosner Stiftung
11. Allegra Finanz AG
12. Arona Commercial AG
13. Art Gallery AG
14. Azimuth Solutions GmbH
15. Balkan Invest AG
16. Bavex AG
17. Bellosino Holding AG
18. Black Sea Invest AG
19. BOWS Pharmaceuticals AG
20. BPI Bulgaria Property Invest AG
21. British Select Tobacco Company
22. BTB BioTech Beauty AG
23. Bulgar Property AG
24. Bun Di Verlag AG
25. Burg Finanz AG
26. business beyond AG
27. Business Intelligence Strategy AG
28. Calas AG
29. Carcel AG
30. Carlet Trading Company A.V.V., Aruba, Zweigng.Zug
31. Catland Holding AG
32. CBS S AG
33. Centralway Associated LLC
34. Chironex GmbH
35. Christiania Immobilien und Beteiligungs AG
36. Coniston Minerals GmbH, Zug
37. Convexa Holding GmbH
38. Corineus Consulting AG
39. Corrido GmbH
40. cos-33 GmbH
41. Cuca Holding AG
42. Danstar Ferment AG
43. Danstar NutriScience GmbH
44. Daviess Group Ltd, Road Town, British Virgin Islands, Zug
45. Delta Special Engineering AG
46. DespiSoft GmbH
47. East Invest AG
48. Element Seven AG
49. Ergonia Consulting GmbH
50. Ergonia Holding AG
51. Ergosmart AG
52. Euro Projekt Holding AG
53. Famous Music Switzerland GmbH
54. Fasmal GmbH
55. FGK Representative Service AG
56. Fimich AG
57. Finmo AG
58. Flymo SA
59. FORENSICA Wadsack Harz Gergen
60. G.A.P. Global Asset Products AG
61. Gaduba Finanz AG
62. Gallery K. AG
63. Ganos SA
64. Geysir AG
65. Gletcher Investment AG
66. Global Net Media AG
67. Global Specialty Solutions GmbH
68. Green Mountains Holdings AG
69. Grossbötzel, Schmitz & Partner (Schweiz) GmbH
70. H. Eigenmann, Vertretg. von Gfeller Consulting & P. AG
71. Happy Home AG
72. I.F.L.S. Financing AG
73. Ibisus Hotel Beteiligungs AG
74. ICT Internationale Transport GmbH
75. ICT Switzerland GmbH
76. IGA Worldwide Holding AG
77. IMI International Medical Investments AG
78. Inc. For North - South Cooperation
79. Institute of Beauty Rubella AG
80. International Industrial Holding Bulgaria AG
81. International Paper Holding AG
82. Internationales Grünes Kreuz
83. Ixora Holding AG
84. Joy of Ayurveda AG
85. Katan Holding AG
86. KBS & Partner AG
87. Key Development Laboratories GmbH
88. Kidder, Peabody & Co. GmbH
89. Kiln Holding AG
90. Kitz AG
91. KLY Holding AG
92. Kvaerner Holding Switzerland AG
93. Lagonda Handels GmbH
94. Lallemand IP AG
95. Lallemand Pharma International AG
96. Langjahr Film GmbH
97. Lemaffri Trading AG
98. Firmenname Status
99. LeoNexT Unternehmensberatung GmbH
100. Lila Swiss AG
101. Lions Group AG
102. Manpower Holding AG
103. Manutrade SA
104. Medialog Schweiz GmbH
105. Metal Trade Investment AG
106. MHS Trading AG
107. Mimulani AG
108. Mirona Capital AG
109. N & S ExIm AG
110. Nadar Oil SA
111. Nagold Verwaltungs AG
112. Narana Holding AG
113. Naruva Trading AG
114. Nemoto International AG
115. Nickel & Climent Holding AG
116. Odora AG
117. Olfin GmbH
118. Olianier Financial AG
119. Opesum AG
120. Optima Beteiligungen AG
121. Option-2 GmbH
122. ORIN Pharmaceuticals AG
123. Paca-Recycling AG
124. Pari SA
125. Pecchi Trading
126. PER Finanz AG
127. Petronord AG
128. Pevi Trading AG
129. PM Consulting GmbH
130. PMG Prime Management GmbH
131. Polytrans AG
132. Preuss-Kühne & Co
133. Primmotec AG
134. Pro Concepta Zug AG
135. Project Investments AG
136. Quinta Sol Touristik AG
137. R-Konsalt GmbH
138. R-Konsalt Rüesch
139. R.C.P. SA
140. R.S.D. Trust Company Ltd
141. Raiffeisenbank Zug Genossenschaft
142. Refinder GmbH
143. Regotec Handels AG
144. Reno Schuh AG
145. Rock Well Petroleum Hungary Kft., Szombathely, Zug
146. Rontis AG
147. Rosaemarco AG
148. Rosebud AG
149. Rosukrenerg AG
150. S&L Sports & Licensing AG
151. Safina AG
152. Sano Asset Management GmbH
153. Sarah Holding AG
154. Schlumpf & Partner Treuhand AG
155. Schweizerisch-Mongolische Gesellschaft
156. Schweizerisches Grünes Kreuz für Gesundheit
157. Serval Shipping AG
158. Servichem AG
159. Sidbury Commercial AG
160. Silanar Trading SA
161. Siranes Consulting AG
162. SOOA GGC Switzerland AG
163. Southwood AG
164. SP-Systems AG
165. Sterling Asset Management AG
166. Stiftung Maxima
167. Stychus Invest AG
168. Swemak GmbH
169. Swiss Financial Services Holding AG
170. Swissinvestment AG
171. Tabletop Art & Production AG
172. Tannhauser Gate GmbH
173. Tektronix International GmbH
174. Th. Fries AG
175. The Lift Design GmbH
176. The Really Useful Company AG
177. Trading Technologies AG
178. TRG International GmbH
179. Trident Investments AG
180. Trufield Holding AG
181. Ulidepan Holding AG
182. Vadex AG
183. Vectigal Holding AG
184. Vive Vitaminvertriebs Holding AG
185. wadsack & co. handelsgesellschaft
186. wadsack & co. treuhandgesellschaft
187. Welax Handels AG
188. Westinghouse Electric (Asia) SA
189. Westinghouse GmbH
190. Westinghouse International Atomic Power SA
191. Witenstock AG
192. World Trade & Invest Holding AG
193. World Trade Center Lienses AG
194. World Trade Center Marketing AG

194*

*194 Firmen sind in diesem 4-stöckigen Gebäude in der Bahnhofstraße 7 in Zug ansässig. Beschriftete Türklingeln und Briefkästen gibt jedoch nur 5.



3,2 m²



3,2 m² Nutzfläche ergeben sich durchschnittlich je Firma in der Bahnhofstraße 7 in Zug bei 2 Stockwerken mit Büronutzung und ca. 620 m² Nutzfläche.



Weniger bekannt als die Bahnhofstraße Zürich – der klassische Sitz der Schweizer Banken – ist die Bahnhofstraße in Zug. Hier und in der angrenzenden Baarerstraße sind tausende Unternehmen registriert. Das Handelsregister zeigt für der Bahnhofstraße insgesamt 3019 Treffer an, für die Baarerstrasse 7672 Einträge (Handelsregister Zug 10.9.2009).



Ein besonders beliebtes Gebäude in Zug: Hinter der unscheinbaren Fassade der Baarerstraße 2-12 verbergen sich mehrere hunderte Firmensitze, die durch eine in die Jahre gekommene Einkaufspassage erschlossen werden.





Privat auf dem Golfplatz. Das Büro eines Berliner Stararchitekten

Bei der Suche im Handelsverzeichnis des Kantons Zug nach dem Zweck „Architekt“ erscheint u. a. die Adresse des Berliner Stararchitekten Hans Kollhoff:

Atelier Prof. Hans Kollhoff GmbH in Risch.

Das Unternehmen ist im Handelsregisteramt des Kantons Zug im Hauptregister unter der Registernummer CH-170.4.002.342-6 eingetragen.

Auch auf der Homepage von „Prof. Kollhoff Architekten“ ist neben einer Berliner Adresse und einer in Rotterdam eine weitere in der Schweiz angegeben: Freudenberg 5, CH-6343 Rotkreuz.

Kollhoff ist kein besonders auffälliger Fall, gemessen an den Geschäftsverbindungen, die bei anderen Einträgen im Handelsregister erscheinen. Trotzdem fragen wir uns, ob es sich um ein normales Büro handelt, und beschließen, vor Ort nachzusehen.

Das GPS zeigt für „Freudenberg 5, Rotkreuz“ an: „Adresse unbekannt“.

Wir fahren von der Stadt Zug aufs Land zum Ort Rotkreuz, zwischen fünf und sechs Uhr im Feierabendstau zwischen teuren Autos und fragen uns ob Menschen in teuren Autos wirklich lange arbeiten.

An der Abzweigung nach Risch zeigt ein Schild „Privatweg“ an, Durchfahrt nur für

Anlieger.

Wir fahren trotzdem durch. Die Straße führt durch einen Golfplatz. Vereinzelt stehen zu Villen umfunktionierte Bauernhäuser an der Straße, im Hintergrund ist der Zugersee zu sehen. Wo ist die Nummer 5?

Es geht weiter über den Golfplatz. Sogar eine Kleingartenkolonie steht darauf, und zwar hinter meterhohen Zäunen, geschützt vor Golfbällen.

Weitere Verkehrsschilder zeigen an: „Durchfahrt verboten“. Eine Schranke, die vom Pförtnerhaus bedient wird, steht vor einer Anlage mit hohen Hecken, die einem Schloss ähnelt.

Ein Grundstück weiter müsste laut Google Earth die Nummer 5 liegen. Der Zugang ist wieder privat.



Die Steueroase in der Steueroase in der Steueroase... die Gemeinde Wollerau im Kanton Schwyz in der Schweiz

Wollerau ist eine Gemeinde mit etwa 7000 Einwohnern am Zürichsee. Sie wächst schnell: 1980 hatte sie noch keine 4000 Einwohner. Der ehemalige UBS-Chef Marcel Ospel zog von Basel nach Wollerau, Roger Federer vom Basler Land her. In Wollerau und Umgebung wohnen außerdem die Rennfahrer Kimi Räikkönen, Felipe Massa und Peter Sauber, die Tennisspielerin Martina Hingis und der UBS-Banker und ehemalige Chef von Credit Suisse Oswald Grübel. In der Gemeinde sind 80 Einkommensmillionäre angemeldet (Zürichsee Zeitung, 18.7.2008). Dazu sind 1169 Firmen in dem kleinen Ort registriert, darunter 588 Aktiengesellschaften, 426 GmbHs, 13 Stiftungen (Moneyhouse 2009).

Woran liegt das? An den Steuern?

„Die Steuerfrage spielt bei der Wahl des Standortes eine entscheidende Rolle. Im Kanton Schwyz sind nicht nur die Steuern sehr tief, die Steuerbehörden gelten in Wollerau im Gegensatz zu anderen Gemeinden als sehr grosszügig und flexibel. Berücksichtigt man alle Aspekte, nimmt Wollerau europaweit die Spitzenposition ein. ... In Sachen Image ist Wollerau klar vor Zug zu wählen“, so die Aussage auf der Homepage einer Beratungsfirma (ZCGroup 2009).

Die Gemeinde Wollerau betont dagegen auf ihrer Webseite, dass der Ort seine Attraktivität „nicht nur dem tiefen Steuerfuss“ verdanke. Die Lage am Zürichsee und die gute Verkehrsanbindung sei ebenso eine Qualität wie der hohe Anteil an Eigenheimen und das breite Bildungs- und Kulturangebot.

Was ist an diesen Aussagen dran? Die Angaben zur Lage sind richtig, dennoch gibt es andere Orte mit ähnlichen Qualitäten.

Zum attraktiven Bildungsangebot der Gemeinde ist auf der Homepage zu finden: Ein Kindergarten und eine Primarschule.

Auch das Kulturangebot im Jahr 2009 überzeugt nur bedingt:

- Neujahrskonzert - Erwin Füchslin and the Let's Go Big Band 9. Januar 2009
- Dia-Show - Kanada - Alaska: Ruf der Wildnis 18. Februar 2009
- Lesung „Heidi“ Peter Stamm & Hannes Binder 29. März 2009
- Bildende Kunst Open Atelier 2009 17., 18. und 19. April 2009
- Comedy „Endlich Popstar“ Blues Max 13. Juni 2009
- Openair Konzert Dusty Boots 22. August 2009
- Lesung „Meerfeuer“ Monika Dettwiler 23. Oktober 2009
- Jubiläumskonzerte Musikverein Verena Wollerau 28. und 29. November 2009







Der Aufstieg der Offshore-Welt und ihre verschiedenen Facetten

Ronen Palan, Richard Murphy und Christian Chavagneux

Die Geschichte der Steueroasen ist geprägt von Mythen und Legenden; fälschlicherweise wird sie häufig mit der Unterschlagung von Steuern gegenüber Behörden gleichgesetzt, was von Anfang an zum Steuerwesen dazugehört. Das derzeit existente System der Steueroasen ist eine neue Entwicklung. In diesem Kapitel umreißen wir knapp die Geschichte der Steueroasen ab dem späten 19. Jahrhundert bis heute.

Die Entwicklung von Steueroasen durchlief drei Phasen. In der ersten Phase, die etwa vom Ende des 19. Jh. bis 1920 dauerte, bildeten sich die bekannten Instrumente bzw. Vorgehensweisen von Steueroasen heraus, nämlich die Geheimhaltung, eine erleichterte Firmengründung und eine niedrige oder keine Besteuerung Nicht-Ansässiger. In der zweiten Phase, und zwar nach dem Ersten Weltkrieg bis in die frühen 1970er Jahre verfolgte eine kleine Anzahl von Staaten, angeführt von der Schweiz, den systematischen Aufbau von Steueroasen als wirtschaftliche Entwicklungsstrategie. In der dritten Phase, von Anfang der 1970er bis in die späten 1990er Jahre, wuchs die Anzahl der Steueroasen drastisch, ebenso die Angebotspalette, die zielgerichtete Nutzung und das schiere Volumen der durch Steueroasen geschleusten Finanzanlagen. Die dritte Phase kann als die „goldene Ära“ der Steueroasen bezeichnet werden.

Die erste Phase: Das Instrumentarium der Steueroasen entsteht

Die ersten Steueroasen haben sich mit großer Wahrscheinlichkeit in den Bundesstaaten New Jersey und Delaware im späten 19. Jh. entwickelt – und ironischerweise scheinen alle Anzeichen darauf hinzudeuten, dass diese Oasen als Letzte abgeschafft werden. Auch wenn beide im strengen Sinne keine Steueroasen waren und sind, entstand hier die Strategie der erleichterten Firmengründung, die heute zum Repertoire aller Steueroasen gehört.

In den 1880er Jahren war New Jersey in akuter Geldnot. Der New Yorker Unternehmensanwalt Dill brachte New Jerseys Gouverneur Abbot auf die Idee, das Einkommen des Bundesstaates zu erhöhen, indem Unternehmen mit Hauptniederlassung in New Jersey über eine Lizenzgebühr besteuert werden – ein Anreiz um Unternehmen aus dem benachbarten New York anzulocken.

1899 folgte ein weiteres Gesetz, durch das Unternehmen Anteile an anderen Firmen besitzen konnten. Beispielsweise wurde das in New York angesiedelte Unternehmen Standard Oil Trust formal rechtlich neu gegründet als Holding Standard Oil Company of New Jersey. Mit dem Gesetz entstand das Konzept des Unternehmens im Unternehmen, bzw. einer Unternehmensgruppe, was wiederum die Möglichkeit zur Nutzung falscher Verrechnungspreise („transfer pricing“) schuf.

Als die Regierung von Delaware 1898 über den Entwurf eines neuen allgemeinen Unternehmensgesetzes diskutierte, orientierte sie sich am Erfolgsmodell New Jerseys. Eine Gruppe New Yorker Rechtsanwälte spielte auch bei dem Entwurf dieses Gesetzes eine wichtige Rolle. Es war offensichtlich, dass Delaware mit dem Erlass dieses „liberalen“ Gesetzes Unternehmen anziehen wollte.

Die amerikanischen Bundesstaaten New Jersey und Delaware führten also die Methode ein, nicht-ansässige Unternehmen durch ein günstiges regulatorisches Umfeld anzulocken. Diese Praxis wurde ab den 1920er Jahren kopiert und nach Europa gebracht, und zwar von einigen Schweizer Kantonen – ursprünglich angeführt vom verarmten, in der Nähe von Zürich gelegenen Kanton Zug.

Britische Gerichte erfinden das nicht ansässige Unternehmen

Während die amerikanischen Bundesstaaten Pioniere beim Anlocken von Unternehmen durch liberalisierte Unternehmensgesetze waren, gebührt britischen Gerichten die Ehre der Erfindung der Methode der „virtuellen Niederlassungen“, die es Firmen erlaubt sich in Großbritannien zu registrieren, ohne Steuern zahlen zu müssen – eine Entwicklung, von der mindestens ein Kommentator glaubt, sie sei das Fundament auf dem das gesamte Phänomen der Steueroasen beruhe.

Viele gehen davon aus, dass diese Methoden auf eine Reihe von Gesetzeserlassen der britischen Gerichte zurückgehen. Der Bedeutendste stammt aus dem Jahre 1929. In die-

sem Fall wurde dargelegt, dass die Egyptian Delta Land and Investment Co. Ltd. V. Todd zwar in London registriert, in Großbritannien jedoch nicht unternehmerisch tätig war und deshalb nicht der britischen Steuergesetzgebung unterliegt. Laut Picciotto schuf dieser Präzedenzfall „das Schlupfloch, das Großbritannien in gewisser Hinsicht zu einer Steueroase machte“ (1992, 8).

Firmen konnten sich nun in Großbritannien niederlassen und die britischen Steuern umgehen. Die Beschlüsse der britischen Gerichte hatten eine große Bedeutung weil sie nicht nur für das Vereinigte Königreich galten, sondern für das gesamte Britische Imperium. Dadurch konnte diese Gesetzgebung später durch die Rechtssysteme der Bermudas und Bahamas weitergeführt und in den 1970ern von den Cayman-Inseln perfektioniert werden.

Das Schweizer „Bundesgesetz zu Banken und Sparkassen“ von 1934

Vor dem Hintergrund der Depression in den Folgejahren von 1929 und einer Serie von Bankenpleiten in Österreich und Deutschland in den frühen 30er Jahren, diskutierte das Schweizer Parlament eine Ergänzung zum Bankengesetz, um das Schweizer Bankensystem zu schützen. Im Gegensatz zu seiner ursprünglichen Zielsetzung stärkte das Bankengesetz von 1934 in Artikel 47 das Bankengeheimnis, indem es unter den Schutz der Kriminalgesetzgebung gestellt wurde. Die in diesem Gesetz verankerte berufliche Schweigepflicht verbietet jegliche Weiterga-

be von Informationen über Bankdaten und verpflichtet zu absolutem Stillschweigen in Bezug auf Konten, die in Schweizer Banken geführt werden. Absolut bedeutet, dass selbst Regierungen keine Informationen erhalten, nicht einmal die schweizer.

Durch das Gesetz werden Nachfragen oder Untersuchungen von „Geschäftsgeheimnissen“ von Banken oder anderen Organisationen zu einem kriminellen Vergehen. Es überrascht kaum, dass nur wenige AkademikerInnen oder JournalistInnen bereit waren, für ihre Nachforschungen ins Gefängnis zu gehen. Nach dem Gesetz befand sich Kapital, sobald es über die Grenze gekommen war, in einem nunmehr unverletzlich geschützten Rechtsraum, gewährt durch die Kriminalgesetzgebung und abgesichert durch die Macht des schweizerischen Staates.

In der Folge der US-Gesetze und den britischen virtuellen Niederlassungen ist das Schweizer Bankgeheimnis die dritte Säule der Offshore-Welt, die von anderen Rechtsräumen kopiert wurde.

Die zweite Phase: Steueroasen entwickeln sich

In den 1920er und 30er Jahren machten sich einige wenige kleine Länder einen Namen als Steueroasen – allen voran die Schweiz. Liechtenstein führte 1924 den Schweizer Franken als Währung ein und setzte gleichzeitig ein eigenes Zivilgesetzbuch ein. Durch die Synthese und Zusammenführung der österreichischen und schweizerischen Rechtsordnungen richtete Liechtenstein eine neue Unternehmensform ein, die „Anstalt“. Das neue

Unternehmensrecht sah keine Restriktionen oder Bedingungen vor bezüglich der Nationalität der Teilhaber von Firmen in Liechtenstein.

Nach Kuenzler sei die erste „richtige“ Steueroase nach 1918 entstanden, und zwar mit dem Dreieck Zürich – Zug – Liechtenstein (Kuenzler 2007). Vor dem Krieg gab es nur wenige Offshore-Holdings und Treuhandfirmen in der Schweiz; nach 1920 wuchs die Anzahl der Holdings kontinuierlich. Zürich hatte kein Interesse, diesen Holdings Steuerprivilegien zu gewähren. Die Finanzelite der Stadt brachte deshalb die gefügigen, viel ärmeren ländlichen Kantone Glarus und Zug dazu, ihre Gesetze nach den Vorgaben der Banker und Rechtsanwälte aus der Bahnhofstrasse zu verändern. Dieselben Fachleute berieten auch Liechtenstein. Durch diese Vergünstigungen wurde Zürich zum Zentrum der Schweizer société anonyme und der Briefkastenfirmen; es überholte Basel Ende der 1920er Jahre.

Luxemburg war auch eines der ersten Länder, die das Konzept der Holding einführen, nämlich 1929. Gemäß dem Gesetz vom 31. Juli 1929 sind solche Firmen von der Einkommensteuer ausgenommen. Es ist wahrscheinlich, dass weitere Länder in den Zwischenkriegsjahren ansatzweise als Steueroase genutzt wurden: die Bermudas, die Bahamas und Jersey, wie auch Panama.

Die dritte Phase: Die goldene Ära der 1960er bis 1990er

Die Entwicklung von modernen Steueroasen wird üblicherweise mit einer steigenden Besteuerung in den 60er Jahren in Verbindung gebracht. Das ist in gewisser Weise irreführend. Der Aufstieg von Steueroasen hat wahrscheinlich mehr mit der Entstehung des Euromarkts oder den Offshore-Finanzmärkten in den späten 50er Jahren zu tun und weniger mit Änderungen bei der Besteuerung. Der Euromarkt ist ein nicht regulierter Finanzmarkt institutioneller Großhändler, der sich zuerst in London entwickelt hatte. Er entstand ab 1957 als Banken wegen des zeitweiligen Verbots des Handels mit dem englischen Pfund stattdessen US-Dollar benutzten. Auch wenn die genaue Entstehung des Euromarkts nicht präzise bestimmt werden kann, erscheint die Haltung der englischen Zentralbank gegenüber diesen Geschäften als entscheidend: Diese Transfers zwischen nicht-ansässigen Parteien in einer fremden Währung wurden behandelt, als ob sie nicht in Großbritannien stattfänden. Sie fanden offiziell nirgendwo statt, oder besser gesagt in einem neuen, unregulierten Rahmen, der Euromarkt bzw. Offshore-Finanzmarkt genannt wurde (Burn 2005). Die Entwicklung des Euromarkts in der Londoner City war erwiesenermaßen die treibende Kraft hinter der Integration der Offshore-Wirtschaft, die London mit den Überresten des Britischen Imperiums verband.

Der Euromarkt und Britische Steueroasen

Britische Banken begannen in der frühen 1960er Jahren, ihre Euromarkt-Aktivitäten auszuweiten auf Jersey, Guernsey und auf die Isle of Man. Schon 1964 kamen die drei großen amerikanischen Banken dazu, nämlich die Citibank, Chase Manhattan und die Bank of America.

1966 erließen die Cayman-Inseln eine Reihe von Gesetzen, u. a. ein Gesetz zur Regulierung von Banken und Treuhandfirmen, ein Treuhandgesetz und ein Gesetz zur Regulierung des Devisenhandels; außerdem wurde das 1960 erlassene Konzernrecht verschärft. Die Cayman-Inseln waren besonders erfolgreich. Nach den Statistiken der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich waren die Inseln im Jahr 2008 das viertgrößte Finanzzentrum der Welt.

1969 begann auch Singapur, sich zu einer Steueroase zu entwickeln. Die Ausweitung des Indo-China-Krieges Mitte der 60er Jahre führte zu einer Erhöhung der Devisenausgaben in der Region. 1967 und 1968 kam es aber zu einer Kreditklemme, womit die Zinsen auf dem Eurodollar-Markt stiegen. Damit wurden Dollarguthaben in der Asien-Pazifik-Region für viele Banken attraktiv. Singapur reagierte mit Anreizen für internationale Banken, um diese zu veranlassen, Zweigstellen in Singapur zu gründen. Die Bank of America war die erste Bank, die eine spezialisierte Abteilung einrichtete, die Transaktionen von ausländischem Kapital auf asiatischen Devisenbörsen (Asian Currency Mar-

ket, kurz: ACU) durchführte. Die ACU ging ähnlich vor, wie es beim Euromarkt der Fall ist. Sie schuf separate Konten, auf denen alle Transaktionen von Nicht-Ansässigen aufgezeichnet wurden. Obwohl in der ACU keine Devisenkontrollen existieren, müssen die Banken monatlich detaillierte Berichte über ihre Transaktionen bei der Devisenkontrollbehörde einreichen.

Der Privatbankensektor wächst in Singapur derzeit weltweit am schnellsten. Auf dem Weg zum weltgrößten Privatbankencenter wird Singapur lediglich abgebremst durch den „Mangel an Talenten“. Obwohl das Finanzzentrum etwa 130 000 Menschen beschäftigt, gibt es nicht genügend professionelle und spezialisierte Mitarbeiter. Das Wachstum der Vermögen in Singapur ist phänomenal; sie stiegen von 150 Milliarden US-Dollar im Jahr 1998 auf 1,173 Billionen US-Dollar Ende 2007.

Die Globalisierung der Steueroasen

Die relativen Erfolge der Europäischen und Karibischen Steueroasen haben neue Spieler angezogen. Die erste Pazifische Steueroase wurde 1966 in Norfolk Island etabliert, einem selbständigen externen Hoheitsgebiet von Australien. Die australische Regierung hat beständig versucht, die Entwicklung von Norfolk Island zu einer Steueroase zu blockieren, da diese im Wesentlichen international verorteten Zwecken dienen, jedoch nicht den australischen StaatsbürgerInnen. Jason Sharman drückt es wie folgt aus, nachdem Norfolk Island 1966 den Präzedenzfall geschaffen hatte, gingen andere Gebiete den gleichen Weg, indem sie die Rechtssprechung der jeweils

führenden Länder kopierten, und zwar Vanuatu (1970-71), Nauru (1972), die Cook-Inseln (1981), Tonga (1984), Samoa (1988), die Marshall-Inseln (1990) und Nauru (1994). Das Resultat war ein starker Konkurrenzkampf, wodurch die Gewinnspannen enorm klein waren (Sharman 2005). Diese Steueroasen haben in Anlehnung an das Modell der Erfolgreichen die bekannten Gesetze eingeführt, und zwar keine oder nur geringe Steuern für bestimmte Unternehmen und ausländische Firmen, ein an das Schweizer Modell angelehntes Bankgeheimnis, Gesetze für Treuhandgesellschaften und Offshore-Versicherungen, Billigflaggen für Schiffsflootten und Flugzeug-Leasing, und seit neuestem der Erlass vorteilhafter Gesetze, um E-Kommerz und Online-Glücksspiele zu unterstützen.

Ein weiteres wichtiges Zentrum, das sich erst spät entwickelte, war das irische Finanzdienstleistungszentrum in Dublin. 1987 wollte Irland damit an den Erfolg der Shannon Export Processing Zone anknüpfen, eine 1959 eingerichtete Freihandelszone am Flughafen Shannon. Die Charakteristika waren niedrige Steuern für bestimmte Finanzaktivitäten, niedrige Unternehmenssteuerraten (12,5% in 2008) und keine Quellensteuer.

Im Oktober 1975 führten zuerst Bahrain und bald darauf Dubai eine Regelung für die Lizenzierung von Offshore-Bankeinheiten bzw. Offshore Banking Units (OBUs) ein. In den 1980er und 1990er Jahren breiteten sich Steueroasen in anderen Regionen aus, etwa im Bereich des Indischen Ozeans, Afrika und in den ehemaligen Staaten der Sowjetunion.

Schlussfolgerung

Steueroasen sind mittlerweile auf der ganzen Welt vorhanden und bedienen alle wichtigen Finanz- und Wirtschaftszentren. Die zeitgenössischen Steueroasen lassen sich noch immer grob den drei Kategorien zuordnen. Die erste und bei weitem noch die größte Gruppe sind die im Vereinigten Königreich und Britischen Imperium ansässigen Steueroasen. Das Zentrum dieser Gruppe ist die Londoner City, die durch den Euromarkt Zufluss an Mitteln erhält. Zu dieser Gruppe gehören die unmittelbar der Englischen Krone unterstehenden Gebiete, Übersee-territorien, Pazifischen Inselgruppen und Singapur und Hongkong. Die zweite Gruppe besteht aus europäischen Oasen, die eher spezialisiert sind auf das Geschäftsmodell der Hauptniederlassungen und finanziell verflochtenen Tochtergesellschaften und auf private Vermögensverwaltung. Die dritte Kategorie umfasst unterschiedliche Gruppen, entweder Nacheiferer wie Panama, Uruguay oder Dubai, aber auch die neuen Oasen der Schwellenländer und Afrika.

Dieses Kapitel enthält Auszüge aus unserem demnächst erscheinenden Buch: Ronen Palan, Richard Murphy und Christian Chavagneux, *Tax Havens: At the Heart of Globalization*. Ithaca: Cornell UP, 2009. Übersetzung: Homi Kutar und Fiona Krakenbürger.

Rechte Seite: Geldautomat auf dem Gelände der Swarovski Kristallwelten Wattens in Österreich mit einer an Deutsche gerichteten Werbung für Geldanlagen unter dem österreichischen Bankgeheimnis. Der mit dem Unternehmen verbundene Helmut Swarovski steht auf der Liechtenstein-Liste (Format 2008). Foto: Doris Hallama.

Private Banking - Made in Austria



Geldveranlagung unter dem Schutz
des österreichischen Bankgeheimnisses.

Wir garantieren individuelle Betreuung und höchste Kompetenz

Informieren Sie sich unverbindlich:

+43 (0)512/5910 - 4603

Montag - Freitag 08:00 -16:00 Uhr

investmentbanking@tispa.at



Investire in Austria
con il segreto bancario.

Strategie individuali e massima competenza
sono la nostra garanzia.

Per informazioni:

+43 (0)512/5910 - 4793

da lunedì a venerdì dalle 08:00 alle 16:00

investmentbanking@tispa.at

www.tispa.at

TIROLER
SPARKASSE BANK



Luxemburg - ein Spagat zwischen Europa und Kleinstaaterei

Das Land mit 493 300 Einwohnern ist nicht nur der Sitz verschiedener Institutionen der EU, u.a. des Europäischen Gerichtshofs, des Europäischen Rechnungshofs, der Europäischen Investitionsbank und des Sekretariat des Europäischen Parlaments. Im Gegensatz zu der über Gebäude und Fahnen präsentierten gemeinschaftlichen Ausrichtung, beharrt Luxemburg in der Steuerpolitik auf einer kleinstaatlichen Politik des nationalen Egoismus.

Finanzunternehmen zahlen in Luxemburg wenige oder niedrige Steuern und können Gewinne zu einem Teil steuerfrei ausschütten. AnlegerInnen können anonym bleiben, indem sie Treuhänder vorschieben. Die Unternehmensformen sind dafür geeignet, ausländisches Kapital anzuziehen. Luxemburg erfüllt ein wichtiges Kriterium der Steueroase: die Intransparenz durch das Bankgeheimnis. Als einziger EU-Staat neben Österreich und noch Belgien gibt er Informationen über Konten ausländischer BürgerInnen nicht automatisch weiter, sondern nur bei konkreten Verdachtsfällen. Als eines der ersten Länder führte Luxemburg schon 1929 die Rechtsform der Holding ein. Holdings dürfen i.d.R. keine substantielle Geschäftstätigkeiten ausüben, es sind reine Finanzierungs- und Verwaltungsgesellschaften.

Luxemburg ist weltweit der zweitgrößte Markt bei Investmentfonds hinter den USA, und zwar mit einem Anteil von 25%. Das zweite Standbein der Luxemburger Finanzindustrie ist das Private Banking. Hinter der Schweiz und der Karibik nimmt Luxemburg mit 15% Marktanteil den dritten Platz ein (Falk 2009).

Was ist in Luxemburg registriert?

- 148 Banken aus 23 Ländern (Lff 2009), davon 43 aus Deutschland (BCL 2009);
- 94 Versicherungen (Lff 2009);
- 30 000 „Special Purpose Vehicles“, ein Rechtskonstrukt für Unternehmen (Falk 2009, 11);
- 3 345 Investmentfonds mit Anlagen von rund 1,6 Billionen Euro (Lff 2009). 2007, also vor der Finanzkrise, waren es über 2 Billionen Euro. 21% der angelegten Gelder kommen aus Deutschland (Martens 2009).

Registrierungen von Firmen aus anderen Steueroasen wie den Cayman-Inseln, den British Virgin Islands, Gibraltar, Bermuda, Bahamas oder Bahrain lassen darauf schließen, dass Luxemburg als Durchlaufstation genutzt wird. Geschäfte, die von über ein seriös anmutendes europäisches Finanzzentrum getätigt werden, wirken scheinbar weniger anrühlich als bekannte Oasen der Karibik (Martens 2009 / LH 2009).

Linke Seite: 8 rue Henri Heine. Hier sitzt iTunes. In der Nachbarschaft: Die Botschaften von Norwegen und Schweden zusammen mit verschiedenen Finanzunternehmen.



Dieses Gebäude, 21-25 Boulevard Royal in Luxemburg wirkt auf den ersten Blick heruntergekommen und verlassen. Vor dem Gebäude steht ein Schild „Centre Financier et Administratif“, d.h. Zentrum für Finanzen und Verwaltung und weitere abgewetzte Schilder mit wenigen Firmennamen. Auf den zweiten Blick fällt eine Plakette der schweizer Botschaft auf, die tatsächlich hier untergebracht ist: 25A, Boulevard Royal. Interessanter ist jedoch der gegenüberliegende Eingang, die 25B: dazu gehören über 160 Briefkästen, wovon einige mit mehr als 30 Firmen-Namen beschriftet sind. Ein Eingang weiter im Gebäude befindet sich das Ministerium für Wirtschaft und Außenhandel und das Ministerium für Transport.

1–1,6 Billionen US-Dollar*

* Der Umfang illegitimer internationaler Finanzströme beträgt ca. 1–1,6 Billionen US-Dollar pro Jahr.

Welche Summen liegen in den Oasen? Wem oder was nutzt Steuerflucht?

Über Reichtum und Steuerflucht liegen kaum offizielle Statistiken vor und die Geschäfte der Finanzindustrie werden intransparent geführt. Damit muss die Dimension von Steuerflucht geschätzt werden.

Der Umfang illegitimer internationaler Finanzströme beträgt ca. 1–1,6 Billionen US-Dollar pro Jahr. Diese umfassen zu ca. 60–65% Steuerhinterziehung, 35–40% Geldwäsche, davon wiederum 0,005% Terrorismusfinanzierung (Baker 2005).

Steuroasen und Offshore-Zentren werden im größten Umfang von Unternehmen benutzt, gefolgt von vermögenden Privatpersonen.

Die Zahl der in Steuroasen registrierten Einheiten (v. a. Unternehmen und Stiftungen) wächst nach vorsichtigen Schätzungen um jährlich 10–15% (Palan 2003, 48).

Unternehmen: Die größte Gruppe der Oasenbenutzer und die entstehenden Verluste

Unternehmen gründen formal Unternehmensteile in Steuroasen, um Gewinne dorthin zu verlagern und somit keine Steuern darauf zu zahlen, um falsche Rechnungen für vorgetäuschte Lieferungen auszustellen oder Finanzströme zwischen Firmenteilen zu simulieren. Der Umfang dieser grenzüberschreitenden illegitimen Geldflüsse im Unternehmenssektor wird auf 700 Milliarden bis 1 Billion US-Dollar geschätzt (Baker 2007 nach TJN).

Der Verlust von Entwicklungsländern allein durch Transferpreise und falsche Rechnungslegung wird auf 160 Milliarden US-Dollar angesetzt (Christian Aid 2008). Andere vor-

sichtige Schätzungen beziffern die Verluste der Entwicklungsländer durch illegitime Geldflüsse durch Unternehmen auf 350–500 Milliarden US-Dollar (Baker 2005, 172). Die Summe übersteigt bei weitem die gesamte Entwicklungshilfe der reichen Länder in Höhe von 103,7 Milliarden US-Dollar (2007). Das deutsche Finanzministerium rechnet mit einem jährlichen Verlust in Höhe von 65 Milliarden Euro durch grenzüberschreitende Gewinnverlagerungen (Bundesregierung 2009).

Vermögende Privatpersonen: Die zweitgrößte Gruppe der Oasenbenutzer und die entstehenden Verluste

High Net Worth Individuals (HNWIs) werden Personen genannt, die Finanzanlagen in der Höhe von mindestens 1 Million US-Dollar besitzen (ohne Wert- und Konsumgegenstände und Erstwohnsitze). Diese Personen-Gruppe nutzt ausgiebig Offshore-Zentren und Steuroasen: etwa ein Drittel ihres Vermögens liegt dort (Baker nach Merrill Lynch/Cap Gemini WWR 2005, 164).

Das Vermögen von HNWIs wird mit 40,7 Billionen US-Dollar angegeben (Merrill Lynch/Cap Gemini 2008). Nach konservativen Schätzungen betrug die Summe des Privatvermögens von HNWIs in Steuroasen 11,5 Billionen US-Dollar. Damit gehen jährlich 225 Milliarden US-Dollar Steuereinnahmen allein aus der Besteuerung von Privatpersonen verloren, wenn eine durchschnittliche Rendite von 7,5% und ein Steuersatz von 30% angenommen wird (TJN 2005).



Niederlande – Oase für Unternehmen

Auch die Niederlande sind eine Steueroase. Nach einem Bericht der niederländischen NGO SOMO wurden insbesondere für Unternehmen verschiedene Möglichkeiten geschaffen, Steuerzahlungen auf Dividenden, Zinsen, Lizenzgebühren und Veräußerungsgewinne von Töchtern zu senken. Das geschieht u.a. über Ausnahme für Unternehmensbeteiligungen und über eine Vielzahl von Doppelbesteuerungsabkommen.

Die Niederlande beherbergen schätzungsweise 20 000 Briefkastenfirmen mit zunehmender Tendenz. Nach Angaben der niederländischen Zentralbank betrug der Umfang von allein 12 500 dieser Firmen der durch die Niederlande geflossenen Gelder das Achtfache des niederländischen Bruttosozialprodukts (2002 – die letzten vorliegenden Zahlen). Viele Briefkastenfirmen haben eine Mutterfirma in Steueroasen wie die Niederländischen Antillen, der Schweiz, Zypern, den Virgin oder Cayman Inseln. (Dijk / Weyzig / Murphy 2006)

Auch Ikea minimiert die Steuerzahlungen indem das Unternehmen mit Hauptsitz in den Niederlanden, Gewinne aus anderen Ländern über Lizenzgebühren in die Niederlande schafft, wo sie nur minimal besteuert werden.

Ein weiteres prominentes Beispiel für Steuer-
vermeidung über die Niederlande ist U2 bzw. Bono. Die Band mit einem Jahresverdienst von 110 Millionen Dollar (2005 nach Forbes) zog von Dublin nach Amsterdam um, nachdem die irische Regierung die Grenze von 500 000 Euro für steuerfreie Einkommen von Künstlern einführte. Anstatt ab dieser Grenze 42 % Steuern zu zahlen, fallen in den Niederlanden nur 12,5 % an. Die Steuerzahlungen aus Einnahmen aus Lizenzen halbierten sich auf 5 %. (Bloomberg 2006)

Zum Bild:

In diesem Gebäude waren vor der Krise unter Fortis Intertrust (Netherlands) B.V. in Amsterdam 2387 Firmen registriert. Nach Verlusten in Höhe von 22 Milliarden Euro im Jahr 2008 wurde Fortis durch eine Teilverstaatlichung von Belgien, Luxemburg und den Niederlanden gerettet und geteilt.



Regionen: Profiteure und Verlierer

*Welche Regionen profitieren von Steuerflucht?
Welche verlieren?*

In europäische Steueroasen und Offshore-Zentren fließen besonders große Finanzströme aus privaten Vermögen. Die Schweiz und die Kanalinseln sind die beliebtesten Ziele, gefolgt von der Karibik, v. a. den Cayman Inseln und den Bahamas. Es folgen die allerdings schnell wachsenden asiatischen Finanzzentren vor den USA (Wyman nach OECD 2009, 13).

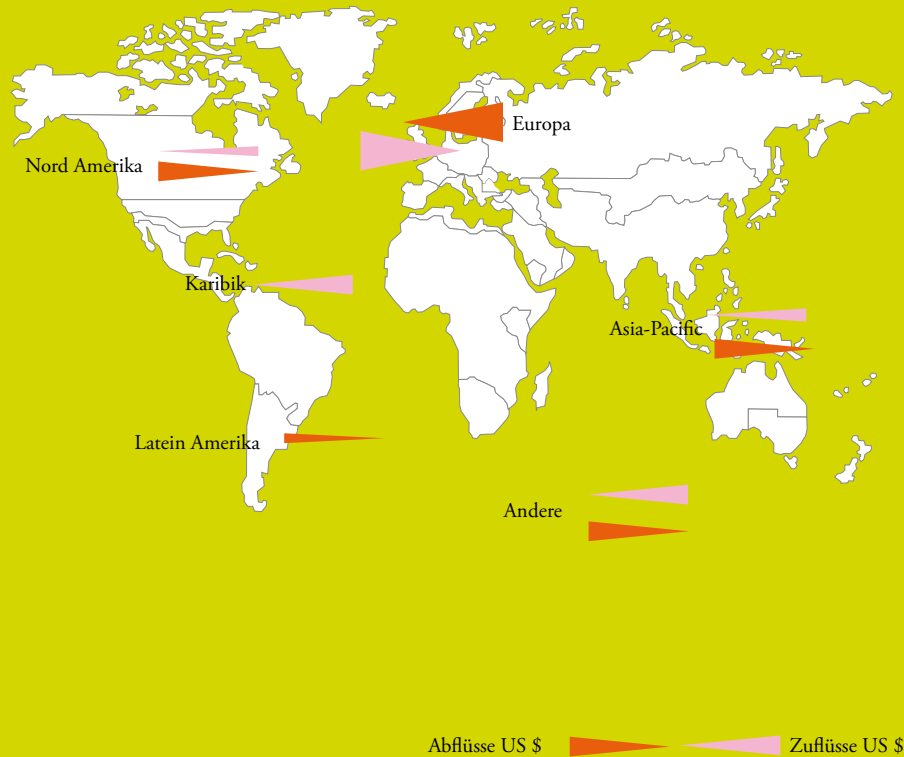
Aus den jeweiligen Regionen ist schätzungsweise folgender Anteil aller Barvermögen und Wertpapiere in Steueroasen angelegt (BCG 2003):

- weniger als 10 % aus Nordamerika und Japan
- 20–30 % aus Europa
- 30 % aus Asien (ohne Japan)
- über 50 % aus Lateinamerika
- 70 % aus dem Nahen Osten

Internationale Finanzzentren mit einem beträchtlichen Anteil von Offshore-Aktivitäten der Banken

Steueroase / Offshore-Zentrum	Auslandsvermögen der Banken in Milliarden US-Dollar (2000)
Großbritannien (City of London)	2095
Japan (Tokio)	1199
die USA (New York)	951
die Cayman-Inseln	782
die Schweiz	740
Luxemburg	510
Hongkong	450
Singapur	424
Bahamas	276

Quelle: Patan 2003, 35



Herkunft und Ziel globaler Offshore-Anlagen von Reichen (High Net Worth Individuals) 2007

Ein Indiz dafür, dass es sich bei einem Land um eine Steueroase handelt, ist das Verhältnis von Bruttoinlandsprodukt und Aktivitäten internationaler Banken. Dabei ergibt sich folgendes Ranking:

Steueroase / Offshore Zentrum	Verhältnis von BIP und Aktivitäten internationaler Banken
Cayman-Inseln	518 x BIP
Britische Jungferninseln	86 x BIP
Kanalinseln und Isle of Man	51 x BIP
Bahamas	31 x BIP
Bermuda-Inseln	13 x BIP
Luxemburg	13 x BIP
Singapur	2,6 x BIP
Hongkong	1,2 x BIP
Großbritannien	1,05 x BIP
USA	0,2 x BIP

Quelle: Palan 2003, 36

Verluste von Entwicklungsländern durch Steuerflucht im Vergleich mit anderen Kosten

Kosten im Vergleich:

- Entwicklungsländer verlieren jährlich schätzungsweise zwischen 858 Milliarden und 1,06 Billionen US-Dollar durch illegitime Finanzströme, d.h. kriminelles Schwarzgeld, Schmiergelder, Steuerfluchtgelder (GFI 2008).
- Die Länder des Südens verlieren nach groben Schätzungen pro Jahr mindestens 500 Milliarden US-Dollar durch Kapitalflucht und Steuervermeidung – und damit das Fünffache der weltweiten Entwicklungshilfe (Martens 2008, 6).
- Die deutsche Entwicklungshilfe beträgt etwas unter 9 Milliarden Euro (2007) (Martens 2008, 22).
- Die Entwicklungshilfe der 22 Geberländer, die im Entwicklungshilfesausschuss der OECD zusammengeschlossen sind, ist im Jahr 2007 auf 103,7 Milliarden US-Dollar gesunken (Martens 2008, 8).

Steueroasen und Entwicklungsländer

Andreas Missbach



Steuerflucht ist kein exklusives Problem der reichen Industrieländer, sondern auch die Entwicklungsländer sind in besonderem Maße betroffen. Bis vor kurzem wurde dieses Thema in der Entwicklungspolitik jedoch nur wenig beachtet, während Themen wie Handel, Entschuldung oder die Erhöhung der Entwicklungshilfe schon seit vielen Jahren debattiert werden. Dabei ist das Ausmaß an Steuervermeidung gigantisch: Entwicklungsländern entgehen durch Steueroasen jedes Jahr 245 Milliarden US-Dollar an Einnahmen.

Zum Vergleich: Die UNO schätzt, dass die Entwicklungshilfe bis 2015 auf 195 Milliarden US-Dollar fast verdoppelt werden müsste, um die Millenniumsziele zu erreichen. Diese Zahl ist vermutlich noch zu kurz gegriffen, dennoch offenbart sich damit die Dimension des Problems der Steuervermeidung. Um die UN-Entwicklungsziele zu erreichen, werden neben mehr Entwicklungshilfe also auch höhere Steuereinnahmen in den Entwicklungsländern selbst gebraucht, doch dazu muss der Mittelabfluss in Steueroasen gestoppt werden. Da Steuereinnahmen zudem eine verlässlichere Geldquelle als Entwicklungshilfegelder sind, können Entwicklungsländer damit auch autonomer werden und sich von den oft strengen Auflagen der GeberInnen emanzipieren.

Dass die Steuereinnahmen in Entwicklungsländern nicht höher sind, ist zum Teil auf Schwächen im Steuersystem und in der Steuerverwaltung zurückzuführen. Auch der große Anteil der informellen Wirtschaft trägt dazu bei. Die wichtigsten Ursachen für die niedrigen Steuereinnahmen liegen aber außerhalb der betroffenen Länder.

Diese Ursachen sind:

- die Steuerkonkurrenz und der weltweite Steuerwettbewerb,
- die Verschiebung von Unternehmensgewinnen sowie
- die Steuerflucht der Reichen.

Die fehlenden Steuereinnahmen sind umso dringender, als Zölle als Einnahmequelle durch die Liberalisierung des Handels im Rahmen der Welthandelsorganisation WTO immer weiter reduziert wurden und werden.

Steuerverluste der Entwicklungsländer

Natürlich gibt es keine offiziellen Erhebungen über das Volumen der Geldflüsse in Steuroasen und der damit einhergehenden Steuerverluste. Die Verluste der Entwicklungsländer durch Steuerhinterziehung und umgehung mit Hilfe von Steuroasen können daher nur grob abgeschätzt werden. Dazu gibt es verschiedene Untersuchungen: Die Steuerverluste der Entwicklungsländer durch in Steuroasen versteckte Privatvermögen wer-

den vom Netzwerk Steuergerechtigkeit (Tax Justice Network) auf 50 Milliarden US-Dollar pro Jahr geschätzt. Die jährlichen Verluste der Entwicklungsländer durch Steuerkonkurrenz werden von Oxfam auf 35 Milliarden US-Dollar taxiert. Den größten Posten stellt jedoch die Steuervermeidung von Konzernen: 160 Milliarden US-Dollar pro Jahr, so die Entwicklungshilfeorganisation Christian Aid. Insgesamt sind dies jährlich 245 Milliarden US-Dollar an Steuerverlusten, etwa das Doppelte der weltweiten Entwicklungshilfe.

Verwendungszwecke der für die Entwicklungsländern jährlich an Steuroasen verloren gehenden Mittel (jährliche Ausgaben in Milliarden US-Dollar). Quelle: Erklärung von Bern.

Verwendungszweck	Mrd. US-\$
Impfungen und Präventivmedizin für 500 Millionen Kinder	12,5
Ausbildung, Ausrüstung und Löhne von 3 Millionen Angestellten im Gesundheitswesen	31,6
Eine Million neue Spitalplätze	45,0
Tests und 3-fach-Therapie für alle 30 Millionen HIV-Infizierten in Entwicklungsländern (2007)	12,0
Eine Million neue Klassenzimmer	6,9
Ausbildung und Löhne von einer Million Lehrerinnen und Lehrern	3,3
Umfassende Familienplanungsdienste	10,5
Sauberes Wasser für 1,75 Milliarden Menschen	10,0
Abwasserversorgung für 1 Milliarde Menschen in städtischen Slums	13,8
Gemeinschaftlich gebaute Häuser für 1 Milliarde Menschen	21,0
Programme für nachhaltige Landwirtschaft für 1 Milliarde Menschen	21,3
Bekämpfung der Desertifikation landwirtschaftlicher Flächen weltweit	56,0
Summe	243,9

Steuervermeidung von Konzernen

Der größte Verlust entsteht den Entwicklungsländern durch Steuervermeidungspraktiken der transnationalen Konzerne. Das wichtigste Mittel zur Steuerverminderung oder -vermeidung ist das sogenannte *Transfer Pricing*, die Manipulation von firmeninternen Preisen. Dabei werden Waren an eine Tochtergesellschaft in einer Steuroase zu einem Preis verkauft, der unter dem Marktpreis liegt. Im Produktionsland entsteht dadurch ein Verlust, wodurch keine Steuern zu zahlen sind. Der Gewinn fällt dafür steuerfrei in der Tochtergesellschaft in der Steuroase an. Umgekehrt haben überbeuerte Einkäufe denselben Effekt: Auch sie verschieben Einkommen in Steuroasen.

Diese Praxis nimmt zum Teil bizarre Züge an: Cashew-Nüsse, die – bei einem Wert von 5 US-Dollar – für 50 US-Cents aus Nigeria verkauft wurden, oder nach Nigeria importierte Glasfaserkabel, die für 1372 US-Dollar verkauft wurden, aber lediglich einen Wert von 6 US-Dollar haben. Indem ein Unternehmen überhöhte Zinsen an eine konzerninterne Finanzierungsgesellschaft in einer Steuroase bezahlt, funktionieren Gewinnverschiebungen auch mit Kapital. Um solche Preismanipulation zu verhindern, versuchen Steuerbehörden, vor allem in Industrieländern, das sogenannte „Fremdvergleichsprinzip“ durchzusetzen: Interne Preise sollten generell den Marktpreisen entsprechen. Solche Regeln gibt es aber bisher in keinem afrikanischen Land und nur in wenigen Ländern Asiens und Lateinamerikas. Hinzu kommt, dass sehr viele immate-

rielle Güter, wie Patente oder Markenrechte, an Tochterfirmen in Steuroasen ausgelagert werden. Diese erheben dann für die Nutzung Gebühren, deren Höhe kreativ festgelegt werden kann. Das Vergleichsprinzip lässt sich auch umgehen, indem die Unternehmenstöchter in Steuroasen für „Beratungsleistungen“ oder „Versicherungen“ bezahlt werden. Solche Gewinnverschiebungen sind, auch wenn es sich um reine Scheingeschäfte handelt, kaum zu kontrollieren, erst recht nicht von den Behörden der Entwicklungsländer. Neben internationalen Regelungen zur Eindämmung des Transfer Pricings fordern Nichtregierungsorganisationen daher, die Entwicklungsländer mit verschiedenen Maßnahmen beim Aufbau eines effektiven Steuerwesens zu unterstützen, beispielsweise mit der Qualifizierung von Personal, Ausstattung mit moderner EDV oder durch Unterstützung bei der Einführung lokal angepasster Buchführungsprinzipien.

Die Leichtigkeit, mit der die großen Unternehmen ihre Steuerzahlung umgehen oder ganz vermeiden, trifft die Entwicklungsländer besonders stark. Traditionell ist der Anteil der Unternehmensteuern an den gesamten Steuereinnahmen in Entwicklungsländern höher als in Industrieländern. Christian Aid schätzt, dass 45 bis 50% der Handelsgeschäfte in Lateinamerika und 60% derjenigen in Afrika jeweils um mehr als 10% falsch fakturiert werden. Entwicklungsländer verlieren jährlich durch manipulierte Preise etwa 160 Milliarden Dollar an Steuern. Auch „ausländische“ Investitionen auf Rundreise sind teuer. Wie lässt sich ohne kreative Buchführung erklären, dass die

meisten Investitionen nach Indien (1,2 Milliarden Menschen) aus Mauritius (1,3 Millionen Menschen) kommen? Die indischen Steuerbehörden schätzen, dass sie jährlich mehr als 600 Millionen Euro Kapitalgewinnsteuern auf Investitionen aus Mauritius verlieren.

Solche Verlagerung von Geldströmen in Steuroasen weisen auf das nächste Dilemma hin: die Steuerkonkurrenz zwischen Staaten.

Verluste durch Steuerkonkurrenz

In den Neunzigerjahren senkten fast alle Entwicklungsländer ihre Unternehmensteuern – zum Teil drastisch. Der Washington Consensus mit seiner Forderung nach Freihandel, Privatisierung und Deregulierung galt als das damals vorherrschende Entwicklungsparadigma und wurde mit politischem Druck durchgesetzt. Die Senkung von Unternehmensteuern galt als notwendiger Schritt, um ausländische Investitionen anzulocken. Da jedoch sehr viele Staaten (mehr oder weniger freiwillig) diese Doktrin verfolgten, setzte dadurch ein internationales Steuerdumping ein. Da sich die ausländischen Investitionen darüber hinaus als flüchtig erwiesen, wurde das Gesamtsystem nicht besser, sondern instabiler. Die Gewinner waren nicht die Entwicklungsländer, sondern internationale Konzerne. Oxfam schätzte im Jahr 2000, dass durch die verminderten Steuersätze den Ländern des Südens jährlich 35 Milliarden US-Dollar an Steuereinnahmen entgingen.

Fast alle Länder haben in den letzten Jahren Sonderwirtschaftszonen eingeführt, in denen Unternehmen zumindest während einer gewissen Zeit vollständig steuerbefreit sind. Die Zahl solcher Wirtschaftszonen ist von weltweit 850 im Jahr 1998 auf über 5000 im Jahr 2004 angewachsen. Die Steuerverluste, die Indien allein durch Steuerbefreiung in den Sonderwirtschaftszonen bis 2010 erleiden wird, würden ausreichen, um 55 Millionen Menschen dauerhaft zu ernähren.

Der versteckte Reichtum

Reichtum gibt es auch in armen Ländern, doch ein Großteil dieses Reichtums wird nicht besteuert. In vielen Entwicklungsländern fehlen Einkommen- und Vermögensteuern, zudem sind die Einkommen und Vermögen extrem ungleich verteilt. Das Vermögen und die Anzahl der Reichen in Afrika, Asien und Lateinamerika sind dabei in den letzten Jahren sogar stärker gewachsen als in den Industrieländern.

Da die reiche Schicht auch die politische Elite stellt, gelingt es nicht, ihre Besteuerung durchzusetzen. Auch GroßgrundbesitzerInnen zahlen selten Steuern. Genauso wichtig für das Ausbleiben der Steuern ist die Steuerflucht in Steuroasen. Durch Steuerumgehung und -hinterziehung entgeht Jamaika schätzungsweise die Hälfte der fälligen Steuereinnahmen. Journalisten fanden heraus, dass von 90 Personen, die von 1992 bis 1998 größere Millionenbeträge aus Brasilien ins Ausland geschafft hatten, nur 20 in Bra-

silien Einkommensteuer bezahlten. Durch den Transfer der Vermögen in Steuroasen entstehen noch zusätzliche Schäden: Wenn unbesteuertes Vermögen im Land bleibt, investiert oder konsumiert wird, fördert es das Wirtschaftswachstum und generiert indirekte Steuern (z. B. Mehrwertsteuern). Steuerfluchtgeld ist hingegen dem Wirtschaftskreislauf des betroffenen Landes vollständig entzogen.

Der US-Kapitalflucht-Experte Raymond Baker schätzt die Höhe der Gelder, die jährlich unbemerkt aus Entwicklungsländern auf private Konten geschafft werden, auf 400 Milliarden US-Dollar. Dazu muss man noch Erträge in der Höhe von 200 Milliarden US-Dollar von Offshore-Konten rechnen, die schon früher dort parkiert worden waren. Dieser versteckte Reichtum beträgt fast das Dreifache des jährlichen Einkommens des ärmsten Fünftels der Weltbevölkerung.

Ausblick

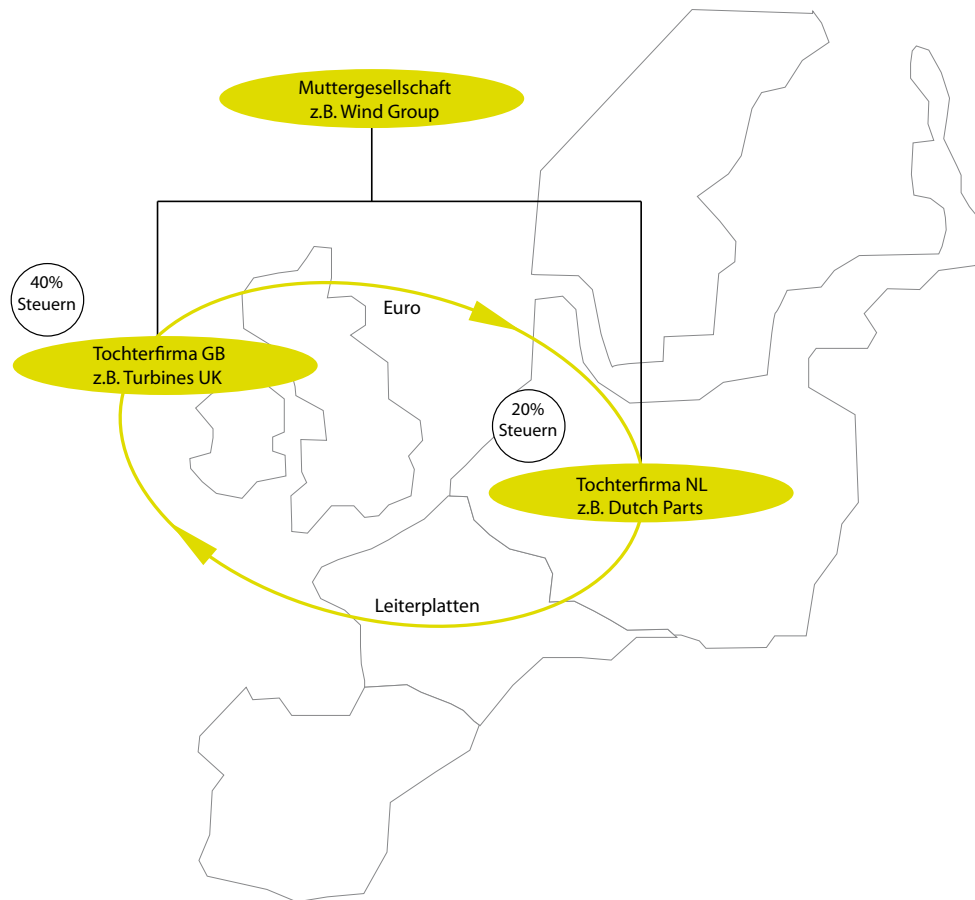
Vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Weltfinanzkrise, von der auch die Entwicklungsländer schwer getroffen sind, findet eine große internationale Debatte zur internationalen Finanz- und Währungsarchitektur sowie zur Regulierung der Weltwirtschaft statt. Teilthemen sind auch die Steigerung von Steuereinnahmen durch Vergrößerung der Steuerbasis und das Vorgehen gegen Steuroasen. Für Entwicklungsländer sind diese Themen, wie erläutert, von großer Bedeutung.

Reformvorschläge für eine progressive internationale Steuerpolitik bietet der Zedillo-Bericht von 2001. Der Vorschlag einer internationalen Steuerorganisation könnte den Entwicklungsländern helfen, ein nachhaltiges Steuersystem aufzubauen und die Steuerflucht zu bekämpfen. Aufgabe dieser Organisation wäre, die Steuerkonkurrenz zu begrenzen und ein internationales Abkommen über die gleichmäßige Besteuerung von transnationalen Konzernen zu erarbeiten. Auch die Einführung internationaler Steuern wird angeregt.

Vorstöße in diese Richtung gingen den Industriestaaten bisher zu weit. Damit die Entwicklungsländer in die Lage versetzt werden, ihre nötigen Steuereinnahmen zu erzielen, brauchen sie jedoch internationale Unterstützung. Ob sie diese in ausreichendem Maß erhalten, steht weiterhin zu bezweifeln, auch wenn durch die Weltfinanzkrise ein Systemumbau unumgänglich erscheint. Aus entwicklungspolitischer Sicht wäre es verheerend, wenn eine Steuroase wie die Schweiz einzelnen Industrieländern oder der EU im Sinne des Doppelbesteuerungsabkommens mit den USA entgegenkommt, den Entwicklungsländern aber weiterhin jegliche Informationen vorenthält. Auch die Besteuerung transnationaler Unternehmen wird in der öffentlichen Diskussion kaum thematisiert. Sie darf aber nicht ausgeklammert werden, wenn man ernsthaft über eine Erhöhung der Steuereinnahmen in Entwicklungsländern diskutieren will.

Exzerpt: Rainald Ötsch

Transferpreise: Ein Fertighaus für 1,20 US-Dollar



Methoden der Steuerflucht: Transferpreise

Transferpreise („transfer pricing“) sind Preise, die sich Unternehmen für die Lieferung von Gütern und Dienstleistungen anrechnen, die der gleichen Person oder einem Unternehmen gehören. Das betrifft beispielsweise den Handel zwischen der Mutter und einem Tochterunternehmen.

Steuerflucht über Transferpreise wird betrieben, wenn innerhalb einer Gruppe der Gewinn auf dem Papier in die Steueroase geschafft wird und der Verlust ins Land mit höheren Steuern:

- indem das Unternehmensteil im Hochsteuerland das Unternehmensteil im Niedrigsteuerland zu Billigpreisen beliefert;
- indem das Unternehmensteil im Hochsteuerland Waren oder Dienstleistungen vom Unternehmensteil im Niedrigsteuerland zu überhöhten Preisen einkauft.

Theoretisch gilt v. a. in Industrieländern das „Fremdvergleichsprinzip“, wonach interne Preise generell den Marktpreisen entsprechen sollten. Dieses wird jedoch umgangen, weil es schwer ist, bei wenig gehandelten Produkten Marktpreise zu bestimmen, und weil Firmen die Regelung über Lizenzen, Markenrechte und Zahlungen für geistiges Urheberrecht (z. B. bei Designprodukten) umgehen.

Die OECD schätzt, dass über 60% des Welt Handels innerhalb von Unternehmensgruppen stattfindet (2002). Damit sind Transferpreise eher die Regel als die Ausnahme.

Entwicklungsländer verlieren jährlich zwischen 200 und 350 Milliarden US-Dollar durch Steuertricksereien transnationaler Konzerne durch die Manipulation konzerninterner Verrechnungspreise und die falsche Deklaration von Import- oder Exportpreisen (Baker 2005 nach Martens 2008, 25).

Beispiele für Transferpreise:

- Diamantenexporte aus Ghana wurden um 311 Millionen US-Dollar zu niedrig von Ghana in die USA exportiert (Pak 2008);
- Glasfaserkabel (Marktpreis 6 US-Dollar) wurden für 1372 US-Dollar nach Nigeria verkauft (EvB 2008);
- Elektrischer Haarfön (normaler Marktpreis 25 US-Dollar): zum Preis von 3.800 US-Dollar von den USA nach Nigeria importiert (Pak 2008);
- US-Unternehmen kauften Plastikeimer zu einem Stückpreis von 972 US-Dollar und Wischtücher aus Pakistan für je 154 US-Dollar (ICFTU 2006);
- US-Unternehmen verkauften Autoreifen nach Großbritannien für 11,74 US-Dollar je Stück, Videobildschirme nach Pakistan für 21,90 US-Dollar und Fertighäuser nach Trinidad à 1,20 US-Dollar (ICFTU 2006).



Großbritannien und London: Offshore-Zentrum und Steueroase

Die Finanzindustrie in Großbritannien hat überproportionales Gewicht zur restlichen Wirtschaft des Standorts. In London sitzt ein Viertel der größten Finanzunternehmen der Welt, über 550 internationale Banken (in Frankfurt sind es 280), 100 der 500 größten Unternehmen Europas und 170 Emissionshäuser, d.h. Firmen die Wertpapiere handeln (London 2009).

Großbritannien ist in einer paradoxen Lage, weil es einerseits von der Offshore-Ökonomie profitiert und andererseits Ausfälle durch Steuerflucht verbucht.

Der Weg zur Steueroase und zum Offshore-Zentrum

1920 führte Großbritannien das Modell des Offshore-Unternehmens ein, nach dem ein Unternehmen an einem Ort registriert sein kann, der nicht der Ort der Geschäftstätigkeit ist. 1925 wurde festgelegt, dass Trusts in vielen Fällen nicht registriert werden müssen. 1957 beschloss die englische Zentralbank, dass Transaktionen nicht der britischen Finanzaufsicht unterliegen, wenn sie in London von zwei Parteien getätigt werden, die nicht in Großbritanniens ansässig sind. Zinserträge werden nicht besteuert, wenn die Begünstigten nicht in dem Staat gemeldet sind, in dem die Zahlung anfällt (TJN 2008, 107 f). Diese Gesetze beschleunigten die Etablierung Londons als Finanzzentrum, das sich u.a. in Konkurrenz zu New York befand. Großbritannien beschleunigte zudem die Ausbreitung von Steueroasen, indem das Foreign &

Commonwealth Office kleinen Inseln empfahl, das Modell der Steueroase als Entwicklungsstrategie anzuwenden (TJN 2008, 108).

Laxe Vorschriften für Unternehmen

In Puncto Unternehmensrecht hat Großbritannien die Züge einer Steueroase. Es ist einfach Unternehmen zu gründen und ebenfalls einfach, anonym zu bleiben.

- Unternehmen können in nur einer Stunde gegründet werden;
- Unternehmenshüllen können „von der Stange“ gekauft werden;
- Anteile an britischen Unternehmen können anonym gekauft werden;
- die Eigentümer bleiben anonym, wenn sie Treuhänder einsetzen;
- registrierte Unternehmen können einfach im Register gelöscht werden;
- Geschäfte von kleinen Unternehmen (dazu zählen 97% aller Unternehmen) müssen so gut wie nicht offengelegt werden;
- Gewinne von Unternehmen der Rechtsform Limited Liability Partnerships werden direkt an die TeilhaberInnen ausgezahlt und nur besteuert, wenn letztere in Großbritannien steuerpflichtig sind;
- es gibt kein Verzeichnis für Trusts, und die Daten, die das britische Finanzministerium darüber sammelt sind nicht aussagekräftig;
- wenn ein Trust treuhändisch verwaltet wird, kann indirekt das Bankgeheimnis geschaffen werden. (TJN 2008)

„...Mein niedriger Status wurde mir noch bestätigt, als ich während des Fluges versuchte, mich bei meinen Reisekameraden beliebt zu machen, indem ich klagte, das Finanzamt nehme mir 40 Prozent meines Verdienstes wieder ab. Meine drei Kumpanten sahen mich an, als wäre ich ein Wesen von einem anderen Stern. „Wie bitte, du zahlst noch Steuern?“, fragte François ungläubig. „Steuern sind doch nur was für kleine Leute“, ergänzte Dimitri und zitierte damit, ohne es zu wissen, die New Yorker Hotelunternehmerin und Milliardärin Leona Helmsley, die, was mich freut, schließlich doch noch der Steuerfahndung in die Hände geriet. Wie sich herausstellte, hatten alle drei Herren clevere Steuerberater, die dafür sorgten, dass das gute alte, trottelige Finanzamt höchstens 10 bis 15 Prozent ihres Gehalts bekam. Sie wendeten jeden Trick an, den es nur gab, von der nationalen Filmförderung über Investitionen in erneuerbare Energien in Italien bis hin zu Offshore-Bankkonten auf den Cayman-Inseln und sonstwo auf der Welt, um möglichst wenig Steuern zahlen zu müssen. Für Brad war es sogar noch einfacher, denn mit seinem Private-Equity-Fonds nutzte er ein Steuerschlupfloch, das zum Ziel hatte, Neugründungen von Unternehmen zu erleichtern...“

Aus: Geraint Anderson, Cityboy – Geld, Sex und Drogen im Herzen des Londoner Finanzdistrikts, 3. Aufl., Kulmbach 2009, S. 155f

Steueroase Großbritannien:

Die „Domicile Rule“

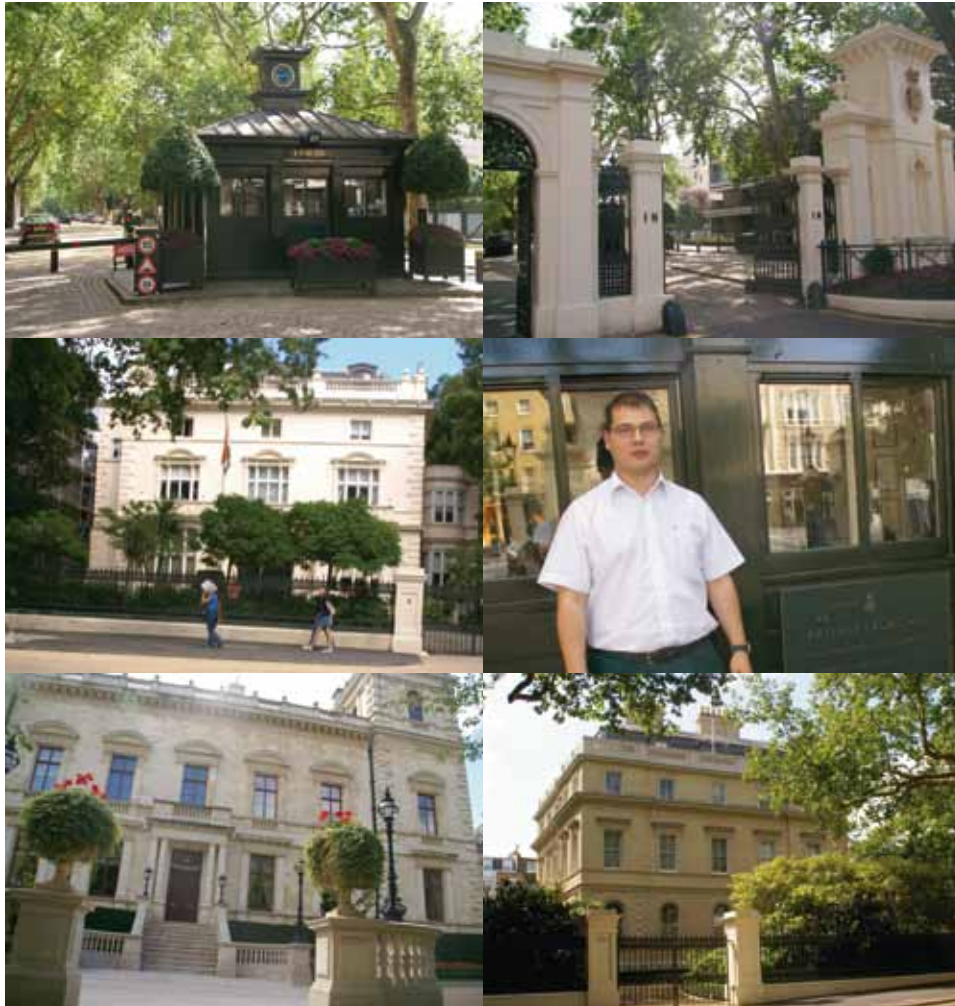
Ein weitere steuerliche Extrawurst - die es weltweit nur noch in Irland gibt - macht Großbritannien zu einer Steueroase für reiche Privatpersonen. Nach der „Domicile Rule“ (wörtlich übersetzt: die Regel zum Wohnsitz) können Personen, die sich zwar in Großbritannien aufhalten, offiziell aber nicht ansässig sind den „Non-Dom“-Status beantragen. Damit zahlen sie auf Gewinne und Einkünfte die außerhalb Großbritannien anfallen keine Steuern (HMRC 2009). Nach einer auf Druck der Finanzlobby aufgeweichten Gesetzesänderung von 2008 zahlen Non-Doms lediglich eine Gebühr von 30 000 Britischen Pfund pro Jahr – soweit diese nicht umgangen wird.

112 000 Personen haben den Non-Dom-Status in Anspruch genommen, darunter Investment Banker, Saudische Prinzen, und der Milliardär Lakshmi Mittal, der Öl- und Gas-Tycoon Roman Abramovich oder der Milliardär Mohamed Al Fayed. Durch dieses Schlupfloch gehen umgerechnet etwa 6,4 Milliarden Euro Steuern pro Jahr verloren (Murphy 2007).

LEHMAN BROTHERS



Kensington Palace Gardens



Here is the first batch of photos from Kensington Palace Gardens. The road is a private road which belongs to the Crown Estate, i.e. the Queen.

It is gated at both ends and security guards are posted at both ends of the road. You have a photo of the gate at one end. And a photo of the security lodge just inside the gate. Plus a photo of the security guard who immediately stopped me after I entered the gate and told me that photography was strictly forbidden along the entire length of the road. He also told me that he would be monitoring me by CCTV camera to ensure that I took no photos.

My camera is a digital single lens reflex. Not small. To take the photos I hid it under a copy of the Guardian newspaper and pressed the shutter at waist height without using the viewfinder. This explains some of the odd angles and also the poor focus on one or two of the photos.

Almost every house and embassy I passed has security guards outside. Some were sitting in cars and jeeps. Others were watching from the steps. There was a large jeep outside the Mittal house with two guards watching me. They were clearly suspicious, but didn't see the camera. The other house (15a) appeared empty and there were no security guards evident.

I found the experience of being watched at every step along the road rather oppressive, but beyond the gate keeper no-one intervened and I got most of the pictures I wanted.

One further interesting observation: many of the houses along that road appeared to be unlivd in, and in some cases were not well maintained. This is extraordinary given that prices for real estate along that road are amongst the highest in the world. This highlights the problem that ultra-rich people often buy assets they have no direct need for - London property is often purchased to secure non-domicile tax status in the UK, but the properties are only used infrequently.

John Christensen

Jersey: Money is king!



I'm not much of a photographer so please excuse my simple efforts. My reason for doing this is not because I imagine I might win a competition. It is just to show you two sites to help you and others to see a little of Jersey the way some of us see it.

If you'd like to get more information about Jersey Ladies College please go onto Google. You'll also see a picture of the College in better times.

Some of the photos are of „The Jersey Ladies College“. I did my teaching practice there when I was a student teacher many years ago and about 5/6 years ago I was allocated certain rooms in this old College to teach a group of students „The Alternative Curriculum“, after a new College had been built for the „Jersey College for Girls“.

For a number of years this once beautiful old building has been left to decay. Many of us in Jersey would like to see it renovated for the benefit of the Island. It could be turned into a place of learning, an art gallery. The States tell us on a regular basis that we need to build a National Gallery. We're not a nation anyway and we don't want to give the developers free rein. So this could be the gallery including music and performing arts, any number of things have been suggested. Our Jersey States put it into a „trust“ and intend to make money out of the sale of the site.

Meanwhile many of us are grieved by the shabby treatment of a building which holds so much personal history.

Sadly, this is not a one-off example. There is a strong tendency here to knock old buildings down and replace them. In Saint-Malo, our nearest French neighbour old buildings are maintained, probably updated inside, and so the character of the town is kept. We need this attitude here....but meanwhile the tax haven rules.

Money is king!

Some photos are of Jersey States rented accommodation. Many people have to live this way here. Private rented accommodation is often of poor quality too....unless you have a lot of money to spend. Jersey is one of the most expensive places on the planet. Ordinary people are not millionaires.

Pat Lucas

Die schwarzen Löcher im Finanzsystem: Regulierungs-oasen und die Finanzkrise

Silke Ötsch



Steueroasen sind häufig auch Regulierungs-oasen. Durch sie ist das Ausmaß der Krise erheblich verschärft worden. Regulierungs-oasen ziehen ausländisches Kapital durch die Aushebelung von Regulierungen an:

- der Handel mit riskanten Produkten ist häufig erlaubt;
- es gibt keine oder laxe Eigenkapitalvorschriften;
- Finanzaufsicht und Andere bekommen keine Informationen.

Beispiel Irland: In Irland werden Fonds am nächsten Arbeitstag zugelassen, wenn die Unterlagen (die meistens hunderte Seiten umfassen) bis 15.00 Uhr eingereicht wurden. Die Geschäftsmodelle werden also kaum geprüft (Liebert/Troost 2009, 153).

In Oasen registrierte Konstrukte:

Zweckgesellschaften (Special Purpose Vehicles)
Meistens handelt es sich um Briefkastenfirmen, über die Risiken aus den Bilanzen ausgelagert werden.

Hedgefonds

Hedgefonds sind besonders riskant, weil einige von ihnen mit großen Summen fremden Kapital spekulieren. Damit gefährden sie die Stabilität des gesamten Finanzsystems, wie u.a. der LTCM-Fonds in der Asienkrise. Rund drei Viertel aller Hedgefonds weltweit sind allein auf den Cayman-Inseln registriert (Liebert / Troost 2009, 152).

36% der globalen Anlagen von Hedge Fonds werden über das Offshore-Zentrum New York verwaltet, 21 % über das Offshore-Zentrum London (TJN 2006, 114).

Schattenbanken

Schattenbanken sind Pseudo-Banken ohne Banklizenz, die keiner Regulierungs- oder Aufsichtsbehörde unterstehen. Sie haben sie kurzfristig Gelder ausgeliehen und langfristige Kredite vergeben (u.a. IKB).

Im Vorfeld der Subprime-Krise haben Banken und InvestorInnen im großen Stil „Schattenbanken“ (u.a. außerbilanzielle Zweckgesellschaften, Hedgefonds) in Steueroasen gegründet, um Risiken aus den Bilanzen auszulagern und Eigenkapitalvorschriften zu umgehen. Dadurch wurde der Umfang der vergebenen faulen Kredite ausgeweitet. Als die Spekulationen nicht mehr aufgingen, mussten Banken die Verluste ihre zahlungsunfähigen, in Oasen angesiedelten Töchter in die eigenen Bilanzen aufnehmen, da diese keinen Zugang zu Notkrediten hatten.

Das Beispiel Granite, eine Zweckgesellschaft von Northern Rock

Keine Transparenz, versteckte Risiken, Kreditklemme

1. Die Zweckgesellschaft Granite wird offiziell als Stiftung zur Hilfe für Kinder mit Down-Syndrom in Jersey registriert, veranlasst durch Northern Rock.

Das Ausmaß der Krise kann wegen Regulierungsoasen schlecht abgeschätzt werden, denn wegen der fehlenden Transparenz (Bankgeheimnis und keine Weitergabe von Informationen) ist nicht bekannt, welche Risiken versteckt sind. Das hat wiederum Auswirkung auf Kreditvergabe der Banken, die aus Angst vor einer Pleite des Geschäftspartners weniger Kredite vergeben. Im Falle einer Bankenrettung durch den Staat entstehen Unsicherheiten bei der Abschätzung der Kosten.

2. Northern Rock verkaufte Hypotheken in der Höhe von 50 Milliarden Pfund an Granite (und damit an sich selbst). Dieses Geschäft ist in Großbritannien nicht erlaubt, da Geschäfte mit Billihypotheken mit Geld aus kurzfristigen billigen Krediten dort illegal sind. Die Geschäfte über Granite erschienen nicht in den Bilanzen von Northern Rock.

Steuer- und Regulierungsoasen vermehren große Vermögen und tragen zur Blasenbildung bei

3. Das ganze ging eine Zeitlang gut. Als es aber keine bzw. weniger Abnehmer für die Schuldverschreibungen gab konnten die kurzfristigen Kredite nicht mehr refinanziert werden. Da Schattenbanken keinen Zugang zu Notkrediten der Zentralbanken haben, musste Northern Rock die Verluste in die eigenen Bilanzen aufnehmen.

Steuer- und Regulierungsoasen sind ein Werkzeug zur Umverteilung zugunsten der Vermögenden und Unternehmen, die diese Strukturen nutzen können.

4. Die Bank wurde mit Steuergeldern gerettet.

Nach dem Weltreichtumsbericht sind Ultra-Reiche besonders aggressive AnlegerInnen, die bevorzugt „alternative Anlageformen“ nutzen. Darunter verstehen Berater Hedgefonds, kreative und komplexe Finanzprodukte und Private Equity Fonds (WWR 2006, 16). Diese Anlageformen werden v. a. in Steuer- und Regulierungsoasen abgeboten.

P.S.: Die Kinder mit Down-Syndrom bekamen nichts vom Geld ab.

Dem Weltreichtumsbericht ist außerdem zu entnehmen, dass das Vermögen der Ultra-Reichen („Ultra HNWIs“, d.h. Personen mit Finanzanlagen in der Höhe von mindestens 30 Millionen US-Dollar) im Jahr 2008 überdurchschnittlich um rund 24% abgenom-

men hat, was mit den aggressiven und riskanten Anlagestrategien dieser Personengruppe begründet wird (WWR 2009, 4).

Ab 1996 (ab diesem Zeitpunkt liegen Zahlen vor) wächst die Zahl der Reichen und ihr Vermögen kontinuierlich, abgesehen von einem minimalen Abschwung nach dem Crash der New Economy (WWR 2006, 3). 2006 stiegen die Vermögen der Ultra-Reichen um über 16%, 2007 um 14,5%. Während die Risiken - soweit das überhaupt möglich ist - durch Steuergelde aufgefangen werden, wurden die zuvor über Jahre erzielten Gewinne kaum versteuert.

Beispiele für Steueroasen-Connections von Banken, die mit Steuergeldern gerettet wurden (Schumann/Grefe 2008, Macwhirter 2008 und Rügemer 2009):

- IKB: Rhineland Funding Capital Corporation in Jersey und Rhinebridge Fonds in Irland.
- Lloyds TSB Group plc. (übernimmt HBOS): Über 100 Unternehmen in Steueroasen, v.a. Jersey.
- Bank of Scotland International (gehört zu HBOS): Sitz in Jersey.
- Royal Bank of Scotland Group: 128 Unternehmen mit Sitz in Steueroasen, v.a. Cayman Inseln.
- Commerzbank: 88 Rechtskonstrukte in Steuer- und Finanzsoasen / Offshore-Zentren.

Irland: Eine junge Steuer- und Regulierungs-oase



Diese Seite: Dublin Exchange, die Börse von Dublin.
Boote vor dem IFSC.

Straßenmusiker und das IFSC. Fotos: David McNair

Folgende Seiten: Reflecting on IFSC. Foto: David McNair

Rechte Seite: Das Boot Turmoil (übersetzt „Turbulenz
und im übertragenen Sinne geläufig als „wirtschaftliche
Turbulenzen“) aus George Town, der Hauptstadt der
Cayman Inseln im Hafen von Dublin mit Blick auf das
IFSC. Foto: John Christensen.

Die irische Regierung kaufte 1987 die Docks von Dublin auf. Dort sollte ein internationales Finanzzentrum entstehen, das International Financial Services Centre, kurz IFSC. Die Finanzgesellschaften von Konzernen wurden mit einem Steuersatz von 10% angelockt, statt der in Irland üblichen 40%. Die EU warf dem Land Wettbewerbsverzerrung vor, woraufhin die irische Regierung im ganzen Land den Steuersatz auf 12,5% senkte. In Konkurrenz zu anderen Steuer- und Regulierungs-oasen, vor allem den osteuropäischen

Staaten, setzte Irland weitere Anreize über laxer Regulierung. Ausländische Finanzanleger werden kaum geprüft. Das Volumen der IFSC-Anlagen vervierfachte sich zwischen 2000 und 2006 auf 1,6 Billionen Euro. (Liebert/Troost 2009, S. 153)

Der Schwerpunkt der Bankgeschäfte im IFSC liegt im Markt der Unternehmen und institutionellen AnlegerInnen. Die Hälfte der größten 50 Banken der Welt sind im IFSC vertreten.

Das internationale Zentrum für Finanzdienstleistungen in Dublin (International Financial Services Centre, kurz IFSC)

Registrierte Firmen und Behörden - Auswahl nach <http://www.ifsc.ie/directory.aspx>

Beratungsfirmen für Versicherer (Actuarial Consultancy)

Über 400 SpezialistInnen für versicherungsmathematische Beratung arbeiten in 32 Unternehmen im IFSC.

Anlageverwaltung

Coronation Fund Managers (Ireland) Ltd

Financial Services Ireland

KBC Asset Management Ltd

Pioneer Alternative Investments

Pioneer Investments

AGF International

Caliverona Ireland plc

CHC Asset Management

FDJ Asset Strategies

LBBW Bank Ireland plc

Bankgeschäfte

Der Schwerpunkt der Bankgeschäfte im IFSC liegt im Markt der Unternehmen und institutionellen AnlegerInnen. Die Hälfte der größten 50 Banken der Welt sind im IFSC vertreten.

AIB Capital Markets

AIB International Centre

Capmark Bank Europe plc

Commerzbank House

DZ BANK Ireland plc

Financial Services Ireland

Helaba Dublin Landesbank Hessen-Thüringen International

Irish Bankers' Federation

Irish Financial Services Regulatory Authority

PNC Global Investment Servicing (Europe) Limited

Rabobank Ireland Plc

WestLB Covered Bond Bank plc

Zürich Bank

Aareal Bank AG

ABN AMRO

Bank of Bermuda Europe plc

Bank of Ireland Corporate Banking

Bankinter SA Dublin Branch

Bears Stearns Bank plc

Citigroup

Commerzbank Europe (Ire)

Commerzbank International (Ire)

DEPFA Bank plc

EMRO Finance Ireland Limited

ING Belgium

Intesa Bank Ireland plc

Irish Life and Permanent plc

Merchants Financial plc

National Irish Bank

Pfizer International Bank Europe

Sachsen LB Europe plc

Wells Fargo

WGZ Bank Ireland Plc

Yapi Kredi Financial Services Ltd

Finance & Leasing

Capmark Bank Europe plc

Investec

Rabobank Ireland Plc

Abbey International Finance Limited

Airbus Financial Services

Bank of Ireland Corporate Banking

CIT Aerospace International

Diamond Airfinance (Ireland) Ltd

Regierungsbehörden

Seit 1987 haben 16000 Regierungen das IFSC als internationales Finanzzentrum ausgebaut. Das ist nie daran gesehen worden, sich Briefleitung und Besteuerungsmöglichkeiten zu verschaffen, sondern um ausländische Investoren anzulocken, ist auf der Homepage des IFSC zu lesen.

Central Bank and Financial Services Authority of Ireland

Companies Registration Office (CRO)

Department of Finance (IFSC Section)

Department of the Taoiseach

Financial Services Ombudsman

IDA Ireland (Financial Services Section)

Irish Financial Services Regulatory Authority

Revenue Commissioners

Hedge Fonds

Admiral Administration (Ireland) Limited

BNY Mellon Asset Servicing

Citico Fund Services Ltd

Coronation Fund Managers (Ireland) Ltd

Financial Services Ireland

Irish Funds Industry Association

Pioneer Alternative Investments

PNC Global Investment Servicing (Europe) Limited

RBC Dexia Investor Services Bank S.A. Dublin Branch

RBC Dexia Investor Services Ireland Ltd

GAM Fund Management

Bears Stearns Bank plc

FDJ Asset Strategies

Investmentfonds

Admiral Administration (Ireland) Limited

BNY Mellon Asset Servicing

Coronation Fund Managers (Ireland) Ltd

Financial Services Ireland

Irish Funds Industry Association

Pfizer Ireland Limited

Pioneer Alternative Investments

Pioneer Investments

PNC Global Investment Servicing (Europe) Limited

RBC Dexia Investor Services Bank S.A. Dublin Branch

RBC Dexia Investor Services Ireland Ltd

GAM Fund Management

AGF International

COMINVEST Asset Management Ltd

Commerzbank International (Ire)

Davy International Ltd

Federated International Management Ltd

IG International Management Ltd

Northern Trust

Verbriefung

Capmark Bank Europe plc

Financial Services Ireland

Besondere Finanzdienstleistungen

Anne Brady McQuillans DBK

BBVA Ireland p.l.c

Financial Services Ireland

Financial Services Ombudsman

Investec

Irish Financial Services Regulatory Authority

KBC Asset Management Ltd

Susquehanna International Group

The Irish Stock Exchange

Towers Perrin - Tillinghast

ABN AMRO

Bank of Ireland Corporate Banking

Bankinter Financial Services Limited

Brown Brothers Harriman Trustee Services

Irish Managed Companies Limited

JMH Financial Services

MKW Futures

Santander Financial Products Ltd

Börsenmakler

NCB Stockbrokers

The Irish Stock Exchange

ABN AMRO

Davy International Ltd

Geschäfte des Geld- und Devisenhandels

Über 350 Finanzabteilungen operieren im IFSC. Zu den internationalen Geschäftstätigkeiten zählen u.a. in der Kreditvergabe innerhalb von Unternehmen, Schuldenmanagement, Cross Border Leasing, Devisenhandel, die Ausgabe von Anleihen und Wertpapieren.

Besonderer Anreiz diese Tätigkeiten in Irland auszuführen seien laut Homepage des IFSC der Steuersatz, Ausnahmen bei der Quellensteuer auf die meisten Zahlungen von Zinsen und Dividenden. Dazu kommen u.a. Irlands Doppelbesteuerungsabkommen, die Mitgliedschaft in der EU und der OECD und „unilaterale“ Steuernachlässe für Länder die keine Doppelbesteuerungsabkommen abgeschlossen haben.

AIB Capital Markets

Financial Services Ireland

Investec

Porsche International Financing plc

Smurfit Kappa Treasury

Zürich Bank

Aareal Bank AG

ABN AMRO

ANP International Finance Ltd

Bank of Bermuda Europe plc

Bank of Ireland Corporate Banking

Bears Stearns Bank plc

Bipop Finance Ltd

Commerzbank Europe (Ire)

EMRO Finance Ireland Limited

Generali Investment Management

IBM International Treasury Services Company

Irish Managed Companies Limited

LBBW Bank Ireland plc

National Irish Bank

Pfizer International Bank Europe

Tyeo International Limited

Yapi Kredi Financial Services Ltd

„Die deutsche Steuerpolitik begünstigt seit 1998 vor allem hohe und höchste Einkommen. Die Einkommens- und Vermögensverteilung geht immer weiter auseinander. Den wenigen, die immer reicher werden, stehen immer mehr Menschen gegenüber, die in Armut fallen.“

Niedrigsteuerland Deutschland

Detlev von Larcher

Zum Credo der neoliberalen Wirtschaftswissenschaften gehören Steuersenkungen nach ganz oben auf die Prioritätenlisten. In Zeiten boomender Wirtschaft und sprudelnder Steuerquellen wird argumentiert, der Staat müsse den BürgerInnen ihr Geld zurückgeben statt sich zu bereichern. In schlechten wirtschaftlichen Zeiten heißt es, Steuersenkungen müssten her, um die Wirtschaft zu entlasten, damit diese wieder in Deutschland investieren könne und damit die Menschen durch mehr Konsum für die Binnenmarktnachfrage sorgen könnten.

In Zeiten der rot-grünen Bundesregierungen war diese Propaganda besonders erfolgreich. Im Jahr 2000 wurde das von Finanzminister Eichel gerühmte „größte Steuerreformpaket in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“ beschlossen. Doch schon bevor die beiden letzten Stufen des Steuersenkungspakets 2004 und 2005 in Kraft traten, ertönten laut neue Steuersenkungsforderungen von Union und FDP, unterstützt von neoliberalen WirtschaftsprofessorInnen.

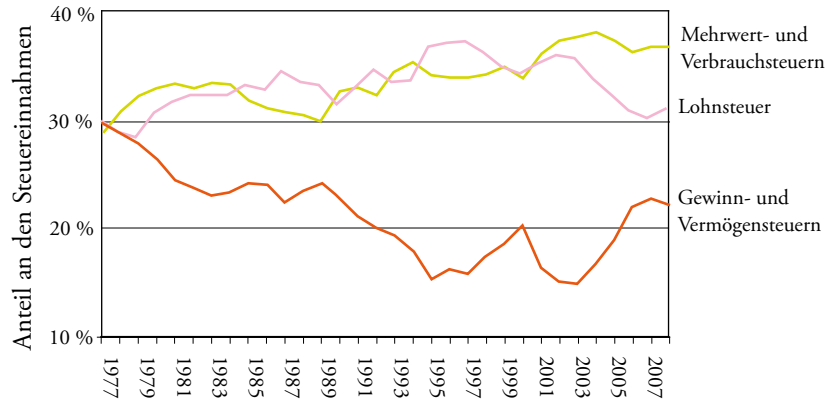
Im Koalitionsvertrag von Union und SPD findet sich die Verpflichtung zu einer großen Reform der Unternehmenbesteuerung, die seit dem 1.1.2008 mit milliardenschweren Entlastungen für die Wirtschaft in Kraft ist. Das Konjunkturpaket II vom Januar 2009 beinhaltet als einen Bestandteil Steuerentlastungen von 6 Milliarden Euro jährlich. Und dennoch erklingt schon wieder der Schlachtruf nach Steuersenkungen unter dem Motto „mehr Netto vom Brutto“.

Diese deutsche „Steuersenkungswut“ (Truger) ist nur ideologisch verständlich. Steuersenkungen erfüllen nie die Versprechungen. Die rot-grüne Steuerpolitik ist dafür das Paradebeispiel: Statt wie versprochen Wachstum und Beschäftigung zu fördern, wurde der konjunkturelle Spielraum des Staates eingeschränkt und damit die wirtschaftliche Stagnation von 2001 bis 2005 verlängert. Sie war die wichtigste Ursache für die massive Entstaatlichung, mit der Folge einer Einschränkung der Versorgung mit öffentlichen Gütern und eines dramatischen Sozialabbaus. Darüber hinaus führte die besonders starke steuerliche Entlastung der hohen und höchsten Einkommen zu einer verstärkten Schiefelage der Einkommensverteilung.

Steuersenkungen bei der Einkommensteuer und bei der Besteuerung der Kapitalgesellschaften – der Körperschaftsteuer – sind hier an erster Stelle zu nennen.

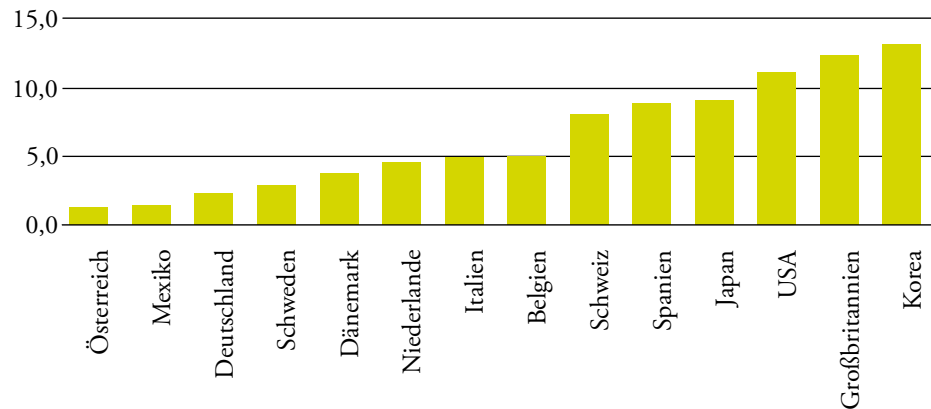
Die Änderungen bei der Einkommensteuer ab 1998 bis 2005 senkten im unteren Bereich die Steuersätze im Durchschnitt um etwa 5 %, für hohe und höchste Einkommen jedoch um etwa 11 %. Die Anhebung des Grundfreibetrages von 6322 Euro stufenweise bis 2005 auf 7664 Euro und die Senkung des Eingangssteuersatzes von 25 % auf 15 % begünstigen natürlich auch die höchsten Einkommen. Sie profitieren zusätzlich viel von der deutlichen Senkung des Spitzensteuersatzes von 53 % auf 42 %. Dabei muss man berücksichtigen, dass die Hälfte der Haushalte ein so geringes Einkommen hat, dass diese Haushalte gar keine Steuern zahlen. Ihnen

Marsch in den Lohnsteuerstaat: Entlastung der Gewinne und Vermögen



Quelle: ver.di

Steuern auf Vermögen als Anteil des gesamten Steuer- und Sozialbeitragsaufkommen (in %)



Quelle: OECD

bringen Steuersenkungen gar nichts. Die ohnehin schiefe Einkommensverteilung nahm also erheblich zu. Insgesamt sanken die Steuereinnahmen des Staates ab dem Jahr 2005 in diesem Bereich um jährlich 44,6 Milliarden Euro.

Durch Veränderungen bei der Körperschaftsteuer wurde der Steuersatz für Kapitalgesellschaften um 15% gesenkt. Personengesellschaften und Einzelkaufleute, die Einkommensteuer bezahlen, können zum Ausgleich die fällige Gewerbesteuer pauschal von ihrer Steuerschuld bei der Einkommensteuer abziehen. Berücksichtigt man die Veränderungen bei der Steuerbasis, bleibt eine Steuersenkung für die Unternehmen von jährlich 14 Milliarden Euro.

Die schwarz-rote Koalition führte ab dem 1.1.2009 einen neuen Spitzensteuersatz für Einkommen ab 250 000 Euro von 45% (Reichensteuer) ein. Dabei muss man wissen: Wer 500 000 Euro Bruttoeinkommen hat, bezahlt für die ersten 7664 Euro (wie alle) keine Steuern, ab dem 7665ten Euro 15%, für jeden weiteren Euro entlang des Grenzsteuersatzes immer ein wenig mehr, erst ab dem 52 153sten Euro 42% und erst ab dem 250 001sten Euro 45%. Das heißt, auch die höchsten Einkommen werden mit weit weniger als 45% besteuert.

Das Auseinanderdriften der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums wird durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer ab dem 1.1.2007 von 16% auf 19% der schwarz-roten Koalition erheblich verstärkt. Denn die Menschen mit geringen Bezügen müssen den größten Teil ihres Einkommens für den Konsum ausgeben. Sie werden also durch die Mehrwertsteuer erheblich höher belastet als Menschen mit hohem Einkommen. Und trotz dieser Steuererhöhung verbleiben dem Staat wegen der Steuersenkungen von rot-grün jährlich 20 Milliarden Euro weniger in der Kasse.

Bei der Betrachtung der Entwicklung des Steuerrechts in Deutschland kann die Besteuerung der Einkünfte aus Kapital und Zinsen nicht übergangen werden. Diese werden seit dem 1.1.2009 nicht mehr mit dem persönlichen Steuersatz, sondern nur noch mit dem Abgeltungssteuersatz von 25% besteuert. Einkünfte aus Kapital und Zinsen sind also seit dem Januar 2009 gegenüber hohen Erwerbseinkommen steuerlich begünstigt. Begründet wird diese Begünstigung mit dem Hinweis, dass ohne sie das Kapital in Steueroasen verschoben und damit die Einkünfte daraus überhaupt nicht besteuert werden könnten. „25% von x sind besser als 42% von nix“ begründete Finanzminister Steinbrück im Bundestag. Auch hier wird deutlich: Hohe und höchste Einkommen werden steuerlich deutlich besser gestellt.



Fazit: Die deutsche Steuerpolitik begünstigt seit 1998 vor allem hohe und höchste Einkommen. Die Einkommens- und Vermögensverteilung geht immer weiter auseinander. Den wenigen, die immer reicher werden, stehen immer mehr Menschen gegenüber, die in Armut fallen. Die auch von SozialdemokratInnen lauthals beklagte Umverteilung von unten nach oben wurde auch unter ihrer Regierungsbeteiligung immer rasanter.

Die Steuereinnahmen des Staates sinken, die öffentlichen Hände (Bund, Länder, Kommunen) sparen immer mehr an öffentlichen Investitionen, aber auch besonders gravierend im sozialen Bereich. Die Privatisierung öffentlicher Güter und Dienstleistungen nimmt zu – zur gewinnträchtigen Freude privater Investoren und Fonds. Die Steuersenkungsorgien in Deutschland heizen den ruinösen Steuersenkungswettlauf in Europa und der Welt an. Deutschland ist im Bereich der Einkommens- und Unternehmensteuern zum Niedrigsteuerland geworden.

In Deutschland wird Industrie- und Finanzkapital begünstigt:

- Riester-Rente,
- Steuerfreistellung der Veräußerungsgewinne,
- Erleichterung von Anlagevermögen für die Fonds,
- Förderung der Verbriefung von Krediten zu Wertpapieren,
- Begünstigung der Private-Equity-Fonds,
- Duldung von Steueroasen,
- Verzicht auf Besteuerung von Devisentransaktionen,
- Beseitigung der Hindernisse für Hedge-Fonds,
- Private-Public-Partnerships (PPP)
- Cross-Border-Leasing-Verträge = öffentlich betriebene Steuerhinterziehung,
- Absenkung der Löhne und Lohnnebenkosten.

Alle Maßnahmen bringen eine progressive Zunahme von Gewinnen und Vermögen für wenige und die Verarmung vieler. Die steuerliche Belastung der Lohnabhängigen wächst, obwohl 70% des gesamten Steueraufkommens von ihnen kommt.

So gut wie alle deutschen Großbanken haben Tochterunternehmen in klassischen Steuer- und Regulierungsstaaten und anderen Offshore-Zentren.

Präsenz der (mit Steuergeldern geretteten) Commerzbank in Steuer- und Finanzstaaten und Offshore-Zentren

Steuer- und Finanzstaat / Offshore-Zentrum	Anzahl der Rechtskonstrukte
Luxemburg	22
Delaware	23
Jersey	20
Dublin	9
Singapur	4
Bermudas	3
Zürich	1
Lagos	1
Panama	1
London	1
Cayman Inseln	1
Mauritius	1
Liechtenstein	1

Nach: Rügemeier 2009

Offshore-Zentrum Frankfurt

Offshore-Zentrum Frankfurt

Frankfurt ist ein Offshore-Zentrum und gehört zu den neun größten Finanzzentren der Welt (TJN 2008, 30).

- Einwohner: 676.197
- Kreditinstitute (2009): 229 (davon 70 inländische und 159 ausländische)
- Geschäftsvolumen der Banken in Frankfurt (im Jahr 2008): 2,95 Billionen Euro
- Konsulate: 100
- Ausländische Kammern und Handelsvertretungen: 60
- Standort der deutschen Börse
- Überdurchschnittlich hoher Kaufkraftindex von 111,6

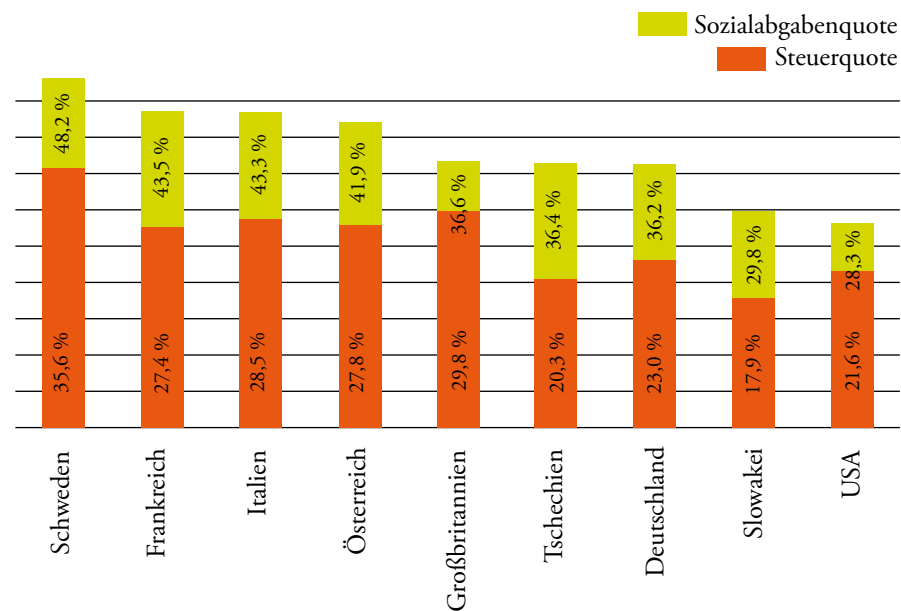
Beschäftigte:

- Beschäftigte bei Kreditinstituten (Ende 2008): 75.900 = 10,3 % der Gesamtbeschäftigung (im Bundesgebiet sind es 2,5%)
- Rechtsanwälte: 8026 (bundesweit: ca. 108.000)
- Unternehmensberatungsfirmen: 3201 (bundesweit ca. 32.000)
- Steuerberater: 1780 (bundesweit ca. 54.798) (Bundesbank 2009/Stadt Frankfurt 2009)



Frankfurt am Main. Foto: Fiona Krakenbürger

Steuer- und Abgabenquoten im Vergleich
2007, in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Quelle: ver.di nach OECD Revenue Statistics 2008

Staatsfinanzen stärken!

ver.di - Bereich Wirtschaftspolitik

100 Milliarden Euro – so viel hätten Bund, Länder und Gemeinden in Deutschland jedes Jahr zusätzlich zur Verfügung, wenn die Steuereinnahmen auf dem Niveau unserer Nachbarn Frankreich oder Österreich wären. Auch die Einbeziehung der Sozialabgaben ändert das Bild nicht: Bei der Belastung mit Steuern und Sozialbeiträgen liegt Deutschland deutlich unter dem europäischen Durchschnitt.

Ungerechte Steuersenkungen

Reiche und Unternehmen konnten sich durch massive Steuersenkungen zunehmend aus der sozialen Verantwortung verabschieden. Dies hat bereits in der Vergangenheit immer neue Löcher in die öffentlichen Haushalte gerissen. Noch bevor Geldmengen in bis dahin ungeahnter Höhe zur Bekämpfung der Krise aufgebracht wurden. Beschäftigte mit kleinen und mittleren Einkommen wurden dagegen immer stärker belastet. In den 1970er Jahren trugen die Gewinn- und Vermögensteuern noch ungefähr ein Drittel zu den gesamten Steuereinnahmen bei. Heute sind es nur noch rund 20%. Der Löwenanteil kommt aus der Lohnsteuer und den Mehrwert- und Verbrauchsteuern. Nach der Bundestagswahl 2005 hatte die Bundesregierung die Mehrwertsteuer drastisch von 16 auf 19% erhöht.

20 Milliarden Euro werden bei Beschäftigten und VerbraucherInnen allein durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer 2007 abkassiert – jedes Jahr.

Einkommensteuer gerecht gestalten

Noch unter Kanzler Kohl lag der Steuersatz für hohe Einkommen bei 53%. Unter Rot-Grün und mit tatkräftiger Unterstützung der Union wurde er auf nur noch 42% gesenkt. Millionäre „sparen“ dadurch jährlich 100 000 Euro – für jede Million, die sie versteuern.

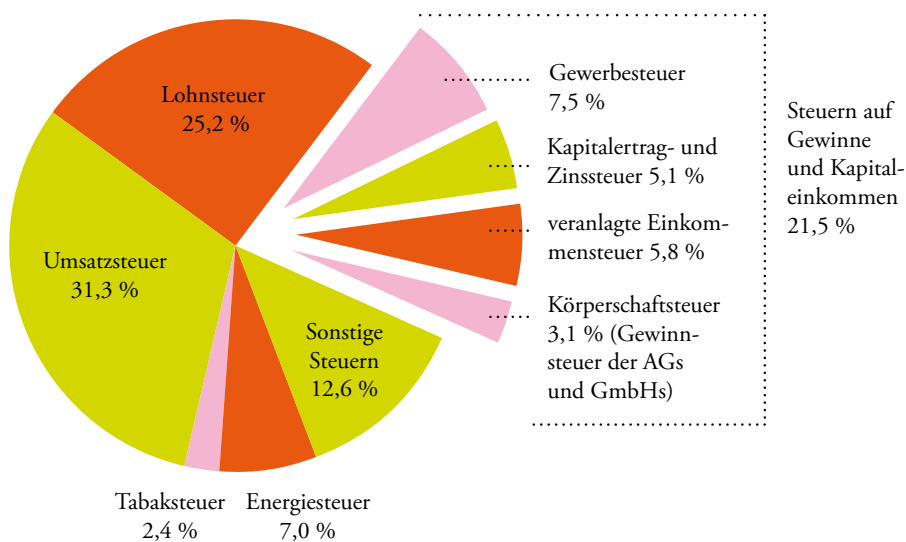
Millionengehälter von Managern sind kein Ausdruck besonderer Leistung, sondern von Macht. Die Steuerpolitik muss dies korrigieren.

Zahlen die Reichen zu viel?

Zahlen die Reichen nicht ohnehin schon zu viel Steuern? Richtig ist: Zehn Prozent der Steuerpflichtigen zahlen etwas mehr als die Hälfte der Lohn- und Einkommensteuer. Dies liegt aber vor allem daran, dass knapp 30% der 35 Millionen Steuerpflichtigen weniger als 10 000 Euro im Jahr zu versteuern haben. Deshalb zahlen sie fast keine Steuern.

Die „oberen zehn Prozent“ verfügen dagegen über 35% des Einkommens aller Steuerzahler. 110 000 Euro pro Jahr sind das im Durchschnitt. Und darauf müssen eben höhere Steuern gezahlt werden – im Durchschnitt 30%. Netto bleiben immer noch 77 000 Euro im Jahr übrig – mehr als genug.

Wer finanziert den Staat?
Anteil der Steuerarten am Gesamtaufkommen 2008



Quelle: ver.di nach Steuerschätzung November 2008

Zudem macht die Lohn- und Einkommensteuer weniger als ein Drittel aller Steuereinnahmen aus. Über 40 % machen Umsatz und Verbrauchsteuern aus, und von diesen sind Menschen mit niedrigen Einkommen sogar überproportional betroffen.

Gerechte Einkommensteuer heißt:
Breite Schultern müssen auch mehr tragen.

Profiteure zur Kasse!

Reiche, Banken und gewinnstarke Unternehmen haben seit Jahren von der Umverteilung von unten nach oben profitiert. Und sie haben mit ihren großen Vermögen das Finanzmarktcasino erst richtig in Fahrt gebracht. Dazu trägt die Wiedereinführung der Vermögensteuer bei. Sie bringt Mehreinnahmen von 20 Milliarden Euro. Und unsere Vorschläge für eine gerechte Reform der Erbschaftsteuer weitere sechs Milliarden Euro.

Die Einführung einer Steuer auf Börsenumsätze und andere Finanztransaktionen verteuert spekulative Kapitalflüsse und trägt dadurch zur Stabilisierung der Finanzmärkte bei. Sie bringt je nach Ausgestaltung mindestens zehn Milliarden Euro. Eine Verbesserung des Steuervollzugs und der verstärkte Kampf gegen Steuerflucht und -hinterziehung erbringen weitere rund zwölf Milliarden Euro.

Geringe Steuerbelastung von Unternehmen

Unternehmer und ihre Lobby behaupten immer wieder, die Steuerbelastung sei in Deutschland besonders hoch. Politiker hatten dafür offene Ohren und setzten eine Steuersenkung nach der anderen durch. Seit dem Jahr 2000 wurden dadurch Aktiengesellschaften und GmbHs gut 200 Milliarden Euro geschenkt.

Die tatsächliche Steuerbelastung der Gewinne in Deutschland liegt nach Angaben der Europäischen Kommission erheblich unter dem Durchschnitt der EU.

Die Umverteilung der Steuer- und Abgabenbelastung muss ein Ende haben. Besserverdienende und Reiche müssen sich wieder stärker an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligen. ver.di tritt für ein Steuerkonzept ein, das die Staatsfinanzen nachhaltig stärkt und die Profiteure der Umverteilung zur Kasse bittet.

ver.di fordert:

- Der Höchststeuersatz bei der Einkommensteuer muss wieder auf 50 % angehoben werden; Gering- und Normalverdiener müssen dagegen entlastet werden;
- Möglichkeiten von Reichen und Unternehmen, die Steuern klein zu rechnen, sind massiv einzuschränken;
- die Vermögensteuer muss mit einem Freibetrag von 500 000 Euro wieder eingeführt werden; große Erbschaften müssen stärker besteuert werden;
- zur Stabilisierung der Finanzmärkte muss eine Steuer auf Börsenumsätze und andere Finanztransaktionen eingeführt werden.

„Die Bürger wenden nach einer Studie des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) jedes Jahr 1036 Euro für die Steuererklärung auf, wenn man den Zeitaufwand, die Kosten für die Software, den Steuerberater oder Bücher wie KONZ. 1000 ganz legale Steuertricks berücksichtigt - und bekommen im Durchschnitt 800 Euro vom Fiskus zurück.“

Adamek / Otto 2009, 60

Deutschland nimmt mit rund 100 000 Steuervorschriften eine Spitzenposition in der Welt ein.

„Es gibt zwei Dutzend Anlagen, gut 200 Gesetze, fast 100 000 Verordnungen, etwa 1 300 ungeklärte Steuerverfahren vor dem Bundesfinanzhof, zirka 60 verschiedene Steuern und Abgaben...“

Adamek / Otto 2009, 60

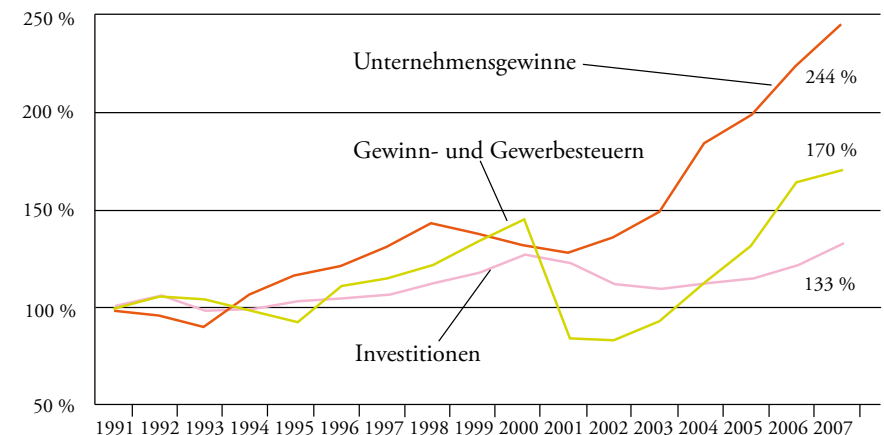
Das Konzept Steuergerechtigkeit von ver.di bringt Mehreinnahmen von über 70 Milliarden Euro. Es stellt wieder mehr Steuergerechtigkeit her und sorgt für solide Einnahmen, damit der Staat seine Leistungen für die BürgerInnen erbringen und die notwendige Zukunftsvorsorge sicherstellen kann.

Die Vorschläge von ver.di entlasten Menschen bis zu einer Höhe von 67 000 Euro im Jahr. Hierdurch wird auch die Wirkung der „kalten Progression“ auf Jahre ausgeglichen. Die oberen Einkommen sollen durch die Erhöhung des Höchststeuersatzes auf 50% wieder stärker belastet werden.

Mehr Informationen:

Konzept Steuergerechtigkeit unter: <http://wipo.verdi.de>

Gewinne, Steuern und Investitionen von Kapitalgesellschaften

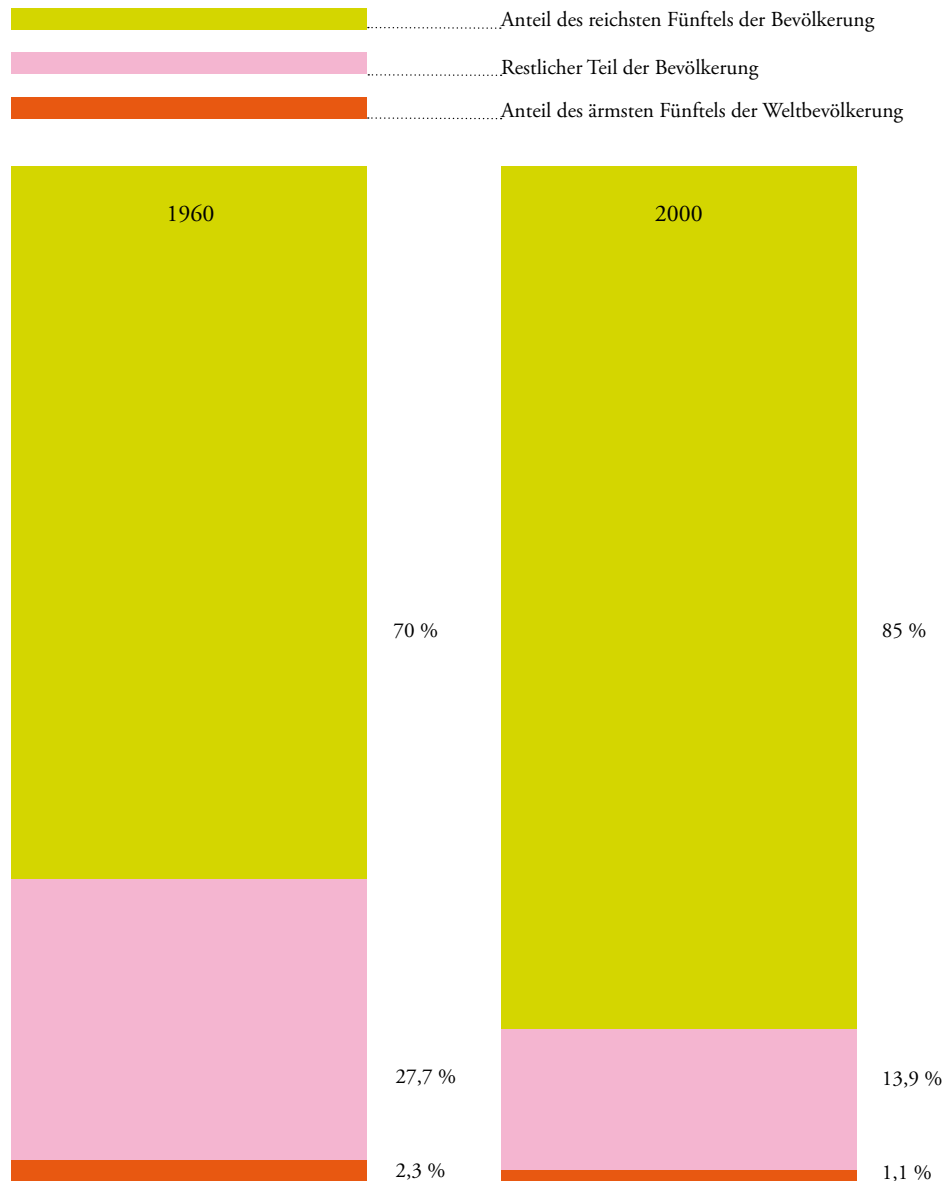


Steuerzahlungen und Investitionen der Unternehmen bleiben hinter den gewaltig gestiegenen Gewinnen immer weiter zurück. Quelle: Konzept Steuergerechtigkeit, hrsg. von Wirtschaftspolitik ver.di, Januar 2009, S. 20

Umverteilung über Steuern: Von oben nach unten

Andreas Missbach

Verteilung des weltweiten Einkommens



Steuern haben nicht nur die Funktion, dem Staat Einnahmen zu verschaffen, sie sind auch ein wichtiges Mittel, um soziale Ungleichheit zu reduzieren. So sind beispielsweise die Einkommen in Schweden und den USA vor Steuerabzug und Sozialleistungen sehr ungleich verteilt. In Schweden wird jedoch fast die Hälfte der ursprünglichen Ungleichheit durch Steuern korrigiert, so dass das Land zu den Industrieländern mit der geringsten Ungleichheit gehört, während die USA das Industrieland mit den größten Unterschieden zwischen Arm und Reich bleiben. In der Schweiz sind die Unterschiede nach Steuern im Übrigen nur wenig geringer als in den USA.

In den USA war die Ungleichheit nicht immer so groß. Mitte der 1950er Jahre war das Realeinkommen des reichsten Prozents der Bevölkerung (nach Steuern) um 20 bis 30 % niedriger als eine Generation zuvor. Bei den reichsten 0,1 Prozent hatte sich das Realeinkommen sogar mehr als halbiert. Wie das? Durch Steuern: Der Spitzensteuersatz auf Einkommen in den USA lag bei 91 %, der Erbschaftsteuersatz bei 77 % und die Bundessteuer auf Unternehmensgewinne betrug 45 %. Erst diese Umverteilung durch Steuern hat die Mittelschichtgesellschaft der USA in der Nachkriegszeit geschaffen.

Umverteilung über Steuern: von unten nach oben

Einkommen und Vermögen sind in vielen Entwicklungsländern extrem ungleich ver-

teilt. In ärmeren Ländern wird ein größerer Anteil der Steuereinnahmen über indirekte Steuern eingenommen, d. h. über Güter und Dienstleistungen (vor allem Mehrwertsteuern) und nicht über direkte Steuern auf Einkommen, Vermögen und Unternehmensgewinne.

Staatseinnahmen ärmerer Länder:

- 16 % direkte Steuern (Besteuerung von Einkommen, Vermögen und Unternehmensgewinnen)
- 32 % indirekte Steuern auf Güter und Dienstleistungen (vor allem Mehrwertsteuern)

Staatseinnahmen reicher Länder:

- 28 % direkte Steuern
- 25 % indirekte Steuern
- 26 % Sozialversicherungsbeiträge

Warum sind indirekte Steuern unsozial?

Die prozentuale Belastung des Steuerzahlers sinkt mit zunehmendem Einkommen, weil Reiche einen kleineren Teil ihres Einkommens konsumieren. Umgekehrt steigt die Belastung der Armen. Da sie ihr ganzes Einkommen für Konsumgüter ausgeben müssen, bezahlen sie, relativ gesehen, mehr Steuern als Reiche. Indirekte Steuern führen also zu mehr Ungleichheit.

Es wird beispielsweise geschätzt, dass in Brasilien Familien mit niedrigem Einkommen 26,5 % des Einkommens für Mehrwertsteuern brauchen, während dieser Anteil bei Familien mit hohem Einkommen nur 7,3 % beträgt.

Die globale Ungleichverteilung nimmt zu

Armut könnte beseitigt werden, wenn sich die Umverteilung global organisieren ließe. Von 1960 bis 2000 hat nämlich das reichste Fünftel der Weltbevölkerung seinen Anteil am weltweiten Einkommen von 70 auf 85 % gesteigert, während das ärmste Fünftel von 2,3 auf 1,1 % abgerutscht ist. In den fünf Jahren von 2002 bis 2007 hat sich das Gesamtvermögen der Haushalte mit einem angelegten Vermögen von mehr als 5 Millionen auf 20,9 Billionen Dollar mehr als verdoppelt.

Dublin, Denkmal zur Irischen Hungersnot und das IFSC.
Foto: David McNair



Österreich - Steueroase ohne Palmen

Klemens Himpele und Sybille Pirklbauer



Steuern sind ein unverzichtbares Instrument der Politik eines Staates, und zwar in dreierlei Hinsicht: Erstens dienen sie der Finanzierung öffentlicher Aufgaben, denn Steuern sind die wichtigste Einnahmequelle des Staates. Zweitens tragen sie, indem sie höhere Einkommen stärker belasten als niedrige (progressive Steuern), zur Umverteilung bei und drittens können sie zur Lenkung in Richtung eines bestimmten Verhaltens eingesetzt werden (bspw. Tabaksteuer für weniger Rauchen; Umweltsteuern für umweltfreundliches Verhalten). Der Steuerpolitik sind aufgrund internationaler Verflechtungen jedoch Grenzen gesetzt, d. h. Staaten können in einer globalisierten Welt nicht völlig frei über ihre Steuerpolitik entscheiden. So findet die Besteuerung von Unternehmen dort ihre Grenzen, wo multinational tätige Konzerne ihre Gewinne zwischen den Standorten verschieben können, so dass sie im Land mit den niedrigsten Steuern anfallen. Zusätzlich können sie dem Staat mit gänzlicher Abwanderung drohen (Kraus 2009). Finanzkapital, das nicht in Grund oder Immobilien gebunden ist, kann praktisch ohne Beschränkungen an den Ort der geringsten Steuern verschoben werden, sofern an diesem Ort Eigentum geschützt und garantiert wird. Die nationale Steuerpolitik findet ihre Grenzen der Besteuerung von Gewinnen, höheren Einkommen und Vermögen, wo Steueroasen „günstigere“ Bedingungen bieten. Weil in den Steueroasen auch Transparenz weitgehend fehlt, sind auch jene geschützt, die ihr Geld bereits erfolgreich am heimischen Fiskus vorbeigeschummelt oder gar durch kriminelle Aktivitäten erworben

haben. Damit missachten Steueroasen die Grundsätze des Steuerrechts und untergraben die Finanzierungsbasis der Sozialstaaten. Es ist daher höchste Zeit, diese Oasen auszutrocknen, zu denen auch Österreich gehört.

Österreich – eine Steueroase?

Die österreichische Bundesregierung streitet es rundheraus ab, dennoch: Österreich ist eine Steueroase und spielt eine wichtige Rolle bei der Vermeidung von Steuern. Nach John Christensen, dem Direktor des Netzwerks für Steuergerechtigkeit, sind das Bankgeheimnis und das Stiftungsrecht zentrale Gründe, warum Österreich eine Steueroase ist (vgl. Kurier 17.04.2009). Dazu kommen niedrige Kapital- und Vermögenssteuern (Attac Österreich 2008). Diese Kombination macht Österreich für SteuerhinterzieherInnen attraktiv. Das ist kein Versehen, sondern „Standortpolitik“, die AnlegerInnen nach Österreich locken soll. Das aber geht zu Lasten anderer Staaten.

Unversteuertes Geld nach Österreich

In Österreich liegen Unsummen ausländischen Vermögens. Dies lässt sich kaum auf die höhere Sicherheit im Lande zurückführen – Banken in Deutschland oder Frankreich bieten Vergleichbares. Vielmehr scheinen das strikte Bankgeheimnis und die bisherige Weigerung Österreichs, in diesem Bereich mit der EU zu kooperieren, die Gründe für das hohe Auslandsvermögen zu sein.

Das Bankgeheimnis in österreichischer Strenge bedeutet, dass nur die Bank den/die KontoinhaberIn kennt. Diese muss Informationen über KundInnen und deren Vermögen nicht weitergeben – anders als in Deutschland, wo Behörden Einsicht in die Konten haben. Damit können die AnlegerInnen praktisch anonym bleiben.

Mit der Verweigerung der Kooperation und des Informationsaustausches mit anderen Staaten erfüllt Österreich ein weiteres typisches Merkmal einer Steueroase. Die EU versucht, mehr Transparenz und Fairness bei der Besteuerung von Kapitalerträgen zu schaffen. Dazu ist ein automatischer Informationsaustausch zwischen Staaten vorgesehen, wer im Ausland welche Zinseinkünfte erzielt. Österreich verweigert das und hat sich lediglich dazu verpflichtet, eine Quellensteuer auf die von AusländerInnen erzielten Zinseinkünfte zu erheben.

Auch wenn das Bankgeheimnis unter dem Druck insbesondere Deutschlands etwas aufgeweicht wird, fehlt der österreichischen Politik offensichtlich jedes Unrechtsbewusstsein. Denn wem dient(e) das Bankgeheimnis? Vor allem denjenigen, die unversteuertes Geld in Österreich geparkt haben. Damit helfen Steueroasen wie Österreich das zentrale Besteuerungsprinzip zu unterlaufen: „Die Steuerpflichtigen sollen dort besteuert werden, wo sie ihren tatsächlichen Wohnsitz haben. Durch ihre Anwesenheit im Lande begründen sie ja auch erst einen Bedarf für öffentliche Leistungen, der über Steuern zu decken ist“ (Thielemann 2009, S. 13). Durch die Weigerung eines Informationsaustausches mit anderen Ländern nimmt der Staat für sich aber faktisch in Anspruch, „Personen, die für ihn Steuerausländer sind, von ihrer Steuerpflicht zu befreien“ (ebd.). Etwas direkter ausgedrückt: Das Bankgeheimnis ermöglicht es erst, einmal hinterzogene Steuern nie mehr zahlen zu müssen. Hierfür gibt es keinerlei rechtliche Grundlage. Der häufig gemachte Verweis auf die Persönlichkeitsrechte und den Datenschutz dient einzig dem Schutz der inländischen Finanzindustrie. Schließlich sollen die steuerlichen Informationen nicht veröffentlicht, sondern lediglich den Finanzbehörden zur Festsetzung einer Steuer bekannt gegeben werden – wie es heute bei jeder und jedem unselbstständig Erwerbstätigen völlig selbstverständlich passiert. Natürlich kann es gute Gründe geben, regulär versteuertes Geld in Österreich zu investieren. Dann braucht es jedoch kein Bankgeheimnis und dann gibt es auch keinen Grund, den Informationsaus-

tausch mit anderen Ländern zu verweigern. Die EU hat Recht, wenn sie Österreich und andere Länder nun massiv unter Druck setzt, den Austausch zu gewährleisten. Steueroasen wie Steuerflüchtige sind nichts anderes als Trittbrettfahrer. Die Steuerflüchtlinge nehmen zwar die aus Steuern finanzierten öffentlichen Leistungen in Anspruch, tragen jedoch selbst nichts dazu bei. „[U]nd die Leistung der Steueroase besteht lediglich darin, den fiskalischen Informationsaustausch konsequent zu verweigern und ihr Steuersystem entsprechend einzurichten“ (ebd., S. 15). Die Finanzindustrie freut sich und verdient daran.

Die VerteidigerInnen der Geheimnistuerei verweisen an dieser Stelle gerne darauf, dass die Zinseinkünfte ohnehin mit einer Quellensteuer belegt sind. Bei Geld aus dem EU-Ausland werde ein Teil dieser Erträge an die jeweiligen Herkunftsländer abgetreten. Das Argument ist aber ein schwaches: Erstens werden nur die Zinseinkünfte besteuert. Ob das zugrunde liegende Vermögen regulär versteuert wurde, bleibt außer Acht. Und zweitens wird damit eingestanden, dass dem Wohnsitzland ein Besteuerungsrecht zusteht. Dann aber wäre es nur konsequent, einen entsprechenden Austausch der Informationen zu organisieren und das Verfahren gleichsam vom Kopf auf die Füße zu stellen.

Erben ohne Erbschaftssteuer

Ein zweites Merkmal als Steueroase findet sich in Österreich bei der extrem geringen Besteuerung von Vermögen und der Abschaffung der Steuern für Erbschaften und Schenkungen. Schon vor der Abschaffung der Erbschaftssteuer nutzten vor allem vermögende Deutsche das finanzielle „Auswandern“ nach Österreich zur „Steueroptimierung“. Mit der Abschaffung der Erbschaftssteuer könnte das allerdings Geschichte sein, da die Bundesrepublik kurzerhand das Doppelbesteuerungsabkommen gekündigt hat, so dass Erbschaftsfälle nach Deutschland wieder dem deutschen Recht unterliegen. Ein guter Finanzplatz hat aber auch dafür eine Lösung: Der Focus zitiert hierzu Gerald Toifl, Steuerexperte der Salzburger Kanzlei Leitner & Leitner, wie folgt: „Wer sein Vermögen in eine Privatstiftung legt oder an eine solche Stiftung vererbt, spart seinen deutschen Erben auch künftig die Steuer“ (zitiert nach Kusitzky 2007). Die Aussage macht deutlich, dass sich Österreich zu Lasten anderer Volkswirtschaften einen Vorteil verschaffen will, indem es diese Staaten um die ihnen eigentlich zustehenden Steuern bringt – Merkmale einer Steueroase eben. Kusitzky merkt übrigens noch an: „Das Modell lohnt sich jedoch nicht für jeden. Zwei bis drei Millionen Euro Kapital sollten dafür schon vorhanden sein.“

Ende von Österreichs Status als Steueroase?

Die EU hat in den vergangenen Monaten den Druck auf die europäischen Steueroasen – vor allem die Schweiz, Liechtenstein, Österreich, Belgien und Andorra – erhöht und substanzielle Verbesserungen insbesondere beim Informationsaustausch erreicht. Dennoch bleibt Skepsis angebracht, da bspw. das Stiftungsrecht oder die Privatstiftungen als Ganzes nicht zur Debatte stehen. Ferner bleibt Österreich der Politik des Steuersenkungswettbewerbs bei der Unternehmensbesteuerung treu und löst ebensowenig auf nationaler Ebene die Probleme, die das Bankgeheimnis schafft. So werden Daten über das steuerpflichtige Einkommen eines jeden Lohnsteuerpflichtigen selbstverständlich durch den Arbeitgeber an das Finanzamt übermittelt. Andere Einkünfte können dank des Bankgeheimnisses jedoch gut verborgen werden. Das ist verteilungspolitisch und aus Gerechtigkeitsgründen so wenig akzeptabel wie der Verzicht auf eine angemessene Besteuerung von Vermögen, Erbschaften und Schenkungen. Diese letzten Punkte machen deutlich, dass Österreich einerseits die Gesetze ändern muss, die das Land zur Steueroase machen, und andererseits eine grundlegende Reform der Steuerpolitik im Inneren notwendig ist. Es wird Zeit, dass diese Erkenntnis auch in der Regierung ankommt.

Rechte Seite: Riezerln im Kleinwalsertal: 1949 EinwohnerInnen und 10 Banken.



70 Milliarden Euro*

* Finanzexperten schätzen, dass seit 2005 bis zu 70 Milliarden Euro nach Österreich geschafft wurden (Süddeutsche 2008).



Steueroase Österreich: Wo Deutsche Urlaub machen und ihr Kapital arbeitet.

Fallbeispiel Riezlern im Kleinwalsertal:

19,2 Milliarden Euro aus Deutschland liegen auf Konten in Österreich. Deutlich höher ist die Summe der Aktien, Investmentfonds, Zertifikate und Immobilienanteile in Wertpapierdepots. Finanzexperten schätzen, dass seit 2005 bis zu 70 Milliarden Euro nach Österreich geschafft wurden (Süddeutsche 2008).

Auf der Suche nach der Raiffeisenbank Kleinwalsertal. Lässt sich eine Steueroase fotografieren?

Unsere Suche nach Orten der Offshore-Welt beginnt im Kleinwalsertal. Viele Deutsche sollen dort ihr Geld anlegen, um Steuern zu sparen. Der Ort hat 1949 EinwohnerInnen und 10 Banken. Die Raiffeisenbank Kleinwalsertal im Ort Riezlern betreut Kundenvermögen in Höhe von drei Milliarden Euro, so die Homepage der Bank.

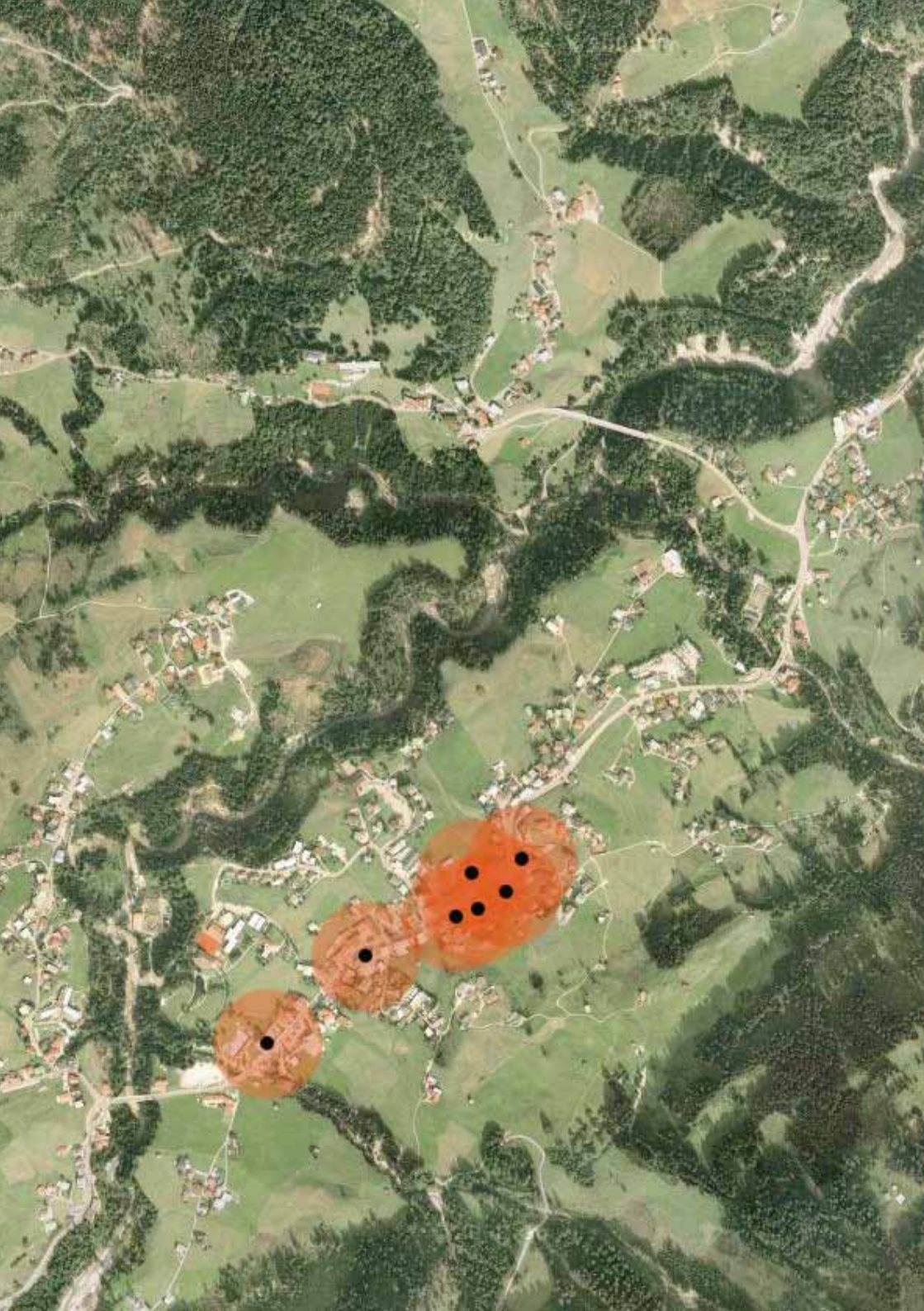
Die Raiffeisenbank Kleinwalsertal AG: Die „Nummer eins unter Österreichs Raiffeisenbanken“ (Raiffeisen 2008):

- Mitarbeiter: 149
- Bilanzsumme: 1,03 Milliarden Euro
- Betriebsergebnis: 20,7 Millionen Euro
- Betreutes Kundenvermögen: 3,0 Milliarden Euro
- Tochterunternehmen: Raiffeisen Bank (Liechtenstein) AG
- Repräsentanzen: Palma de Mallorca, Düsseldorf

Im Angebot:

- Vermögensverwaltung mit Strategiefonds befreit von der EU-Zinssteuer.
- „Grenzüberschreitendes Vermögensmanagement... Wohnimmobilie in Deutschland, Ferienhaus in Spanien, Lebensversicherung in Liechtenstein? – Kein Problem für die Vermögensmanager der Raiffeisenbank Kleinwalsertal.“
- „Im österreichischem Kleinwalsertal können Sie ihren Nachlass zum Beispiel in Form einer fondsgebundenen Lebensversicherung nach liechtensteinischem Recht veranlassen. Bei dieser Konstruktion sinkt die Bemessungsgrundlage für die Erbschaftssteuer um ein Drittel. Und mit einer österreichischen Privatstiftung können Sie Ihren Nachlass sogar über mehrere Generationen hinweg regeln.“

Linke Seite: Kleinwalsertal, kein klarer Gebirgssee, sondern ein Steuersumpf.



Walsersstraße: Die Wall Street Österreichs.

Bank Austria Creditanstalt AG
6991 Riezlern, Kleinwalsertal, Walsersstr 36

Dornbirner Sparkasse Bank AG
6991 Riezlern, Kleinwalsertal, Walsersstr 23

Hypo-Bank
6991 Riezlern, Kleinwalsertal, Walsersstr 31

Sparkasse Dornbirn Bank AG
6991 Riezlern, Kleinwalsertal, Walsersstr 23

Kreis- und Stadtparkasse Sonthofen-Immenstadt
6991 Riezlern, Walsersstraße 74

Sparkasse Allgäu Hauptzweigstelle Riezlern
A-6991 Riezlern, Walsersstraße 74

Raiffeisenbank Kleinwalsertal AG Easy-Banking
6991 Riezlern, Kleinwalsertal, Walsersstr 43

Raiffeisenbank Kleinwalsertal AG Private-Banking
6991 Riezlern, Kleinwalsertal, Walsersstr 61

Volksbank im Kleinwalsertal
Devisenbank, Finanzierungen, SB-Bank
6991 Riezlern, Kleinwalsertal, Walsersstr 37

Volksbank Vorarlberg e. gen.
Geschäftsstelle Riezlern
6991 Riezlern , Kleinwalsertal, Walsersstr 37



Auf der Walsersstraße gehen wir ins Dorf und kommen zuerst zur Volksbank. Es folgt ein Casino mit der Bank Hypo-Bank. Auf der gegenüberliegenden Straßenseite sitzt die Bank Austria in einer Haushälfte; in der anderen befindet sich ein altmodisches Café. Es folgen Souvenirläden und eine kleine Einkaufspassage. Einer der Läden der Passage ist die Raiffeisenbank mit den Milliardeneinlagen.

Der Eingang ist diskret in der Passage angeordnet. Von den anderen Läden im Erdgeschoss führt eine Treppe in den ersten Stock zur Raiffeisenbank mit ihren über hundert Angestellten. Das war noch nicht alles. Ein Stückchen weiter liegt die Sparkasse, ein solides Haus mit Balkon und der Aufschrift „Private Banking“.

Servus im Café
Baad - Grund
WÄLSER SPEZIALITÄTEN
Brot und Gebäck aus eigener Backstube



**Skier abstellen.
Kapital bei uns anlegen.**
— Private Banking im Kleinwalsertal.

RAIFFEISENBANK
KLEINWALSERTAL AG
PRIVATE BANKING

Tel. (D) 0 83 29 - 202 - 01

Jungholz: „Luftveränderung für ihr Kapital“

Das österreichische Dorf Jungholz im Oberallgäu hat knapp 300 EinwohnerInnen und die höchste Bankendichte in Österreich. Bei der Tiroler Sparkasse, der Volksbank Tirol Jungholz und dem Bankhaus Jungholz (eine Zweigniederlassung der Raiffeisenbank Reutte) sind insgesamt 4 Milliarden Euro angelegt, wovon 3 Milliarden auf das Bankhaus Jungholz entfallen. Dort verwalten 300 MitarbeiterInnen vor allem Anlagen reicher PrivatkundInnen (Raiffeisenbank Reutte 2009). 15 000 Deutsche sollen hier ein Konto haben (Stern 2005).

Ab 50 000 Euro Einlagen können KundInnen die Dienste des Bankhauses Jungholz in Anspruch nehmen. Dazu gehört das „Goldfingerkonto“. Die/der BesitzerIn des Kontos weist sich mit einem Fingerabdruck und einem Codewort aus und kann dann anonym Geschäfte über einen Computer tätigen, ohne dass die Bankangestellten wissen, wer welche Transaktionen tätigt. Die/der KontoinhaberIn muss sich nur bei der Eröffnung des Kontos ausweisen. Die Daten werden handschriftlich aufgenommen und in einem Tresor festgehalten, womit sie keine digitalen Spuren hinterlassen. Kein Schlüssel und keine Kontokarte erweckt bei Kontrollen Verdacht.

Warum sind Jungholz und das Kleinwalsertal so begehrte Finanzplätze?

Nur die Banken im benachbarten Kleinwalsertal verwalten noch mehr Geld. Die Attraktivität dieser Standorte liegt vor allem am österreichischen Bankgeheimnis und an der Tatsache, dass Jungholz und das Kleinwalsertal eine Zollenklave waren. Wegen der Berge waren die Orte nur über Deutschland passabel zu erreichen und wurden wirtschaftlich Bayern zugeordnet. Früher gab es keine Zollkontrollen, die für den Transport von Schwarzgeld hinderlich sein können. Die Orte hatten eine deutsche und eine österreichische Postleitzahl. Zwischen 1970 und 1985 soll Jungholz ein Zentrum des Schmuggels mit Pornoheften gewesen sein, die damals noch in Österreich verboten waren. Es sei auch vom Versandhandel benutzt worden um die Luxussteuer zu umgehen (Datum 2008). Noch heute bringen viele Kunden – schätzungsweise ein Drittel – ihr Geld in Bar zu den Banken. Das ist sicherer, da es keine digitalen Spuren hinterlässt (Stern 2005). Auch nach der leichten Aufweichung des Bankgeheimnisses, das in der EU nur noch in Luxemburg ähnlich strikt ist, erhalten ausländische Behörden nur dann Informationen über die Konten ihrer Bürger, wenn sie bereits Indizien über Delikte der betroffenen Person vorliegen.



Luftveränderung für Ihr Kapital



„Bei Kontrollen stoßen die Zöllner häufig auf andere interessante Funde: interne Papiere, Briefe, Kontoauszüge oder Visitenkarten von Schweizer oder Liechtensteiner Banken, die auf Steuerhinterziehung hinweisen. ... Ein Geschäftsmann trug in seiner Hosentasche Auszüge von einem Schweizer Nummernkonto, auf dem 58 Millionen lagen. ... Bis vor ein paar Jahren meldeten die Zöllner den zuständigen Finanzämtern verdächtige Hinweise. ... Ein interner Bericht aus dem Hauptzollamt Singen an der Schweizer Grenze belegt, dass allein von Januar bis Dezember 2003 nicht weniger als 2 337 Kontrollmitteilungen an Finanzämter verschickt wurden. Fast 1,4 Milliarden Euro standen unter Verdacht, nicht versteuert worden zu sein. Und das waren nur die Kontrollmitteilungen aus einem Hauptzollamt.“ (Adamek/Otto 2009, 138 f)

Per Dienstanweisung – ein Erlass der Oberfinanzdirektion Karlsruhe – wurde den Zöllnern untersagt, nach Unterlagen zu suchen, die auf Steuerhinterziehung schließen lassen. Begründet wurde dieser Erlass mit Datenschutz.

Adamek/Otto 2009: Sascha Adamek, Kim Otto, Schön reich. Steuern zahlen die anderen, München: Heyne, 2009, S. 12



Politische Maßnahmen gegen Steueroasen



Auf internationaler Ebene wurden bislang eher zaghafte Schritte gegen Steueroasen unternommen, etwa von den G7/G20 oder der OECD und mit der Zinsrichtlinie der EU. Die Steuer- und Finanzoasen betrieben erfolgreich Lobbyarbeit, und auch die Regierungen der von Steuerflucht betroffenen Staaten trugen dazu bei, dass die Maßnahmen aufgeweicht wurden. Regierungen führten häufig an, dass sie keine Handhabe gegen Steueroasen haben. Mittlerweile haben Staaten – wenngleich vorsichtig und überwiegend im Alleingang – begonnen, gegen Steuer- und Regulierungsoasen vorzugehen. Auch der Druck auf internationaler Ebene hat sich nach der Krise verschärft, wobei die Initiativen immer wieder abgeschwächt wurden.

G7 / G8 / G20

Als Reaktion auf die Asienkrise richteten die G7 im Jahr 1999 das Financial Stability Forum (FSF) ein. Aufgabe des FSF war es, Risiken für das Finanzsystem durch besseren Informationsaustausch und Zusammenarbeit bei der Überwachung frühzeitig zu erkennen. Eine im Jahr 2000 erstellte Studie zur mangelnden Aufsicht in Offshore-Finanzzentren und dem fehlenden Informationsaustausch mit den Aufsichtsbehörden anderer Länder blieb unberücksichtigt; das FSF warnte nicht einmal im Vorfeld der Finanzkrise vor den Gefahren, die von Regulierungsoasen ausgehen (Liebert/Troost 2009). Beim G20-Treffen im April 2009 wurde das FSF in „Financial Stability Board“ umbenannt und erweitert. Beim Treffen der G20 im April 2009 soll-

ten Maßnahmen gegen Steuer- und Regulierungsoasen ergriffen werden, insbesondere wurde das Bankgeheimnis kritisiert. Bereits im Vorfeld wurde breit über den Entwurf einer schwarzen Liste der nicht kooperativen Steueroasen diskutiert. Die darauf aufgeführten Staaten sollten sanktioniert werden. PolitikerInnen aus den aufgeführten Oasenstaaten (u. a. Österreich und Luxemburg) reagierten gereizt. Die Kriterien zur Bestimmung von Steueroasen wurden (teilweise zu Recht) bemängelt; es sei fragwürdig, dass Steueroasen wie Jersey, Guernsey, die Isle of Man, Macao und die US-Steueroase Delaware nicht auf der Liste stehen. Fünf Tage nach der Veröffentlichung der Liste wurden die verbliebenen Länder aufgrund wenig verbindlicher Ankündigungen von der schwarzen Liste gestrichen, die damit leer war. Die Steueroasen wurden auf die graue Liste der OECD gesetzt. Auch von dieser Liste können sich die Länder einfach entfernen lassen, denn es genügt, 12 bilaterale Doppelbesteuerungsabkommen mit anderen Staaten abzuschließen, um als „kooperativ“ eingestuft zu werden. Steueroasen haben einfach Abkommen mit anderen Oasen geschlossen, z. B. Luxemburg mit Bahrain oder Jersey mit Färöer und Island (Netzwerk Steuergerechtigkeit 2009).

Die Financial Action Task Force (FATF), die 1989 von den G7 zur Bekämpfung der Geldwäsche gegründet wurde, spielte lange keine Rolle, weil sie sich auf Druck der USA dem Spezialaspekt der Finanzierung von Terrorismus zuwandte. Auch die FATF hatte den Auftrag, eine Liste unkooperativer Staaten anzufertigen, die allerdings von 2006 bis vor kurzem leer war. Beim G20-Gipfel im Frühjahr 2009 bekam die FATF den Auftrag, eine neue Liste unkooperativer Staaten in puncto Geldwäsche zu erstellen, die beim Treffen der G20 im September 2009 präsentiert werden soll. Nach Angaben der Wirtschaftspressse sei die FATF nun dabei, grenzüberschreitende Steuerdelikte als Vordelikt zur Straftat der Geldwäscherei einzustufen, womit Steueroasen auf die Liste rücken (Schweizer Bank 2009).

OECD

1996 beauftragten die G7 die OECD, Maßnahmen gegen Steuerflucht auszuarbeiten. Zwei Jahre später veröffentlichte die OECD einen Bericht über schädlichen Steuerwettbewerb, den alle OECD-Staaten außer Luxemburg und der Schweiz verabschiedeten. Die OECD definierte darin Merkmale von Steueroasen und präsentierte in der Folge eine schwarze Liste, auf der 35 Länder als Steueroasen aufgeführt waren, und eine graue Liste, auf der 47 Länder mit „potenziell schädlichem Verhalten“ standen. Die Länder auf der schwarzen Liste sollten mit Sanktionen belegt werden. Die OECD forderte die Steueroasen auf, bilaterale Abkommen mit

OECD-Staaten abzuschließen, in denen sie sich verpflichten, automatisch Informationen zu Einkommen und Unternehmensbeteiligungen ausländischer BürgerInnen an andere OECD-Mitgliedsstaaten weiterzugeben.

Die Steueroasen bildeten 2001 die International Tax and Investment Organization (ITIO) und begannen Lobbyarbeit gegen die OECD-Initiative zu betreiben. Nachdem die USA unter Bush der OECD-Initiative die Unterstützung versagten, knickte die OECD ein. Die Organisation weichte ihre Definition von Steueroasen auf und forderte anstatt des automatischen Informationsaustauschs nur noch den Austausch auf Anfrage – ein absurdes und wirkungsloses Mittel, da die Behörden für eine Anfrage Informationen benötigen, die sie wegen fehlender Transparenz nicht haben. Die Isle of Man setzte durch, dass es genügt, wenn eine Steueroase Reformen ankündigt, diese aber erst umsetzen muss, wenn alle anderen OECD-Staaten das ebenfalls tun (Sullivan 2007). Im August 2009 ist die schwarze Liste leer (OECD 2009).

IWF

Auch der IWF beschäftigte sich mit Steuer- und Regulierungssoasen, die beim IWF jedoch nur unter „Offshore-Zentren“ geführt wurden. Der Schwerpunkt des IWF lag auf Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung und hat bei der Bekämpfung von Steuer- und Regulierungssoasen keine nennenswerten Ergebnisse gebracht (Liebert/Troost 2009).

EU

Mit der 2005 in Kraft getretenen Zinsbesteuerungsrichtlinie setzt die EU erste Maßnahmen gegen Steuerflucht um. Im Gegensatz zu den seichten Kriterien der OECD basiert die Zinsrichtlinie der EU auf automatischem Informationsaustausch. Auf Zinserträge wurden in der Anfangsphase 15% Steuern gezahlt, ab Juli 2008 sind 20% fällig und ab Juli 2011 35%. Die Richtlinie gilt in den Staaten der EU und zusätzlich in der Schweiz, Liechtenstein, San Marino, Andorra und Monaco. Die Staaten Österreich, Belgien und Luxemburg haben sich eine Ausnahme ausgehandelt (wobei Belgien ab 2010 beim automatischen Informationsaustausch mitmacht). Unter Verweis auf ihr Bankgeheimnis beteiligen sie sich in einer Übergangsphase nicht am automatischen Informationsaustausch, sondern erheben eine Quellensteuer, d. h. eine Steuer auf Zinsen, die sie theoretisch direkt und anonym erheben und mit dem Wohnsitzmitgliedstaat des Kontoeigentümers teilen. Die wenigen Einnahmen aus dieser Steuer lassen jedoch darauf schließen, dass ein großer Teil der ausländischen Einnahmen nicht erfasst wird. Mit dieser Ausnahme kann jedoch bald Schluss sein, da eine Klausel in der Richtlinie vorsieht, dass der automatische Informationsaustausch schon früher in Kraft tritt, wenn wichtige Drittstaaten (wie die Schweiz, Liechtenstein, San Marino, Monaco oder Andorra) einem Informationsaustausch zustimmen. Dieses tun gerade einige Staaten, um von der grauen Liste der OECD gestrichen zu werden (Schweizer Bank 2009).

Aber trotz des automatischen Informationsaustauschs ist die Zinsrichtlinie unzureichend, da sie viele Löcher hat: Erstens bezieht sie sich nur auf Zinserträge, nicht aber auf sonstige Kapitalerträge wie Dividenden oder realisierte Kursgewinne, und zweitens gilt sie nur für natürliche Personen (einschließlich Einzelunternehmern), nicht aber für Firmen, Stiftungen oder Versicherungsmäntel. Außerdem weichen AnlegerInnen auf Offshore-Zentren wie Singapur, Panama und Hongkong aus.

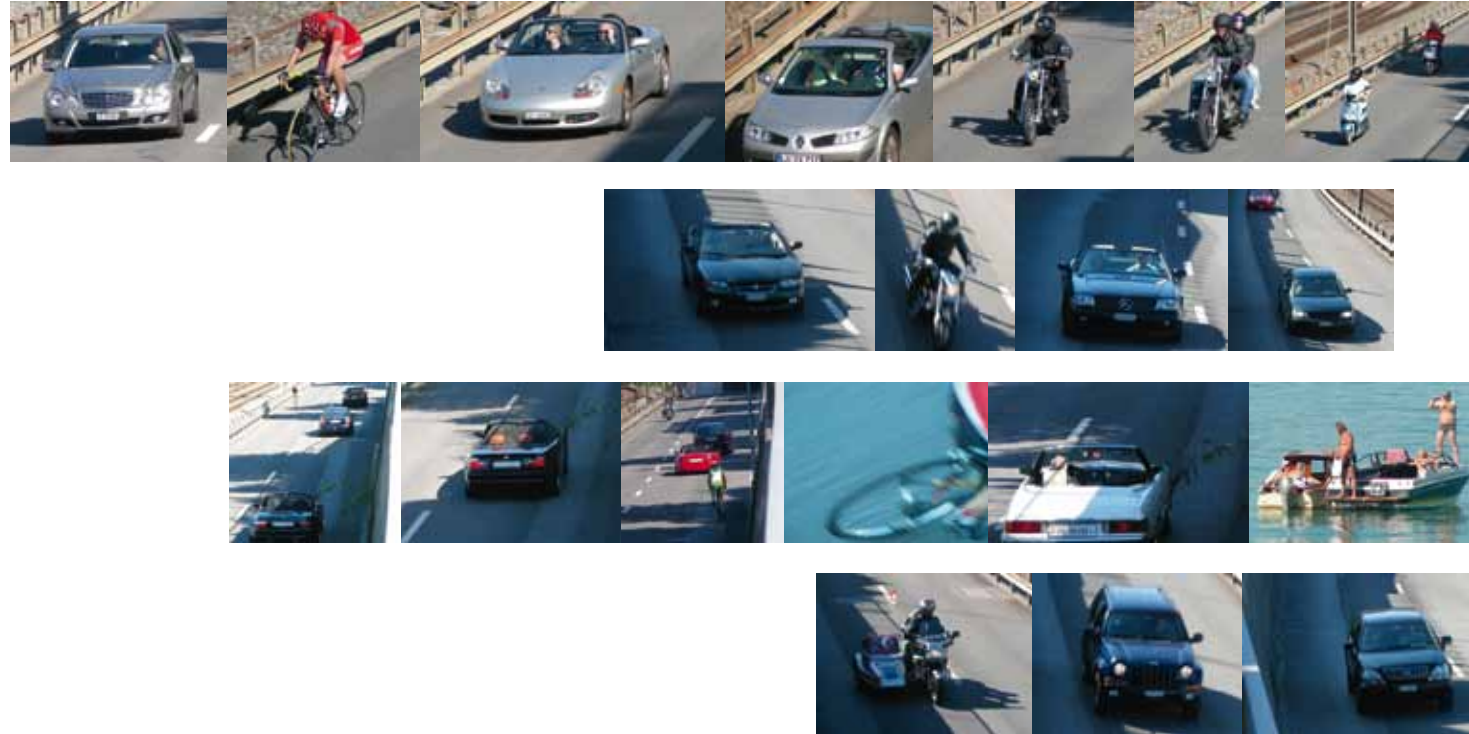
Die Richtlinie wird gerade überarbeitet und soll Ende des Jahres 2009 neu beschlossen werden. Die Änderungsvorschläge der Kommission fallen jedoch viel zu schwach aus. Die Zinsrichtlinie soll in Zukunft auf zinsähnliche Erträge ausgeweitet werden. Dividenden und viele andere Kapitaleinkunftsarten bleiben im Vorschlag aber weiterhin unberücksichtigt. Konstruktionen über bestimmte juristische Personen und außereuropäische Finanzzentren bleiben außen vor.

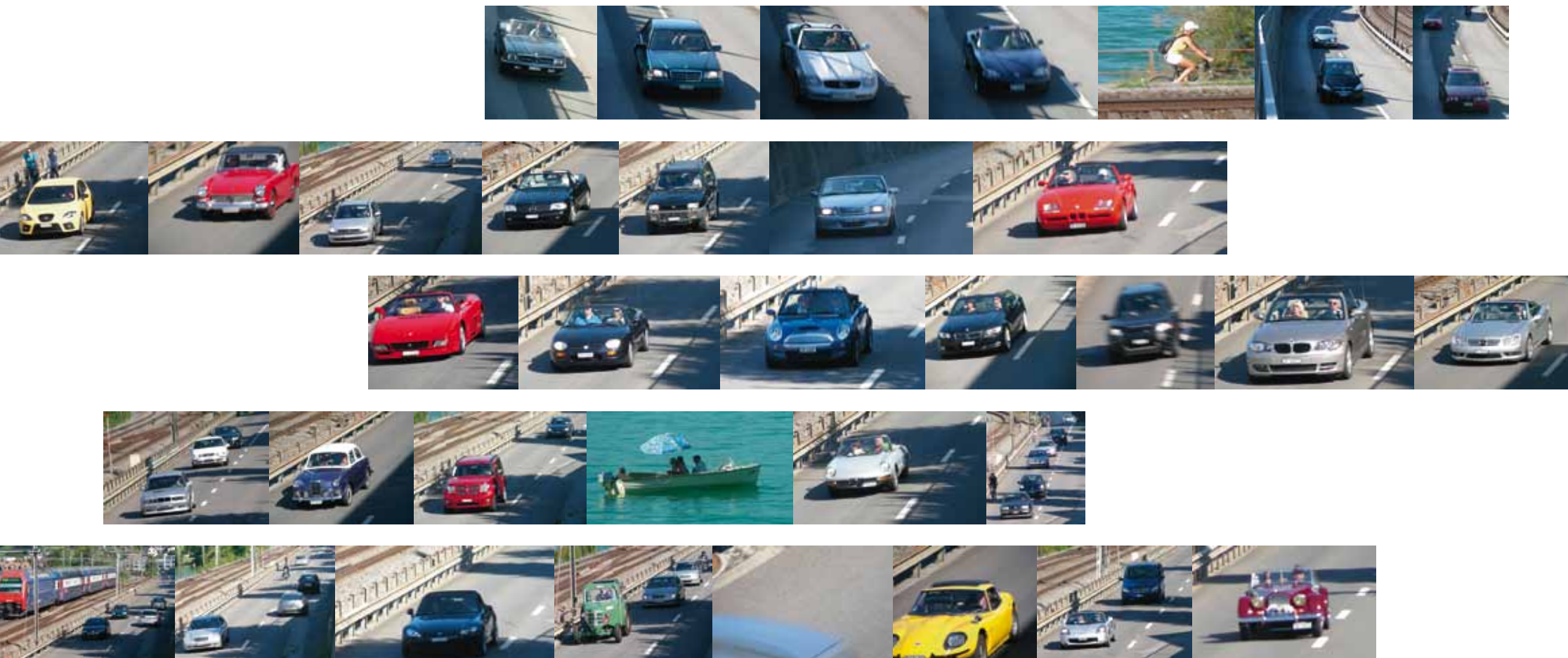
Es zeichnet sich ab, dass auch eine überarbeitete Richtlinie weit entfernt ist von einer umfassenden und wirksamen Besteuerung aller Kapitaleinkünfte innerhalb der EU. (Hersel 2009)

Maßnahmen einzelner Staaten

Dass auf nationaler Ebene gegen Steueroasen vorgegangen werden kann, zeigen die USA am Fall der UBS. Unter der Androhung, der Bank würde die Lizenz in den USA entzogen, machte die UBS Zugeständnisse. Sie zahlte eine Summe, um die Einstellung des Prozesses zu erreichen, und erklärt sich bereit, Daten von 4450 US-Kunden der UBS innerhalb eines Jahres herauszugeben. In Zukunft sollen neuerdings Anfragen der US-Steuerbehörde bei „schweren Steuerwiderhandlungen“ und nicht nur bei Betrug behandelt werden, auch wenn die Behörde die Namen der Bankkunden nicht kennt (Schweizer Bundesverwaltung 2009).

In Deutschland sollte mit dem im Juli 2009 erlassenen Gesetz zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung die Steuerflucht erschwert werden. AnlegerInnen und UnternehmerInnen mit Verbindungen zu Steueroasen sollten besser nachweisen müssen, worin ihre Geschäfte bestehen. Außerdem sollten die Prüfungsrechte der Finanzbehörden ausgeweitet werden. Anderenfalls sollten beispielsweise Betriebsausgaben nicht mehr steuerlich absetzbar sein oder aus dem Ausland überwiesene Dividenden nicht mehr von der Steuer befreit werden können. Dieses Gesetz wurde auf Druck von Wirtschaftsverbänden und Union stark aufgeweicht. Steueroasen dürfen nicht vom Ministerium benannt werden, sondern müssen nach der Liste der OECD nach Zustimmung des auswärtigen Amtes und des Wirtschaftsministeriums bestimmt werden (Liebert 2009). Damit ist das Gesetz relativ wirkungslos, denn die schwarze Liste der Steueroasen der OECD ist derzeit leer.





„Es ist untragbar, dass einigen Eliten und Großfirmen Strukturen zur Verfügung gestellt werden, mit deren Hilfe sie der Gesellschaft ihren Beitrag vorenthalten können. Damit wird die Demokratie an sich unterminiert. Diese korrupten Strukturen sind die Steueroasen. Es ist Zeit, sie endgültig trocken zu legen.“

Roman Kuenzler, Attac Schweiz

“Das Bankgeheimnis hat in Zeiten der Globalisierung nichts verloren. Wer das Recht des freien Kapitalverkehrs in Anspruch nehmen möchte, muss als Gegenleistung zum automatischen Austausch steuerrelevanter Informationen bereit sein.”

Christian Felber, Attac Österreich

Steueroasen austrocknen für eine solidarische Steuerpolitik

Steueroasen lassen sich einfach schließen, wenn der politische Wille dafür vorhanden ist. Einige Maßnahmen und Druckmittel werden im Folgenden genannt.

Regulierungsoasen abschaffen – Regulierungslöcher schließen

Die größten Verluste in der Finanzkrise fielen in Steuer- und Regulierungsoasen an. Banken und Unternehmen nutzen Oasen für riskante Spekulationen und Bilanztricks, so etwa die Firma Enron mit ihren 881 Tochtergesellschaften in Steueroasen.

Steuer- und Regulierungsoasen müssen unter Druck gesetzt werden, Mindest-Eigenkapitalanforderungen zu stellen. Sie müssen Informationen an die Finanzmarktaufsicht anderer Staaten weitergeben. Außerbilanzielle Zweckgesellschaften (d. h. in Steueroasen ausgelagerte Firmenteile) müssen verboten werden.

Hilfen an Steuer- und Regulierungsoasen nur unter der Bedingung, dass sie diesen Status ablegen

Das kurzfristig ausgelegte Geschäftsmodell hat Regulierungsoasen kurzfristig hohe Gewinne verschafft, mit dem Zusammenbruch der Finanzmärkte jedoch auch hohe Verluste beschert – so etwa Island und Irland. Wenn Regulierungsoasen nun über EU-Mittel gestützt werden, muss das mit der Bedingung verknüpft werden, dass sie ihre auf Steuer- und Regulierungsdumping abzielende Politik aufgeben.

Banken, die mit staatlichen Geldern gerettet werden/wurden, müssen ihre Filialen in Steueroasen schließen

Es ist nicht einzusehen, dass Banken mit Steuergeldern gerettet werden, die das eigene Geld und das ihrer AnlegerInnen unversteuert in Steueroasen schaffen und durch riskante Spekulation über Oasen das Finanzsystem destabilisieren. Die Geschäfte solcher Banken müssen kontrolliert werden. Sie dürfen keine Rechtskonstrukte in Finanzoasen unterhalten und müssen Geschäfte unterlassen, die Finanzkrisen befördern (Verbriefungen, Private Equity etc.).

Aufhebung des Bankgeheimnisses – automatischer Informationsaustausch

Steueroasen geben entweder keine Informationen an die Behörden des Wohnsitzlandes der Steuerpflichtigen weiter oder sie tun es nur auf Antrag des Wohnsitzlandes, wenn ein konkreter Verdacht auf Steuerflucht vorliegt. Wegen der fehlenden Daten ist es jedoch i. d. R. nicht möglich, eine konkrete Anfrage zu stellen. Notwendig ist stattdessen ein automatischer steuerlicher Informationsaustausch über Ländergrenzen hinweg. Länder, die sich dem verweigern, sollen mit Sanktionen belegt werden: Geschäfte mit ihnen müssen gemeldet, handelspolitische Vorteile aufgehoben und der Kapitalverkehr eingeschränkt werden.

Sanktionen gegen Steuer- und Regulierungs-oasen Auf die schwarze Liste sollen Länder, die

Es gibt verschiedene Möglichkeiten für Sanktionen gegen unkooperative Steuer- und Regulierungs-oasen:

- Entzug der Lizenz: Banken aus Steuer-oasen oder Banken, die Geschäfte mit Steuer- und Regulierungs-oasen betreiben, soll die Lizenz entzogen werden, wenn sie Beihilfe zur Steuerflucht betreiben. Die USA haben die Anwendung dieses Druckmittels bereits angedroht - mit Erfolg.
- Es können Quellensteuern auf Überweisungen in Steuroasen erhoben werden.
- Geschäfte mit Steuroasen müssen gemeldet werden. Gegebenenfalls werden die GeschäftspartnerInnen einbezogen, z. B. wenn es um das Anrechnen von Betriebsausgaben geht.
- Handelspolitische Vorteile müssen aufgehoben und der Kapitalverkehr eingeschränkt werden.

Schwarze Liste, die ihren Namen verdient

Steuroasen sollen auf einer schwarzen Liste verzeichnet und mit geeigneten Wirtschaftssanktionen belegt werden. Die Liste der OECD, die häufig herangezogen wird, ist nicht zu gebrauchen, weil die Kriterien aufgrund des Drucks der Steuroasen und der Kooperation bestimmter Regierungen entschärft wurden. Staaten müssen nach den folgenden Merkmalen auf ihren Status überprüft werden.

- alle oder bestimmte Kapitaleinkommen niedrig oder überhaupt nicht besteuern und von Bürgern anderer Staaten zur Vermeidung oder Hinterziehung von Steuern genutzt werden
- und sich weigern a) ein System automatischen Informationsaustauschs einzurichten, bei dem Zinsen, Dividenden und Veräußerungsgewinne sowie Beteiligungen an Unternehmen an die Finanzbehörden des Wohnsitzlandes gemeldet werden, oder b) Amtshilfe bei Steuerhinterziehung zu leisten.

Steuerliche Transparenz für transnationale Unternehmen

Steuerbehörden können schwer nachvollziehen, wie Firmengeflechte zusammenhängen, wo die Firmen tätig sind, wo Gewinne anfallen und Steuern gezahlt werden, weil die vorhandenen Informationen nicht zugänglich sind.

Unternehmen, die Tochterfirmen oder Niederlassungen im Ausland unterhalten, müssen verpflichtet werden zu veröffentlichen:

- in welchen Ländern sie Tochterfirmen oder Niederlassungen haben
- und wie hoch die jeweils ausgewiesenen Gewinne und Ertragssteuern sind.

Erweiterung der EU-Zinsrichtlinie

Die 2005 in Kraft getretene Richtlinie sieht vor, dass Mitgliedstaaten einander Auskünfte über Zinszahlungen an ausländische Zahlungsempfänger erteilen, so dass diese besteuert werden können. Die Zinsrichtlinie ist jedoch unzulänglich, da sie nur Zinserträge, keine sonstigen Kapitalerträge wie Dividenden oder realisierte Kursgewinne erfasst und nur für natürliche Personen (einschließlich Einzelunternehmer) gilt, nicht aber für Firmen oder Stiftungen. Zudem haben Belgien, Luxemburg und Österreich Sonderkonditionen ausgehandelt und zahlen – offiziell zumindest – Quellensteuern, wobei sich Belgien ab 2010 am Informationsaustausch beteiligt. Steuroasen außerhalb der EU wie Panama, Singapur oder Hongkong sind auch nicht erfasst.

Die Zinsrichtlinie muss erweitert werden:

- Dividenden, Veräußerungsgewinne und Erträge innovativer Kapitalmarktprodukte wie Derivate müssen einbezogen werden.
- Nicht nur Privatpersonen sondern auch Unternehmen, Trusts und Stiftungen müssen einbezogen werden.
- Die Richtlinie muss für weitere Drittländer gelten.

Die Richtlinie wird derzeit überarbeitet, wobei die Änderungsvorschläge der Kommission jedoch viel zu schwach ausfallen. Viele Arten von Kapital wie Privatunternehmen sind immer noch nicht erfasst.

Reform des Steuervollzugs

Die Steuerbehörden müssen personell aufgestockt und wesentlich besser ausgestattet werden, damit sie die Einhaltung der Steuergesetze auch kontrollieren und durchsetzen können.

Steuerhinterziehung in Millionenhöhe soll immer zu einer Gefängnisstrafe führen und – abgesehen von Bagatelldfällen – die strafbefreiende Selbstanzeige abgeschafft werden.

Ein Problem des deutschen Steuersystems ist die Standortkonkurrenz der einzelnen Bundesländer, was dazu führt, dass Bundesländer wie Bayern mit einem mangelhaften Steuervollzug werben. Dieses System muss grundlegend reformiert werden, der Steuervollzug muss überall gleichen Standards genügen.

Verstärkung der Quellenbesteuerung bei der Unternehmensbesteuerung

Um die Verschiebung von Unternehmensgewinnen aus Deutschland in Niedrigsteuergebiete unattraktiv zu machen, müssen die ertragsunabhängigen Komponenten der Gewerbesteuer gestärkt werden. Zinsen, Pachten und Leasingraten sollen die Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer verbreitern, so dass die Steuer gleichmäßiger fließt und die Steuersätze der Gewerbesteuer sinken können. Gutverdienende Selbstständige sollen ebenfalls Gewerbesteuer zahlen.



Fotowettbewerb Einsendungen



Silke Ötsch und Celia Di Pauli**Räume der Offshore-Welt. Die Potemkin'schen Dörfer von heute.**

BAHAMASBAHAMAS.COM 2007: Offshore Services, <http://www.bahamasbahamas.com/>

BMF 2009: Monatsbericht des BMF, Mai 2009, S. 14f

Bundesbank 2009: Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, Juli 2009, S. 17 http://www.bundesbank.de/download/volkswirtschaft/mba/2009/200907mba_gewinne.pdf

Bundesregierung 2008: Lebenslagen in Deutschland. Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Juli 2008, S. IV

CSR 2009: <http://www.csr-corporation.com/de/index.html> (14.8.09)

DIW 2008: Vermögen in Deutschland wesentlich ungleicher verteilt als Einkommen, Wochenbericht des DIW, 7.11.08, <http://www.diw.de/documents/publikationen/73/74780/07-45-1.pdf>

Globalcash 2009: http://www.globalcash.info/offshore_firmen/index.php (14.8.09)

Liebert 2007: Nicola Liebert, Wie sich der Staat selbst das Wasser abgräbt – und was dagegen zu tun wäre. Die deutsche Steuerpolitik auf dem Prüfstand, Schriftenreihe Kritische Wissenschaften, Münster, 2007

Liebert 2009: Nicola Liebert, Kein Stress im Steuerparadies, in: taz, 6.8.09, S. 8

TJN 2005: Tax Justice Network, The Price of Offshore, http://www.taxjustice.net/cms/upload/pdf/Briefing_Paper_-_The_Price_of_Offshore_14_MAR_2005.pdf

WWR 2006: World Wealth Report 2006, hrsg. von Merrill Lynch Global Wealth Management / Capgemini, S. 3

WWR 2009: World Wealth Report 2009, hrsg. von Merrill Lynch Global Wealth Management / Capgemini, S. 4

Die Pseudo-Inseln der Offshore-Ökonomie: Steueroasen, Offshore-Zentren, Billigflaggen, Sweatshops, Offshore-Telefonsex...

Palan 2003: Ronen Palan, The Offshore World, Ithaca and London: Cornell University Press, 2003

OECD 1998: Harmful Tax Competition, Bericht der OECD, 1998

Palan 2003: Ronen Palan, The Offshore World. Sovereign Markets, Virtual Places, and Nomad Millionaires, Ithaca: Cornell University Press, 2003

TJN 2008: Tax Justice Network und Richard Murphy, Tax Havens Creating Turmoil, Bericht für den Finanzausschuss des Britischen Unterhauses, 2008

Die Schweiz

EvB 2005: Erklärung von Bern, Die Schweiz als Steueroase und Modell für den weltweiten Steuerwettbewerb, <http://www.evb.ch/p25010169.html> (8.9.09)

Handelregister des Kantons Zug http://www.powernet.ch/cgi-bin/hrform.cgi/hraPage?alle_eintr=on&pers_sort=original&pers_num=0&language=1&col_width=366&amt=170

Wollerau 2009: <http://www.wollerau.ch/> (28.08.09)

Moneyhouse 2009: Moneyhouse: Handelsregister- und Firmendaten. <http://www.moneyhouse.ch/firmensuche.htm?f=&o=wollerau&fr=on&ge=on> (2.9.09)

ZCCGroup 2009: Homepage der Zürich Consulting Group, www.zcgroup.ch/ge/Dienstleistungen/Domizile/Domizil_Wollerau/index.htm?gclid=ClREgt7jnpwCFclWzAodSUC_hA (12.8.09)

Zürichsee Zeitung, 18.7.2008: Federer wird ein ganzer Wollerauer, in: Züricher Zeitung, <http://www.zsz.ch/stories/stories.cfm?vID=7969> (2.9.09)

**Ronen Palan, Richard Murphy und Christian Chavagneux
Der Aufstieg der Offshore-Welt und ihre verschiedenen Facetten**

Kuenzler 2007: Roman Kuenzler, Les paradis fiscaux, Université de Genève, Master thesis, 2007

Picciotto 1992: Sol Picciotto, International Business Taxation. London: Weidenfeld and Nicolson, 1992

Sharman 2005: Jason C. Sharman, South Pacific tax havens: From leaders in the race to the bottom to laggards in the race to the top? Accounting Forum 29 2005, S. 311–323

Luxemburg: Ein Spagat zwischen Europa und Kleinstaaterei

BCL 2009: Banque centrale du Luxembourg; http://www.bcl.lu/en/statistics/series/04_general_data/index.html

Falk 2009: Rainer Falk, Zur Debatte um Steueroasen. Der Fall Luxemburg, 2009, <http://www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org/downloads/etudefalk.pdf>

Falk 2009b: Rainer Falk, Finanzplatz oder Steueroase Luxemburg? in: Weltwirtschaft & Entwicklung, August 2009, S. 2

LH 2009: Luxemburger Handelsregister: <https://www.rcls.lu/mjrcs/index.do?time=1252067878439>

LfL 2009: Homepage „Luxemburg for Finance“ (PPP der Finanzlobby und der Luxemburger Regierung), <http://www.lff.lu/key-facts/statistics/the-financial-centre/>

Welche Summen liegen in den Oasen? Wem nutzt Steuerflucht?

Baker 2007 nach TJN: http://www.taxjustice.net/cms/front_content.php?idcat=103 (17.6.09)

BCG 2003: Winning in a Challenging Market: Global Wealth 2003, The Boston Consulting Group

Bundesregierung 2009: Antwort auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten der Fraktion der FDP: Drucksache 16/12028, [http://dip21/btd/16/120/1612028.pdf](http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/120/1612028.pdf) (18.6.2009), S. 3

Christian Aid 2008: Death and Taxes: the True Toll of Tax Dodging, Christian Aid, 2008, S. 2

Merill Lynch/Cap Gemini 2008: Merrill Lynch/Cap Gemini, World Wealth Report, 2008

TJN 2005: Taxjustice Network, The Price of Offshore, http://www.taxjustice.net/cms/upload/pdf/Briefing_Paper_-_The_Price_of_Offshore_14_MAR_2005.pdf

Niederlande – Oase für Unternehmen

Dijk / Weyzig / Murphy 2006: Michiel van Dijk, Francis Weyzig, Richard Murphy, The Netherlands: A Tax Haven?, hrsg. von SOMO, Amsterdam, November 2006

Bloomberg 2006: Fergal O'Brien, Bono, Preacher on Poverty, Tarnishes Halo With Irish Tax Move, in: Bloomberg.com, 15.10.2006, <http://www.bloomberg.com/apps/news?pid=20601109&sid=ae66sR60oDgM&refer=home>

Welche Regionen profitieren von Steuerflucht? Welche verlieren?

BCG 2003: Winning in a Challenging Market: Global Wealth 2003, The Boston Consulting Group

Christian Aid 2008: Death and Taxes: the True Toll of Tax Dodging, Christian Aid, 2008, S. 2

EvB 2008: Missbach, Andreas; Glatz, Anne-Kathrin (November 2008): Ein Elefant im Wohnzimmer: Die Entwicklungsländer verlieren durch Steueroasen 245 Milliarden Dollar jährlich. 4. Aufl. Herausgegeben von Erklärung von Bern, Zürich

GFI 2008: Illicit Financial Flows from Developing Countries: 2002–2006, Bericht von Global Financial Integrity, 2008

Martens 2008: Jens Martens, Die Wirklichkeit der Entwicklungshilfe Herausgeber: Deutsche Welthungerhilfe e. V., terre des hommes Deutschland e. V., Sechzehnter Bericht 2007/2008

OECD 2009: Engaging with High Net Worth Individuals on Tax Compliance, Joint Study of the Forum on Tax Administration and Working Party No. 8 on Tax Avoidance and Evasion, hrsg. von der OECD, Mai 2009, S. 14

Palan 2003: Ronen Palan, The Offshore World. Sovereign Markets, Virtual Places, and Nomad Millionaires, Ithaca: Cornell University Press, 2003

Andreas Missbach Steueroasen und Entwicklungsländer

Tax Justice Network 2005: The price of offshore, Briefing Paper des Tax Justice Network, 2005, http://www.taxjustice.net/cms/upload/pdf/Price_of_Offshore.pdf

Christian Aid 2008: Death and taxes: the true toll of tax dodging, Bericht von Christian Aid, Mai 2008, <http://www.christianaid.org.uk/images/deathandtaxes.pdf>

Oxfam 2000: Tax havens: Releasing the hidden billions for poverty eradication, Bericht von Oxfam, 2000, http://publications.oxfam.org.uk/oxfam/display.asp?K=002P0036&aub=Oxfam&sort=sort_date/d&m=99&dc=113

Transferpreise: Ein Fertighaus für 1,20 US-Dollar

EvB 2008: Missbach, Andreas; Glatz, Anne-Kathrin (November 2008): Ein Elefant im Wohnzimmer: Die Entwicklungsländer verlieren durch Steueroasen 245 Milliarden Dollar jährlich. 4. Aufl. Herausgegeben von Erklärung von Bern. Zürich, S. 14–15

OECD 2002: Neighbour, John, Transfer pricing: Keeping it at arm's length, OECD Observer, Januar 2002, [http://www.oecdobserver.org/news/fullstory.php/aid/670/Transfer_p\[April 2009\]](http://www.oecdobserver.org/news/fullstory.php/aid/670/Transfer_p[April 2009])

Pak 2008: Pak, Simon J. (2008): Trade Mis-Pricing as a Channel for Illicit Financial Flows. Presentation at the Meeting of the Task Force on the Development Impact of Illicit Financial Flows, 1–2 April 2008, Oslo.

Benari, Gideon / Institute of Scientific & Technical Communicators, Tricky Tax: Two tax avoidance schemes explained, 2009, www.taxjustice.net/cms/upload/pdf/Tricky_09056_Tax_GBenari_New.pdf (14.6.09)

ICFTU 2006: International Confederation of Free Trade Unions, 'Having their cake and eating it too: the Big Corporate Tax Break', Juli 2006, S. 34

London: Offshore-Zentrum und Steueroase für Non-Doms

HMRC 2009: HM Revenue & Customs, IR20 - Residents and non-residents Liability to tax in the United Kingdom, 5.4.2009, <http://www.hmrc.gov.uk/pdfs/ir20.pdf>

London 2009: Homepage der Stadt London: <http://www.london.gov.uk/london-life/business-and-jobs/financial-centre.jsp> (4.9.09)

Murphy 2007: Richard Murphy, The UK domicile rule costs £4.3 billion in lost tax a year, September 2007, http://www.taxjustice.net/cms/upload/pdf/Domicile_UK_0709_submission.pdf (4.9.09)

TJN 2008: Tax Justice Network und Richard Murphy, Tax Havens Creating Turmoil, Bericht für den Finanzausschuss des Britischen Unterhauses, 2008

Die schwarzen Löcher im Finanzsystem: Regulierungsloosen und die Finanzkrise

Liebert/Troost 2009, 153: Liebert/Troost 2009: Nicola Liebert und Axel Troost, Die Rolle der Steueroasen in der Finanzmarktkrise in: Thomas Sauer, Silke Örsch und Peter Wahl, Das Casino schließen, Hamburg 2009, S. 153

Macwhirter 2008: Iain Macwhirter, Wish you were here, Scotland's SundayHerald, 2.11.08

Rügemer 2009: Werner Rügemer, Steinbrück im Glashaus. Commerzbank: In zwei Dutzend Finanzloosen präsent, in: Junge Welt, 22.7.09, S. 9

Schumann/Greffe 2008, 112: Harald Schumann, Christiane Greffe, Der globale Countdown, Köln, 2008, S. 112 f

TJN 2006: Tax Justice Network UK und Richard Murphy, Tax Havens Creating Turmoil, 2008, S. 114

WWR 2006: World Wealth Report 2006, hrsg. von Merrill Lynch Global Wealth Management / Capgemini

WWR 2009: World Wealth Report 2009, hrsg. von Merrill Lynch Global Wealth Management / Capgemini

Irland: Eine junge Steuer- und Regulierungs-oase

IFSC 2009: Auswahl von Unternehmen und Banken nach der Homepage des IFSC: <http://www.ifsc.ie/directory.aspx> (03.08.09)

Liebert/Troost, 2009: Die Rolle der Steueroasen in der Finanzmarktkrise, in: Das Casino schließen, Thomas Sauer, Silke Ötsch und Peter Wahl (Hrsg.), Hamburg: VSA-Verlag, 2009, S. 153

Detlev von Larcher

Niedrigsteuerland Deutschland

PROKLA 2009: Mit Steuern steuern, PROKLA 154, Jg. 39, März 2009

Truger 2009: Achim Truger, Ökonomische und soziale Kosten von Steuersenkungen, in: PROKLA 154, Jg. 39, März 2009, S. 27-46

Niedrigsteuerland Deutschland – Offshore-Zentrum Frankfurt

Bundesbank 2009: http://www.bundesbank.de/download/hv/frankfurt/bankenplatz_frankfurt.pdf (11.08.09)

Stadt Frankfurt 2009: [http://www.frankfurt.de/sixcms/detail.php?id=2556774&_ffmpar\[_id_inhalt\]=3890778](http://www.frankfurt.de/sixcms/detail.php?id=2556774&_ffmpar[_id_inhalt]=3890778) (11.08.09)

Rügemer 2009: Werner Rügemer, Steinbrück im Glashaus. Commerzbank: In zwei Dutzend Finanzoasen präsent, in: Junge Welt, 22.7.09, S. 9

TJN 2008, 30: Tax Justice Network und Richard Murphy, Tax Havens Creating Turmoil, Bericht für den Finanzausschuss des Britischen Unterhauses, 2008

ver.di Bereich Wirtschaftspolitik Staatsfinanzen stärken!

Ver.di 2009: Konzept Steuergerechtigkeit, Broschüre hrsg. vom ver.di Bereich Wirtschaftspolitik http://wipo.verdi.de/broschueren/konzept_steuergerechtigkeit_1

Umverteilung über Steuern: Von oben nach unten

Nach Andreas Missbach, Anne-Kathrin Glatz: Ein Elefant im Wohnzimmer, hrsg. von Erklärung von Bern, Zürich, November 2008, S. 6-7

Klemens Himpele / Sybille Pirklbauer Österreich - Steueroase ohne Palmen

Attac Österreich 2008: 7 Gründe warum Österreich eine Steueroase ist, <http://www.attac.at/7gruende> (12.06.2009)

Himpele / Recht 2009: Klemens Himpele und Alexander Recht, Möglichkeiten und Grenzen von Steuerpolitik, in: PROKLA 154, S. 9-26

Kusitzky 2007: Alexandra Kusitzky, Österreich: Ende einer Steueroase? Das Alpenland verliert seinen Status als Erbschaftsteuer-Paradies. Neue Schlupflöcher sind aber schon gefunden, in: Focus 37/2007 und im Internet unter http://www.focus.de/finanzen/steuern/oesterreich-ende-einer-steueroase_aid_219844.html (12.06.2009)

Pirklbauer / Ziegler 2009: Sybille Pirklbauer und Petra Ziegler, Unser steuergerechtes Europa, in: Attac (Hg.): Wir bauen Europa neu - Wer baut mit? Alternativen für ein demokratisches, soziales, ökologisches und friedliches Europa, Wien, 2009

Kraus 2009: Astrid Kraus, Unternehmensbesteuerung – gibt es nationalstaatliche Handlungsspielräume?, in: PROKLA 154, S. 47-69

Kurier 2009: Debatte um Österreich als Steueroase, in: Kurier (Ausgabe Niederösterreich), 17.04.09, S. 13

Thielemann 2009: Ulrich Thielemann, Grundsätze fairen Steuerwettbewerbs im Lichte der aktuellen Entwicklung, in: Die Volkswirtschaft. Das Magazin für Wirtschaftspolitik 6-2009, S. 13-15

Österreich: Wo Deutsche Urlaub machen und ihr Kapital arbeitet

Adamek/Otto 2009: Sascha Adamek, Kim Otto, Schön reich. Steuern zahlen die anderen, München: Heyne, 2009, S. 12

Datum 2008: Florian Skrabal, Das Schweigen der Bergglämmer, in: Datum 4/08, <http://www.datum.at/0408/stories/4815950/>

Raiffeisen 2008: <http://www.raiffeisen-kwt.at/alles-fuer-ihr-vermoegen/anlageziele/erben-vererben/> (21.06.2008)

Raiffeisenbank Reutte 2009: Pressemitteilung der Raiffeisenbank Reutte, Raiffeisenbank Reutte / Bankhaus Jungholz / Geschäftsjahr 2008 mit dem drittbesten Ergebnis in der 110-jährigen Geschichte =, 26.2.09, http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20090226_OTSO080

Süddeutsche 2008: Thomas Öchsner zitiert österreichische Nationalbank in: Diskrete Tipp im Berghotel, Süddeutsche 5./6.07.08, S. 32

Stern 2005: Ein Herz für Millionäre, in Stern, 1.5.2005, <http://www.stern.de/wirtschaft/geld/steuerparadies-einherz-fuer-millionaere-538996.html>

Politische Maßnahmen zu Steueroasen

OECD 2009: Die leere Liste der OECD: <http://www.oecd.org/dataoecd/50/0/42704399.pdf> (17.08.09)

Netzwerk Steuergerechtigkeit 2009: Blog des Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland: <http://steuergerechtigkeit.blogspot.com/> (16.08.09)

Schweizer Bank 2009: Johannes Schraner, Finanzplätze: Luxemburg wankt, in: Schweizer Bank, 21.07.09, <http://www.schweizerbank.ch/de/artikelanzeige/artikelanzeige.asp?pkBerichtNr=178866> (19.08.09)

Schweizer Bundesverwaltung 2009: News-Portal der Schweizer Bundesverwaltung, <http://www.news.admin.ch/message/index.html?lang=de&msg-id=28498> (20.08.09)

Sullivan 2007: Martin Sullivan, Lessons From the War on Tax Havens, in: Tax Notes, 30.07.07

Impressum

Das Projekt wurde finanziell unterstützt von der Stiftung Umverteilen, der Hans-Böckler-Stiftung und Attac Österreich.

Herausgegeben von Silke Ötsch, Celia Di Pauli.
Copyright bei den Herausgeberinnen.

Einleitung von Silke Ötsch und Celia Di Pauli
Nicht gesondert gekennzeichnete Fotos: Celia Di Pauli und Silke Ötsch
Nicht gesondert gekennzeichnete Textbeiträge: Silke Ötsch
Layout: Celia Di Pauli
Lektorat: Manfred Bartl
Druck: Laserline Berlin

Verlag: Attac Trägerverein
Frankfurt, September 2009

ISBN 978-3-9813214-0-1

